

Er scheint täglich außer Montags. Preis pro Nummer 2 Pf. ...

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfjährige Zeitstelle oder deren Raum 40 Pf. ...

Korrespondenz: Amt 1. 1598. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 26. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Ein edles Brüderpaar.

Die von unseren Genossen Bebel und Singer gezeichneten Gentleman Theodor Reuß und Heinrich Oberwinder haben gestern ihre auch von uns mitgetheilten „Erklärungen“ veröffentlicht, die wir heute näher anschauen wollen.

Theodor Reuß erklärt, er habe sofort, als die Singer'schen Behauptungen 1887 im Züricher „Sozialdemokrat“ zuerst erschienen, in verschiedenen öffentlichen Versammlungen und in verschiedenen Zeitungen diese Behauptungen als Lügen gebrandmarkt.

Möglich, aber ableugnen heißt nicht widerlegen. Der Londoner Anarchistenklub „Autonomie“, der damals den Fall unterjuchte und herausgefunden haben soll, daß die Ankläger keinen Beweis für die gegen mich erhobenen Beschuldigungen zu erbringen vermochten, stand zu jener Zeit unter Leitung des Hochspießes Peukert, gegen den die österreichischen Genossen den gleichen Vorwurf erhoben hatten wie der „Sozialdemokrat“ gegen Reuß.

Aber warum läßt denn Herr Reuß, daß der „Sozialdemokrat“ zuerst die Spitzelschuldigung gegen ihn erhoben hat? Warum verschweigt Herr Reuß, daß die Moskische „Freiheit“ bereits im Jahr vorher, in Nummer 27, vom 3. Juli 1886 folgende Warnung veröffentlicht hat:

Ein internationaler Spitzel.

„Ein Ha... Namens G. Theodor Reuß, aus Augsburg in Bayern, angeblich Konzertsänger, wurde als internationaler Polizeispion entlarvt und aus der (anarchistischen) „Sozialist League“ und dem (Moskischen) kommunistischen Arbeiterverein ausgeschlossen.“

Dieser Ausschluß ist am 20. Mai 1886 erfolgt und auf Reklamation am 13. Juni vom Generalrath der Socialist League einstimmig bestätigt worden. In der gleichen Nr. 27 der „Freiheit“ veröffentlichte der seiner Zeit im ersten anarchischen Hochverratsprozeß zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilte Anarchist David einen spaltenlangen Artikel: „Meine Beziehungen zu Charles Theodor Reuß“, worin er die Gründe für obige Warnung und für die Ausstoßung des Reuß aus den beiden anarchisch-revolutionären Organisationen ausführlich darlegt.

Warum verschweigt Herr Reuß diese interessanten Thatsachen? Das ist doch sehr merkwürdig.

Der „Sozialdemokrat“ veröffentlichte erst am 13. Mai 1887 den bekannten Artikel: „Wie John Reue der preussischen Polizei in die Hände geliefert wurde“, worin unter Angabe von Ort, Zeit und Personen auseinandergesetzt wurde, daß Peukert und Reuß am 1/2. Januar 1887 eine Reise von London nach Brüssel und Lüttich gemacht haben zu dem ausschließlichen Zwecke, dort mit Reue zusammenzutreffen.

Und warum sagt Herr Reuß nichts davon, daß Reue selber am 16. Januar 1887 über diese Reise geschrieben hat:

„Der lange Josef (Peukert) kam nicht allein, sondern der el... Reuß war mit ihm. Wie ich mit dem Kerl verfahren bin, kannst Du Dir denken?“

Wie er mit ihm verfahren, das erzählt der Polizeispion Max Trautner in einer Broschüre, die 1889 im Verlage der Anarchisten Daudenstedt und Wähle unter dem Titel: „Wie John Reue verhaftet wurde“ in London erschienen ist. Trautner, der bei dieser Affäre neben Reuß und Peukert als dritter Polizeispion thätig war, erzählt darüber so ausführlich und interessant, daß wir nächster Tage aus dieser Broschüre größere Auszüge mittheilen werden.

Nach über diese Broschüre schweigt Herr Reuß in seiner Erklärung ganz merkwürdigerweise, obwohl Trautner als Ohrenzeuge auf S. 18 den Polizeikommissär Möhlig aus Aachen des Langes und Breiten über Reuß' gewohnte Spitzelhätigkeit an seinen Chef Krüger berichten läßt.

Erst am 28. Dezember 1887 veröffentlichte der „Sozialdemokrat“ in Nummer 52 die Liste der „Geheimen Agenten der Berliner Polizei“, auf der neben Haupt, Rebel, Neumann, Nonne, Sachs, Schröder, Schwennhagen, Trautner, Wichmann auch Oberwinder und Reuß aufgeführt waren. Und erst damals benannte der „Sozialdemokrat“ das Gehalt für Oberwinder und Trautner auf je 450 M. pro Monat, für Nonne auf 250 M., Schröder 250 und Haupt 200 Fr. pro Monat.

Welchen Grund mag Herr Reuß haben, zu verschweigen, daß er schon ein Jahr, bez. 18 Monate vor der Veröffentlichung im „Sozialdemokrat“ in der Moskischen „Freiheit“ mit der gleichen Anklage öffentlich belastet worden ist?

Und warum sagt Herr Reuß kein Wort davon, daß der „Vorwärts“ bereits zu wiederholten Malen klipp und klar Herrn Reuß als Polizeispitzel gebrandmarkt hat, ohne daß er ein Wort dagegen erwiderte. Und warum

verschweigt Herr Reuß, daß er infolge einer Erklärung des „Vorwärts“ vom „Daily Chronicle“, laut Mittheilung von dessen Editor an Aveling in London, als Korrespondent Knall und Fall entlassen wurde? Und warum schwieg Herr Reuß, als seine Kollegen in der Presse vor Jahr und Tag ihm diesen Vorwurf entgegenhielten und dann den Verkehr mit ihm abbrachen? Und warum hatte Herr Reuß im Bewußtsein seiner Reinheit nicht den Muth, seinen Korrespondentenposten am Erfurter Parteitag anzutreten, sondern suchte sich auf Umwegen von einem Kollegen Nachrichten zu verschaffen?

Ist dies jahrelange Schweigen nur als der verunglückte Versuch aufzufassen, jene unangenehmen Enthüllungen verbergen zu machen, und ist der jetzige Trampfhafte Versuch, laut zu reden, in vielen Worten nichts zu erklären, nur durch den Umstand herbeigeführt, daß die Stelle, von der aus jetzt die Neuentlarvung vorgenommen wurde, ein Schweigen ausschließt? Ist es der Wuthfahre darüber, daß jetzt das Handwerk endgiltig gelegt ist? Und hat der drohende Abbruch der lukrativen Verbindung zwischen „altem“ und „neuem Kurs“, zwischen Kaiserin Augusta- und Wilhelm-Strasse Herrn Reuß so bestäubt, daß er gar nicht versteht, was Herr Singer mit dieser Bemerkung (über die Radichschenamen-Attentats-Quelle) bezweckt?

Anderer Leute haben es verstanden — und damit war der Zweck erreicht.

Nicht glücklicher als Herr Reuß ist mit seiner „Erklärung“ Herr Heinrich Oberwinder. Mit der bekannten sittlichen Entrüstung weist der journalistische Schildknappe des Wahrheitsfreundes Stöcker die Behauptung zurück, daß Bebel ihn zu einem agent provocateur gestempelt habe. Diese Entrüstung ist ganz überflüssig. Herr Oberwinder verhält sich gegen etwas, was Bebel gar nicht behauptet, und schwimmt zu dem, was Bebel thatsächlich gesagt. Laut stenographischem Bericht sagte Bebel:

„Soll ich von dem Agentenprovocatenthum reden, von den Friedemann, den Schmidt, den Schröder, den Kaufmann, den Haupt und anderen Subjekten?“

— Oberwinder? der war nur Spion. Agent provocateur, so viel ich weiß, nicht; es ist derselbe Oberwinder, der heute beim „Volk“ als Redakteur angestellt ist.“

Herr Oberwinder „erinnert“ weiter daran, daß der Abg. Singer schon vor etwa sechs Jahren eine ähnliche (!) Anklage gegen mich erhoben hat, ohne auch nur eine Thatsache zur Begründung anführen zu können. Ueber das Können steht wohl nicht Herr Oberwinder, sondern Genossen Singer das Urtheil zu. Können und Wollen sind zweierlei Dinge. Warum erinnert sich aber Herr Oberwinder nicht lieber daran, daß der „Sozialdemokrat“ in Nr. 52 am 28. Dezember 1887 zuerst

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Alle Rechte vorbehalten.

Helene.

[26]

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

„Sperre Dich, es nicht Dir nicht, sage, wie viel Du uns geben willst. Wie ich Dich kenne, wirst Du Dich unserer ewigen Dankbarkeit versichern wollen.“

„Ich fürchte, da kennst Du mich schlecht.“ „Nein, lache nicht, oder sollte ich mich auch in Dir getäuscht haben? Es wäre mir sehr unangenehm, wenn Du hieltest etwas von den Frauen und ihren Fähigkeiten.“

„Ich stelle sie sehr hoch, gewiß, und ich bringe all diesen Bestrebungen die wärmsten Sympathien entgegen.“ Sidonie hatte ein gereiztes Lachen.

„Sympathien, Sympathien, ja, damit seid Ihr unheimlich freigebig. Sympathien hätten wir genug, aber sobald es sich darum handelt, uns mit Geld zu unterstützen, da seid Ihr Einer wie der Andere, Einer wie der Andere!“

Sie sprach so leidenschaftlich und ernsthaft, daß sie ihn selbst zum Erstaunen zwang.

„Nun, es ist ja wahr, die heutige politische und soziale Stellung der Frau ist durchaus falsch und unhaltbar.“

„Unerschütterlich ist sie geworden, eine Schmach, denn sie demoralisirt uns Alle,“ rief die energische Frau hitzig. „Aber wir werden uns daraus selbst befreien, gegen den Willen der Männer, ihnen zum Trost!“

Sie hatte den Fächer aus Perlmuschel aus ihrem Muff gerissen, und hieb damit nach rechts und links.

Max suchte begütigend ihre Hand zu erfassen.

„Aber liebe Sidonie, das wäre ja schrecklich, das reine Lohwobohu, und der leidige Haber, Janz und Streit, der schon jetzt in allen Beziehungen zwischen Mann und Weib zu Tage tritt, würde dadurch noch vermehrt.“

„Ist es denn anders möglich, wir haben nun einmal den Kampf der Geschlechter.“

„Den Kampf der Geschlechter, welche Unnatürlichkeit — es ist ein Symptom der Zersetzung.“

„Wir haben uns gegen männliche Anmaßung und Unterdrückung zu wehren — und wir wehren uns,“ rief sie und suchte wieder mit ihrem Fächer.

„Und Ihr erwartet von Männern die Mittel, um für diesen Kampf die Waffen zu schmieden?“ fragte Max mit einem milden, duldsamen Lächeln.

Sie sah ihn betroffen an, dann trat ein noch energischerer Zug in ihr Antlitz.

„Wir wenden uns nur an die Einsichtsvollen, die unsere Hörigkeit mit Unwillen und Beschämung erfüllt. Stuart Mill hat es ausgesprochen, daß wir nicht die Sklavinnen des Mannes sein sollen, sondern seine Mitarbeiterinnen in Staat und Gesellschaft.“

Ihre Augen blühten im stolzen Gefühl dieser Bundesgenossenschaft.

Max schüttelte den Kopf.

„So lange die Frau die Konkurrentin des Mannes ist, wird sie ihm niemals als Mitarbeiterin willkommen sein.“

„Willkommen oder nicht, danach haben wir nicht zu fragen. Wir sind die Hälfte des Menschengeschlechtes und wir verlangen für unsere Entwicklung die gleichen Bedingungen, die gleichen Rechte, die die Männer für sich geschaffen und zum Gesetz erhoben haben.“

„Du willst sagen unsere Männer, liebe Sidonie, be-

merkte Max sanft, noch leiser sprechend, während seine gewöhnlich matten Züge sich geistig belebten, diese günstigen Lebensbedingungen und Rechte, die Du großherzig für die andere Hälfte des Menschengeschlechtes in Anspruch nehmen willst, besitzen heute thatsächlich nur wenige unter den Männern selbst, sie sind die Vorrechte einer Klasse; die Ungleichheit selbst aber ist das notwendige Produkt einer Gesellschaft, die auf dieser Ungleichheit aufgebaut ist und nur durch dieselbe ihren Bestand fristen kann. Und Du täuschst Dich, Sidonie, wenn Du glaubst, Eure Bestrebungen dienen den Frauen im allgemeinen, sie würden nur einer sehr beschränkten Anzahl von Frauen zu gute kommen. Warum soll ich aber Sonderinteressen in einem aussichtslosen Kampf unterstützen, zu einer Zeit, wo es sich darum handelt, sich für jenen großen Kampf des Proletariats vorzubereiten, der nicht Einigen, der das ganze Menschengeschlecht, also auch die Frauen mit befreien soll.“

Sidonie schlug in komischer Desperation die Hände zusammen.

„Mein Gott, da kommt er wieder mit seinen sozialistischen Ideen.“

Max verneigte sich.

„Ich wollte Dir gegenüber nur meine Ablehnung motiviren und entschuldigen.“

Sidonie runzelte die Brauen in wirklichem Aerger.

„O, ich verstehe vollkommen, Du vermagst Dich nur mehr für die Interessen des Proletariats zu erwärmen und deshalb gehe ich leer aus — oder, bist Du vielleicht der Meinung, daß wir uns ihm affigiren sollten?“ fragte sie mit malitösem Lächeln.

Max blinzelte gutmüthig mit den Augen: „Ich weiß nicht einmal, ob ich das wünschen sollte — und was nützte es auch — es wird ja doch nicht geschehen.“

die Anklage unter genauer Gehaltsangabe erhoben hat? Was Herr Neuß zu viel an Erinnerung in Beziehung auf den Sozialdemokrat hat, hat Herr Oberwinder zu wenig. Und doch sollte sich Herr Oberwinder daran erinnern können, daß er in Folge der „Sozialdemokrat“-Enthaltungen extra nach Wien reisen mußte, daß er bei dieser Gelegenheit auch nach Zürich kam, dort Beweise für seine Entlarvung verlangte, und als er auf den gerichtlichen Weg verwiesen wurde, wieder nach Paris zurückkehrte, ohne den Versuch einer Klage zu machen, obgleich ihm „alle Parteifreunde“ mit Rath und That zu Hilfe stehen wollten? Und erinnert sich Herr Oberwinder auch nicht daran, daß er damals in einem Briefe an den „Sozialdemokrat“ (Nr. 1 1888) gerade so wie heute gegen die Bezeichnung eines Agent provocateur protestirte, der ihm damals so wenig gemacht wurde wie heute, denn der „Sozialdemokrat“ hatte nur von „Geheimagenten der Polizei“ gesprochen. Und merkwürdig, Oberwinder erinnert sich auch nicht daran, daß er damals wie heute auch hervorgehoben, er habe stets „gemäßigten Besinnungen“ gehuldigt. Sollte der heutigen Erklärung dasselbe Schema zu Grunde gelegen haben wie der damaligen? Dann thäte Herr Oberwinder doch gut, diese Abzüge mit den Jahreszahlen zu versehen, um unliebamen Verwechslungen vorzubeugen.

Uebrigens scheint Herr Oberwinder an einer ganz polizeiwidrigen Gedächtnisschwäche zu leiden: „Anarchisten und radikale Sozialdemokraten zählen stets zu meinen erbittertesten Feinden, nie zu meinen Freunden und Genossen“ — sagt er heute. Herr Oberwinder scheint vergessen zu haben, daß der fürchterliche „Anarchist“ Hans Most nicht bloß sein Freund und Genosse gewesen, sondern daß er mit ihm zusammen auch wegen Hochverrats zu 2 Jahren Gefängnis verurtheilt, freilich bald darauf begnadigt worden ist. Und ebenso vergißt Herr Oberwinder, daß der „radikale Sozialdemokrat“ Andreas Scheu seinerzeit ebenfalls ihm Freund und Genosse war. Freilich, als Scheu ihn später einen „Hauptfeindling“ nannte, der sich immer hinter den Koulissen hält, andere für sich sprechen, figurirt und die Suppen aufessen läßt, die er diplomatisch eingebracht“, der die große Demonstration vor dem Wiener Reichsrath (1889) arrangirt, von der Theilnahme sich aber gedrückt habe; als Scheu ihm sogar offenen Betrug vorwarf und ihn einen „Judas an der Arbeiterfackel“ nannte, da hatte die Freundschaft ein Ende. Oberwinder verklagte seinen Ex-Freund und Ex-Genossen, aber das Schwurgericht sprach Scheu frei, weil die Geschworenen (am 14. März 1874) die Frage:

„Hat Herr Andreas Scheu zur Begründung dieser seiner Schmähung entehrende Handlungen des Herrn Oberwinder erwiesen?“ einstimmig bejaht hatten.

Falls Herr Oberwinder auch jene Prozessverhandlungen vergessen haben sollte, so können wir sein Gedächtniß durch Uebersetzung eines gedrucktten Berichtes darüber wieder auffrischen. Herr Oberwinder, heute einer der ersten Streiter im Kampfe wider die Juden und Liberalen, würde darin finden, daß er damals mit Vorliebe mit Juden verkehrte. Vom Bankier Simon Deutsch (trotz seines Namens kein Arier) erhielt er damals 10 000 fl. zur Gründung eines Tagesblattes; ein anderer Nicht-Arier, Alexander Scharff, gab ihm 1200 fl.; an Leo Fein verkaufte er die mit Arbeitergeld gegründete und fallit geleitete Druckerei. — Auch für die Juden der Wiener „Neuen Freien Presse“ schrieb er gegen gutes Honorar, genau so, wie er heute gegen die Juden schreibt. Und in den ruhmreichen Tagen seines Pariser Arienthaltes, bis 1887, wo er, nach den Enthaltungen im „Sozialdemokrat“, den Weg des Herrn, zu Stöcker hinüberleitete, schrieb er regelmäßige Berichte an eines der berühmtesten Wiener Börsenblätter, die „Allgemeine Deutsche Zeitung“ des damaligen Börsen- und jetzigen Freiland-Gründers Hertha.

Alles dies scheint heute aus dem Gedächtnisse Oberwinder's geschwunden zu sein, zum Glück für die historische Wahrheit, leider aber nicht alle Leute an den organischen Fehlern des Herrn Oberwinder, der schon in jenen Prozesstagen an Gedächtnisschwäche gelitten hat, denn Scheu konnte ihm während der Verhandlungen aus dem Verhörprotokoll

des Hochverratsprozesses nachweisen, daß er, das „geistige Haupt der Arbeiterbewegung“, auf eine Frage des Verhörers gottesfürchtig und dreist mit stolzem Mannesmuthe geantwortet habe:

„Ich habe weder in Wort noch in Schrift für die Verbreitung der sozialdemokratischen Partei gewirkt.“

Auf der anderen Seite aber erinnerte der auch damals in seiner Ehre so sehr schwer getränkte wahre, echte, gemüthliche, anständige Sozialdemokrat Oberwinder die Richter daran, man mache ihm einen Vorwurf daraus, daß er mit den (Juden-) Liberalen paktire und die (jüdische Wiener) Bourgeoisie nicht in der Weise angreife, wie andere Leute.“

Man mag also beurtheilen, wofür „seine gesammte öffentliche Thätigkeit zeuge“. Jedenfalls dafür, daß es ihm von jeher nicht an jener Unverfrorenheit gemangelt hat, die nöthig ist, um auf solche Anklagen mit solch faulen Erklärungen zu antworten und dabei auf seine gesammte öffentliche Thätigkeit zu verweisen, die nichts anderes war als der ununterbrochene Farneuchsel des politischen Chamäleons: heute Lassalleaner, morgen radikaler himmelstürmender, strafendemonstrierender Sozialdemokrat, übermorgen als Werkzeig der jüdisch-liberalen Wiener Bourgeoisiepolitiker mit dem Titel „paktirend“, um dann auf dem Wege über Paris nach Erfüllung seiner dortigen Mission zum antisemitischen Polizeisozialismus des Exhospassen Stöcker sich zu bekehren.

Neuß — Oberwinder — in der That: ein edles Brüderpaar.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 25. Januar.

Aus dem Reichstage. Bei vollständig leeren Bänken verhandelte heute der Reichstag erst über den Gesetzentwurf betreffend die Abzahlungsgehalte, wobei sich ergab, daß der Entwurf keine Gegner im Hause mehr hat. In der vorigen Legislaturperiode stimmten die Freisinnigen noch gegen die Vorlage, heute sprach der Freisinnige Benzmann dafür. Von unserer Fraktion sprach Auer, welcher anregte, eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Versicherungs-Gesellschaften verpflichtet sein sollen, den Versicherten vor dem Verfall der Versicherung wegen rückständiger Prämienzahlung von dem ihm drohenden Verlust zu unterrichten und zu warnen. Der Frage der Rückzahlung einer bestimmten Quote beim Verfall der Police wird gelegentlich der zweiten Lesung auch näher getreten werden.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung: „Gesetz zum Schutze der Waarenbezeichnung“ führte zu einer längeren Debatte, und wurde der Entwurf dann einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Eine vor Schluß der Sitzung dem Präsidium zugegangene Vorlage, betreffend das Handelsabkommen mit Spanien, wurde als dringend an erste Stelle der morgigen Tagesordnung gestellt.

Der Bundesrath. In der heutigen Sitzung des Bundesrathes wurde der Verlängerung des Handelsprovisoriums zwischen dem Reich und Spanien (bis zum 31. März d. J.) zugestimmt; ebenso wurde dem Antrage der Ausschüsse betreffend die Veranlagung der Branntweimbrennereien für die Kontingentsperiode 1898/99, dem Antrage betreffend die Bestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen und dem Berichte über den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenvorkehr im Kriege zugestimmt.

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion wird das jüngst von uns besprochene Erkenntniß des sächsischen Ober-Landesgerichts — durch welches Erkenntniß der Paragraph der Gewerbe-Ordnung zu Gunsten der freien Verbreitung von Wahl-Flugblättern für Sachjen thatsächlich aufgehoben wird — zur Sprache bringen, und dies in einer Form thun, die auch einen praktischen Erfolg verspricht.

Vom Reichstags-Abgeordneten für Elberfeld-Barmen, Genossen F. Harm, geht uns die folgende Mittheilung zu:

Max schüttelte den Kopf.

„Es ist nichts — gar nichts —“ Er hatte in sein Tuch gehustet, und als er sah, daß kein Blut gekommen war, war seine Aufregung geschwunden und er wagte sich seiner Freunde hinzugeben.

„Wenn ich nur nicht ein so elender Krüppel wäre, ich wäre Dir so gerne entgegen gegangen, Konrad.“

Er stellte den Freund seiner Schwägerin vor und fügte, einem übermüthigen Impulse folgend, hinzu:

„Er hat soeben die Hochschule absolvirt, kommt graden Weges von dort her.“

Sidonie nickte leicht, indem sie den Mann aufmerksam musterte. Ihr Gesicht das schmale Gesicht mit der kühnen Nase und den blühenden Augen und noch besser die bewegte elastische Gestalt, in der die unverbrauchte Kraft der Jugend pulsrte.

Seine Kleidung war nicht elegant, aber sauber und sorgfältig, und er trug eine rothe Rose im Knopfloch. Die Wangen waren frisch rasiert, der blonde Anebelbart nach französischer Art in eine Spitze geschnitten, und der Schnurbart so kurzgehalten, daß er seinen wirklich hübschen Mund kaum verdeckte. Doch lag keine Spur von Selbstgefälligkeit in seinem Wesen und das machte ihn um so anziehender.

Sie zweifelte keinen Augenblick, daß er seine Studien beendet hatte, von einer ausländischen Universität zurückgekehrt sei und von der Bahn direkt hierher gekommen, um seinem Gönner zu danken. Dann schien ihr doch das Verhältniß zwischen den Beiden ein anderes, kameradschaftlicheres zu sein. Er sprach mit Max so frei und sicher, wie nur einem Gleichgestellten gegenüber.

Max hatte dem Diener geläutet und eine Flasche Madeira befohlen, aber Konrad hatte noch immer den Hut in der Hand und versicherte, er müsse gleich wieder fort.

„Ich bin nur hierher gestürzt, weil ich's nicht erwarten konnte, Dich als freier Mann zu begrüßen, und zu sehen, wie es Dir geht.“

„Immer im Gleichen,“ antwortete Max mit der Hand abwinkend, „da ist nicht viel zu sagen; aber Du siehst prächtig aus.“

(Fortsetzung folgt.)

Auf die Anzuspungen des Herrn Abg. v. Stumm bei Gelegenheit der Nothstands-Interpellation im Reichstage habe ich mitgetheilt, daß ich mit noch einigen Herren in einer Versammlung am Sonntag den 21. d. M. gewählt wurde, um am andern Tag zu dem Herrn Oberbürgermeister zu gehen, um mit diesem wegen der arbeitslosen Arbeiter Rücksprache zu nehmen und deswegen der Sitzung im Reichstage am genannten Tage beiwohnen konnte.

Staatssekretär von Bötticher und der Nothstand. Dem Abgeordneten Dieblich ging folgender Brief zu: Stolz i. Pom., den 24. Januar 1894.

An —

Begrußend auf die Aeußerungen des Herrn Staatssekretär Dr. von Bötticher in der Reichstags-Sitzung vom 22. d. Mts. theilen wir Ihnen ergebenst mit, daß hier kein Arbeiter- sondern Arbeits-Mangel in der Bernsteinindustrie herrscht. Es geht dies schon daraus deutlich hervor, daß in den achtziger Jahren in einer hiesigen Bernsteinwaaren-Fabrik allein 45 Gehilfen und 75 Arbeiterinnen beschäftigt wurden, wogegen dieselbe Fabrik jetzt nur noch 6 Gehilfen bei östündiger täglicher Arbeitszeit auf Bernsteinarbeit beschäftigen kann. Sie können sich denken, wie unter solchen Umständen der Hunger hier nach Arbeit schreit. Und alles dieses haben wir dem das Kohbernsteinmonopol innehabenden Geheimen Kommerzienrath Beder (in Firma Stantien u. Beder) in Königsberg i. Pr. zu verdanken, an den wir uns verschiedentlich um Arbeit gewandt haben, ohne überhaupt einer Antwort gewürdigt zu sein. Wir haben in dieser traurigen Sache früher auch schon an die königliche Regierung petitionirt, leider aber ohne Erfolg.

Da demnach die den Arbeitermangel in der Bernsteinindustrie betreffende Aeußerung des Herrn Dr. von Bötticher die wirklichen Thatsachen geradezu auf den Kopf stellt, so wenden wir uns an Ihre werthe Persönlichkeit mit der Bitte um gest. Richtigstellung der erwähnten Aeußerung und zeichnen

Hochachtungsvoll und ergebenst
die Bernsteinarbeiter der Stadt Stolz.
(Folgt Name.)

Industrielle Sonntagsruhe. Im Reichsamt des Innern ist gestern die vor längerer Zeit angekündigte Konferenz von Vertretern der verschiedenen Zweige der Metallverarbeitung-Industrie zusammengetreten, um über den Entwurf der Ausnahmestimmungen, betreffend die Sonntagsruhe, für diesen Berufszweig zu beraten. Wer die Vertreter sind, von wem sie entsandt wurden, ließ sich bis jetzt nicht in Erfahrung bringen. Einzig, daß ein paar Hirsch-Dunker'sche Gewerksvereiner vorkommen worden, verlautete bis jetzt. Eine so geheimnißvoll vorgenommene Enquete kann nicht auf das Vertrauen der doch in erster Linie betroffenen Arbeiterklasse rechnen.

Eine neue Militärvorlage? Das Wehrwesen beginnt schon wieder. Frankreich will seine Armeelieferanten der deutschen Heeresreform vermehren, wie das folgende Telegramm aus Paris beweist:

Bei Uebernahme des Vorsitzes der Heereskommission hielt Reizores eine Ansprache an die Mitglieder der Kommission, in welcher er hervorhob, angesichts der lebhaften Rüstungen der übrigen Nationen könne Frankreich nicht zurückbleiben. Die Kommission müsse prüfen, ob die Lage nicht die größten Opfer für die Verhärtung der effektiven Streitkräfte erforderlich mache.

Nun wird wohl Caprivi wegen der drohenden Vermehrung der französischen Kriegsmacht vom Reichstage fordern, daß nun, da sämtliche körperlich halbwegs Taugliche schon dienen, auch alle Krüppel herangezogen werden.

Zur Militarisation der Rechtspflege ist ein weiterer Schritt gethan. Einer Nachricht der Berliner Zeitung zufolge verhandelte das Militär-Ehrengericht des Bezirkskommandos Teltow vorgestern Nachmittag hinter verschlossenen Thüren gegen den bekannten antisemitischen Rechtsanwalt Dr. Hertwig aus Charlottenburg. Hertwig soll durch verschiedene Handlungen in seiner Eigenschaft als Vertheidiger des Angeklagten Rektor Hlwardt im Judenlinien-Prozess die Ehre des Offiziersstandes, dem er als Reserve-Offizier angehört, nicht in der erforderlichen Weise gewahrt haben. Das Vergehen Hertwigs besteht nach Ansicht der Militärbehörde in der Ueberreichung zweier Bemeisnträge an den Gerichtshof im Judenlinien-Prozess, durch deren Inhalt die militärischen Sachverständigen in jenem Prozeß und ferner der Kriegsminister beleidigt sein sollen. Der Verhandlung, die um 4 Uhr ihren Anfang nahm, wohnten ca. 40 Offiziere des Hertwig'schen Regiments bei. Rechtsanwalt Hertwig war zur Verhandlung nicht erschienen. Ueber das Urtheil wurde strengstes Stillschweigen beobachtet. Trotzdem will ein Berichterstatter erfahren haben, daß das Urtheil auf Ausschluß Hertwigs aus dem Offizierskorps laute. Da das Urtheil der kaiserlichen Bestätigung bedarf, ist die definitive Entscheidung erst in etwa 4 Monaten zu erwarten.

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß es gerade ein Antisemit ist, der in seiner bürgerlichen Thätigkeit als Rechtsanwalt den Militarismus zur Verhätigung seiner Rechtsfindlichkeit gerügt hat. Deshalb bleibt indeß der Vorgang nicht minder bezeichnend für die Gestaltung unseres öffentlichen Lebens. Er zeigt deutlich, daß ein irgendwie als Reserve-Offizier in einem militärischen Abhängigkeitsverhältnisse zum Offizierskorps stehender Rechtsanwalt nicht dazu geeignet ist, frei und unabhängig in irgend welchen Prozeßen die Rechte seines Klienten wahrzunehmen, wenn die Staatsgewalt, wenn insbesondere die Heeresverwaltung auf der anderen Seite steht. Rechtsanwälte, die dem Reserve-Offizierskorps angehören, müßten nach diesem Vorkommnisse, wenn ihnen an dem Ansehen freier und unabhängiger Männer gelegen ist, sofort ihre Beziehungen zum Offizierskorps lösen. Hat sich ein Rechtsanwalt wirklich in seiner Praxis etwas zu Schulden kommen lassen, was wider die guten Sitten verstößt, so hat schon die Anwaltskammer hinreichende Strafbefugnisse, die in häufig ganz übertriebener Weise zur Anwendung kommen. Daß auch noch das Militär-Ehrengericht als Kontrollbehörde der Rechtsanwaltschaft Praxis sich ausstut, kann uns allerdings nur willkommen sein, da es dazu dient, dem Volke die Segnungen des Militarismus auch auf diesem Felde klar vor Augen zu führen.

Zur Begegnung des Kaisers mit Bismarck schreibt der „Reichs-Anzeiger“:

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die Entsendung des Flügel-Adjutanten Grafen von Moltke nach Friedrichshagen der eigenen persönlichen Initiative Seiner Majestät des Kaisers und Königs entsprungen ist und auch in Regierungs-treuen niemand vorher von dem hochherzigen Entschlusse des Monarchen Kenntniß gehabt hat. Daher gehören alle entgegengelegten Behauptungen in das Gebiet willkürlicher politischer Kombinationen.

Damit wird nur unser Urtheil bestätigt, daß dieser Begegnung jede politische Bedeutung abzuspüren ist. Trotzdem ist es nicht uninteressant, daß der Bund der Landwirthe die Neuerungen des Reichskanzlers über die Handelsverträge heute in der „Post“ in Erinnerung bringt. Die Herren fürchten wohl, daß der Heros des Jahrhunderts unter dem Einflusse des Kaisers seine Meinung über die Capriolische Handelsvertrags-Politik ändere. Das beweist, wie wenig Achtung Bismarck bei seinen „Anhängern“ genießt.

Die verzweifelte Lage der nationalliberalen Partei offenbart sich wieder mit größter Deutlichkeit in der wilden Gier, mit der die Mannesköpfe sich an die Nase Wein klammern, die der Kaiser dem „freien Basallen“ geschenkt hat. Nie hat ein Ertrinkender krampfhafter nach dem sprichwörtlichen Strohhalme gegriffen. Keine andere Partei, nicht einmal die freikonserervative, hat diesen einfachen Akt formeller Höflichkeit für ein politisches Ereigniß erklärt. Und die „Kreuz-Zeitung“ hat es sich sogar sehr scharf verboten, ihr derartige alberne Sentimentalitäten unterzuschieben. Den armen Nationalliberalen aber ist's ein rettendes Ereigniß! Ach, für sie giebt es kein solches mehr, und für ihren Ehren auch nicht.

Zur Aufsehung der Nürnberger Landtagswahl. Unsere Nachricht, daß der Wahlprüfungsausschuß der bayerischen Kammer der Abgeordneten sich dahin geeinigt hat, die Wahl unserer in Nürnberg gewählten Genossen für ungültig zu erklären, hat sich bestätigt. Die „Münchener Post“ bemerkt hierzu:

„Die in ihrer Verlegenheit rabiat gewordenen ministerfrommen Landboten von rechts und links schrecken also vor dem äußersten und bedenklichsten Mittel nicht zurück, um die ihnen unbequemen wirklichen Vertreter des Volkes aus der Kammer zu entfernen.“

Die Ehelienkonomie ist eingeleitet und die beiden Referenten Landgerichtsrath und Landwehrleutnant Zerno (Zentrum) und Regierungsrath und Hauptmann a. D. Conrad („Liberal“) haben die Verantwortung für die Ungültigkeitserklärung übernommen, indem sie den Bericht des Wahlprüfungsausschusses zeichnen. Die Beanstandung der Wahl stützt sich auf folgende Punkte:

1. In einem Urwahlbezirk wurde mehreren, in diesem Bezirke nicht Wahlberechtigten der Aufenthalt im Wahllokale gestattet.
2. In 4 Urwahlbezirken wurde durch Kleinheit und Ueberfüllung des Wahllokals und durch zu kurz bemessene Dauer der Wahlhandlung einer unbestimmten Anzahl von Wahlberechtigten die Ausübung ihres Wahlrechts unmöglich gemacht.
3. In einem Urwahlbezirk bestand der Wahlausschuß nur aus 5 statt 7 Mitgliedern.
4. In einem Urwahlbezirke entfernte sich der Wahlkommissär während der Wahlhandlung auf eine Stunde und es trat für ihn sein Stellvertreter ein, obwohl dieser nur im Falle der gänzlichen Verhinderung des Wahlkommissärs zu fungiren hat; ferner betheiligte sich der Stellvertreter am Ende unbesugt beim Sortiren der Wahlgettel.

Unser Münchener Parteiorgan beurtheilt diesen Bericht zwar nicht höflich, aber sehr treffend folgendermaßen:

Der verböhrteste Ordnungspolizist wird zugestehen müssen, daß sich einseitige und windigere Gründe zur Aufsehung einer Wahl überhaupt nicht finden lassen. Bedenkenachtet wird der Antrag nicht nur in dem längst darüber geeinten Wahlprüfungsausschuß, sondern auch im Plenum glatt durchgehen. Die allerhöchsten Wünsche begegnen sich hier mit dem innersten Sehnen der Zentralpatrioten und Ausmäner (Liberalen). Der berühmte Zentrumsjurist Geiger, der auf Kommando je nachdem „den Politiker hinter dem Juristen“ oder „den Juristen hinter dem Politiker“ verschwinden läßt, wird eine seiner bekannten Splittersereien loslassen, die weder er selbst noch jemand anderer versteht und die Sache ist erledigt. Daß auch nur Einer aus dem sogenannten liberalen Lager auf die Widersinnigkeit der Gründe hinweisen und sagen wird, daß, wenn derartige Dinge an den Haaren herbeigezogen werden, ungefahr sämmtliche patriotische und andere Wahlen laßirt werden müßten, glauben wir schon deswegen nicht, weil Erzellenz freilich den Herren Referenten bereits das beste Wohlwollen für ihre rettende That angedrückt hat. Es wird also bald nachher Michel und Titel regnen. Nürnberg kann sich unterdessen für die beregten sieben Wahlkreise auf eine Neuwahl gefaßt machen. Der Ausfall dieser Wahl ist, wenn unsere Genossen ihre Pflicht thun, nicht zweifelhaft und die patriotische Freude wird von kurzer Dauer sein. Was man im Volke über derartige Machenschaften denkt, werden die Ordnungspolizisten ja seiner Zeit erleben.“

Zum französischen Bombenattentat. Der Pariser Kassationshof verwarf die von Bailant eingelegte Berufung gegen das Urtheil des Schwurgerichtshofes, welches auf Todesstrafe lautete.

Die englische Regierung hat es für nöthig gehalten, die Homerulefrage, von der es die letzten Monate ganz stille geworden war, wieder einmal in Erinnerung zu bringen. Da der alte Gladstone zur Stärkung seiner 83jährigen Gesundheit in Südfrankreich weilte, hielt der Schatzkanzler Harcourt gestern eine Rede, in der er anklündigte, daß die Regierung sich durch den Widerstand des Oberhauses nicht werde irren machen lassen, und entschlossen sei, ihr ganzes Programm durchzuführen, und das Urtheil des Landes nicht bloß über die irische Frage, sondern auch über das Oberhaus einzuholen.

Eine Wiederaufnahme des großen englischen Kohlenstreiks kündigen, sehr bezeichnender Weise, englische Bourgeoisblätter an, während die Arbeiterblätter nichts davon wissen. Der Wunsch ist der Vater des Gedankens, sagt ein englisches Sprichwort. Als Anlaß der „Krise“ wird die Thatsache bezeichnet, daß der Verhandlungsausschuß, dessen Niederlegung bei dem bekannten Kompromiß beschlossen ward, noch keinen Obmann gefunden hat. Nun — das ist nicht zum Verwundern, simeimalen das Amt kein angenehmes. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß die Kera der Konfikte zwischen Arbeitern und Arbeitgeber im englischen Kohlenbergbau nicht geschlossen ist.

Die Crispische „Ruhe in Sizilien“ genügt nicht mehr: es ist jetzt „vollständige Ruhe“ eingetreten, die sich dadurch bekundet, daß fortwährend zahlreiche Verhaftungen vorgenommen werden. Gelegentlich, wenn das Erschießen beginnt, wird die „vollständige Ruhe“ sich zu „vollständigster Ruhe“ steigern.

Die Bedeutung der serbischen Krise liegt darin, daß sie nicht durch die inneren Verhältnisse des Landes herbeigeführt ward, die dabei nur als Handhabe dienten, sondern durch den Konflikt der beiden auswärtigen Einflüsse, welche seit einem Jahrhundert die Schicksale Serbiens bestimmen: des österreichischen und des russischen. Der Einfluß Rußlands, der bis zum letzten russisch-türkischen Krieg in den Donau-Kleinstaat und auf der Balkan-

Halbinsel maßgebend war, ist seitdem, wie wir schon wiederholt darlegten, stetig zurückgegangen und hat sich, nachdem er in Rumänien und Bulgarien vollständig verdrängt worden, nur in Serbien erhalten, wo er dem österreichischen immer noch die Waage hält. In bekannter demagogischer Weise präsentirt „Väterchen“, das zu Haus jede unabhängige Regung brutalst unterdrückt, sich an der Donau als Demokraten, und dadurch ist es ihm bei dem wenig gebildeten Serbenvolke gelungen, sich Sympathien zu erwerben. Die jetzt heimgeschickte Skupschina besteht in ihrer Majorität aus Radikalen, die theils bewußt theils unbewußt das russische Spiel spielen. In der Regentenfamilie selbst waren die beiden Parteien vertreten: der Gatte Milan war der Stipendiat Oesterreichs und die Gattin Natalie die Agentin Rußlands, so daß die ehelichen Kämpfe dieses fürlichen Paares zugleich auch eine Episode des diplomatisch-politischen Kampfs zwischen Oesterreich und Rußland bildete. Das verzogene Bübchen auf dem Thron weiß natürlich auch nicht was es will und soll; und so ist denn, da die Sache bedenklich wurde, der dicke Milan, dessen von der „wiedervereholten“ Gattin gepumptes Geld natürlich wieder verjubelt war, von den Oesterreichern mit den nöthigen Reifemonetten versehen, nach Belgrad geschickt worden, um für Oesterreich Wache zu stehen. Das ist nun jetzt, bei der vorhergehend radikalen Stimmung des Landes, ziemlich riskant; und es hieß dieser Tage schon, Milan sei ermordet. Indeß, Ankrant vergeht nicht, wenigstens nicht leicht; und außerdem hat der geriebene Milan einen so vortreflich entwickelten Sicherheitsinn, daß er von einer feindlichen Kugel nicht leicht zu erreichen ist. Immerhin ist die Lage nicht ungefährlich.

Vorkünftig ist Oesterreich oben auf; wahrscheinlich wird es aber Rußland noch einmal gelingen, seine Kreaturen in die Regierung zu bringen — dank der Beschränktheit der österreichischen Diplomatie, die den Radikalismus fürchtet und sich von der russischen Diplomatie den Wind aus den Segeln hat nehmen lassen. Indeß, Serbien liegt zu vollständig in der österreichischen Machtsphäre, als daß ein benennender oder gar entscheidender Sieg Rußlands dort möglich wäre.

Parlamentarisches.

Sitzungen der Budgetkommission. In der Montags-Sitzung der Kommission nahm den größten Theil der Zeit in Anspruch der Titel 61 im Kapitel 3, in welchem 708 000 M. zu Erweiterungsarbeiten, einem Neubau auf Delagand, sowie zu Grundbesitzerwerbungen gefordert werden. Abg. Geisler sprach sich dafür aus, daß der Ankauf eines Grundstücks für Wesel (70 000 M.) abgesetzt werde, weil das gegenwärtige Gebäude für die Zwecke der Post vollkommen genüge, wenn ein Erweiterungsbau vorgenommen werde. Die Debatte wurde dadurch zu einer prinzipiellen, daß der Abgeordnete Bebel die Frage anregte, ob die Postverwaltung überhaupt das Recht eingeräumt bekommen habe, Grundstücke ohne Zustimmung des Reichstages anzukaufen, die diesen alldann für später präjudizierten. An der Debatte betheiligten sich die Abgg. Müller, Frigen, Geisler, Dr. Hammacher, Dr. Müller, v. Reibnitz und vom Bundesrath Staatssekretär v. Stephan, Direktor Fischer und Direktor Wachenborn. Die Debatte endete damit, daß die Postition Wesel (70 000 M.) abgesetzt wurde und die Postverwaltung sich bereit erklärte, künftig im Etat die Summe für den Ankauf der einzelnen Grundstücke und die Kosten für die vorzunehmenden Erweiterungsbauten zu spezifizieren.

In der heutigen Sitzung begann die Debatte mit dem Posten „Sonstige Ausgaben“, in dem 6 450 000 M. für Vergütungen an auswärtige Post- und Telegraphenbehörden, sowie an Eisenbahn-, Dampfschiffs- und Telegraphen-Unternehmungen, Beiträge zur Unterhaltung der internationalen Post- und Telegraphenbureaus gefordert werden. In dem Posten werden 200 000 M. mehr gefordert gegen den vorjährigen Etat. Auf Anfrage des Abg. Müller, worin die 200 000 M. mehr benötigt würden, erklärte der Staatssekretär, daß darunter sich 140 000 M. für die Mietzung eines Kabeis für Kamerun befänden. Der Abg. Müller beantragte darauf, den Reichskanzler aufzufordern, die Einnahmen und Ausgaben der Post- und Telegraphenverwaltung für die Schutzgebiete besonders zu statistiren. Abg. Bebel verlangte, daß unbeschadet der Forderung des Antrags Müller, die Reichspostverwaltung angebe, aus welchem Posten im Einzelnen sich die geforderte Summe zusammensetze. Staatssekretär von Stephan erklärte sich bereit diese zu geben, er gab aber die Aufklärung unter so allgemein gehaltenen Rubriken, daß man von den verschiedensten Seiten die Aufklärung für ungenügend erklärte. Seitens der Regierungsvertreter suchte man sich um die nähere Auskunft zu drücken mit der Erklärung, daß man jetzt noch nicht im Stande sei, spezifizirte Auskunft zu geben. Die Angelegenheit wird im Plenum weiter verfolgt werden.

Bei der Beratung der einmaligen Ausgaben, zu der die Kommission nach Erledigung des ordentlichen Etats überging, veranlaßte die Forderung für die Erwerbung eines neuen Grundstücks in Höhe von 1 1/2 Millionen Mark für Frankfurt a. M. eine lebhaftige Debatte. Abgeordneter Bebel sprach seine größte Verwunderung darüber aus, daß die Räume des nächsten erst fertig werdenden Postbaues sich bereits als zu klein erwiesen und zugegeben werde, daß auch das Postbureau in dem vor zwei Jahren erst fertig gewordenen Bahnhof zu klein sei. Hier bestätigte sich einmal wieder die so oft gemachte Erfahrung, daß man den steigenden Verkehr unterschätzt habe. Wie wäre es aber erst mit dem Postbau geworden, wenn der Reichstag seiner Zeit das Absteigequartier für den Kaiser nicht abgelehnt habe? Seitens der Postverwaltung sucht man sich damit zu rechtfertigen, daß der Verkehr in Frankfurt, namentlich auch der Durchgangsverkehr, über alle Voraussicht gewachsen sei. Die Forderungen wurden bewilligt. Zu Titel 15, Forderung von 700 000 M. für den Erweiterungsbau des Reichspostamts an der Leipziger- und Mauerstraße in Berlin fragte der Abg. Singer, warum hier alle Arbeiten eingestellt seien, obgleich die Mitterung schon seit Wochen die Fortsetzung des Baues erlaube und die allgemeine Arbeitslosigkeit es notwendig mache. Die Postverwaltung erklärt, daß dies in Rücksicht auf die bewilligten Mittel, die zu Ende gingen, nicht thunlich sei. Abg. Singer widerspricht diesem; die Schablonenhafte Art, nach dem Kalender zu bauen, müsse aufhören.

Bei der Forderung einer Rate in Höhe von 50 000 M. für ein Postgebäude in Biberich fragte der Abg. Müller an, nach welchen Grundrissen der Bau von Amtsgebäuden durch die Post und der Bau auf Miethe durch Privatleute geschehe. Nach einer längeren Debatte, an der die Abgeordneten Bebel, Dr. Hammacher, Müller und so weiter theilnahmen, wird festgestellt, daß der Bau auf Miethe in der Regel an kleineren Orten stattfindet, daß man als Miethepreis die Verzinzung des Grund- und Bodenwertes mit 4 pCt. und des Bauwertes mit 6 pCt. zahle, ausnahmsweise etwas höher und daß die Mittel für den Ankauf von früher auf Miethe gebauten Häusern durch frühere Etats bewilligt worden seien. Die Forderung von 206 785 M. für Grunderwerb und erste Bauten in Greißwald beantragt der Abg. Singer zu streichen, da durch die vorausgegangene theilweise Erwerbung des Bauplatzes offenbar ein Druck auf den Reichstag ausgeübt werden sollte.

Nach kurzer Debatte wurde die Forderung mit Majorität bewilligt. Die Verathung über ein neues Postgebäude in Potsdam, für das 2 200 000 M. gefordert werden, wird wegen Beginn der Plenarberatung abgedröhen.

Parfeinachtichten.

Wie politische Verbrecher im „Kulturstaat“ Deutschland behandelt werden. Unter dieser Epigramme berichteten wir in Nr. 5 d. Bl. vom 7. Januar, daß man der Frau des Genossen G e w e h r in Elberfeld das Besuch, am Neujahrstage ihrem Mann, welcher eine Gefängnißstrafe abzuhängen hatte, besuchen zu dürfen, abschlägig beschiedene habe. Diese Maßregel, die „gewöhnlichen“ Verbrechern gegenüber nicht in Anwendung kommt, ist nicht die einzige Ausnahmemaßregel, die sich der Genosse G e w e h r gefallen lassen mußte. Seine Zelle war nicht bloß, wie alle andern, durch eine massive Thür und ein Schloß, sondern auch noch durch einen Kiesel, sowie durch ein Vorhängeschloß abgesperrt. Es ist dies eine Vorsichtsmaßregel, die nur gegenüber den schweren Verbrechern Anwendung findet. Auf die Einwendungen G e w e h r's sollen diese exorbitanten Vorsichtsmaßregeln später unterlassen worden sein. Diese sonderbare Behandlung des Genossen G e w e h r findet nun einigermaßen ihre Erklärung in einem Schriftstück, welches die „Freie Presse“ in der Lage ist, zu veröffentlichen. Es ist eine Verfügung, welche der frühere Ober-Inspektor D ö l l e kurz vor seiner Veretzung erließ; sie hat folgenden Wortlaut:

Verfügung vom 2. 11. 88.
Damit nicht wieder ein ungetreuer Beamter die Gelegenheit, welche durch die Anwesenheit des Strafgefangenen B., (mit dem „B.“ ist der Genosse W i l d e, Redakteur der Solinger „Arbeiterstimme“, gemeint), der wegen Verletzung einer Gefängnißstrafe von 4 Wochen seit dem 1. d. M. hier verhaftet, geboten wird, dazu benutzen kann, ihm über dienstliche Verhältnisse hehrlich Mittheilungen machen zu können, wie dies offenbar bezüglich des Artikels in der „Freien Presse“ in Nr. 104 vom 10. Mai d. J. geschehen ist, bestimme ich:

Der p. B. ist in Einzelhaft zu legen, die Zelle ist mit einem Vorhängeschloß zu versehen, dessen Schlüssel nur der Revier-Aufseher zu führen hat. Während der Nacht ist derselbe in besondere Verwahrung des Nacht-Oberaufsehers zu nehmen. Besuche des p. B. durch Unterbeamte in der Zelle sind nicht gestattet, ausschließlich dem Vermeister M., welcher ihm die Arbeit zuzutheilen hat. Hierbei hat der Revier-Aufseher stets zugegen zu sein. Der p. B. ist allein spazieren zu führen.

Die vorstehende Verfügung ist meinem Herren Amtsnachfolger mit der dazu nöthigen Information vorzulegen.

Das also ist des Räthfels Lösung. Da ist es allerdings weit genug gekommen im Reiche der Gottesfurcht und der frommen Sitte, wenn man in jenen Kreisen selbst den Gefängnißbeamten nicht mehr traut, dann ist es mit dem Reiche weit gekommen, dann kann es sich begraben lassen. Aber wie Figura zeigt, nutzen auch selbst solche Extra-Sicherheitsmaßregeln nichts, die „Freie Presse“ erfährt doch, was vorgeht und „wie man und behandelt“.

Dem Genossen Hülle in Erfurt, Redakteur der „Thür. Tribüne“, hatte in einem Presoprozesse der erste Staatsanwalt Lorenz vorgeworfen, er (Hülle) lebe doch nur vom Hegen. Hülle strengte wegen dieser Auslassung eine Verleumdungssache gegen Lorenz an. Letzterer erschien aber nicht im Termin vor dem Schiedsrichter, da er das Schiedsamt für incompetent erklärte. Genosse Hülle hat weitere Schritte eingeleitet.

Ueber die famose 42. Petition der Gemeindevorstände von der Umgebung Dresdens darf in der sächsischen Hauptstadt nicht öffentlich gesprochen werden. Einen Redner, der in einer Versammlung darüber sprechen wollte, wurde von dem überwachenden Beamten das Wort entzogen; er sei beauftragt, hierüber nicht sprechen zu lassen. Das ist freilich wieder eine häßliche Art, einem in diesem Falle die Dresdener Parteigenossen, der öffentlich in gehässiger Weise angegriffen worden ist, das Wort abzuschneiden.

Zum zweiten Male freigesprochen von derselben Anklage wurde am Sonnabend der Genosse Paul Voigt von der Strafkammer zu Essen. Er sollte in einer Rede sich der Verächtlichmachung einer Staatseinrichtung schuldig gemacht haben durch die Aeußerung: „Das Militär ist nur dazu da, das Volk und die Freiheit zu unterdrücken.“ Das Landgericht zu Dortmund sprach ihn seiner Zeit frei, da es annahm, die besagte Aeußerung sei nicht als die Behauptung einer Thatsache anzusehen, sondern nur die Belandung einer persönlichen Ansicht gewesen. Das Reichsgericht hob auf die Revision der Staatsanwaltschaft das Urtheil auf, weil die Aeußerung, die das dortmündliche Gericht dem Begriff „Thatsache“ in der Begründung des Urtheils gegeben, zu eng sei, und daher noch einmal untersucht werden müsse, ob die inkriminirte Aeußerung nicht doch als eine Thatsache sich darstelle. Die Sache wurde der Strafkammer zu Essen übermessen, wohin Genosse Voigt aus dem Jülich-Gefängniß zu Münster vorgeführt wurde. In der neuerlichen Verhandlung hält der Staatsanwalt die Schuld des Angeklagten für erwiesen und beantragte 4 Wochen Gefängniß. Der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Wallach, trat den Ausführungen des Staatsanwalts in längerer Rede entgegen, worauf das Gericht auf Freisprechung erkannt. Es habe sich nicht feststellen lassen, ob die inkriminirte Aeußerung als eine Thatsache behauptet sei und es sei daher zu gunsten des Angeklagten zu entscheiden. Wenn auch sein Auftreten zu tadeln sei und er vielleicht wegen Verleumdung hätte bestraft werden können, so sei doch der § 181 des Strafgesetzbuches nicht anwendbar.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
Verbotene Versammlung. Wir berichteten kürzlich, daß eine auf den Vuytag von den Parteigenossen in Zuckenwalde einberufene Versammlung von der dortigen Polizei verboten worden war. Gegen dies Verbot war Beschwerde beim Regierungspräsidenten eingelegt worden und erhielt der Einberufer dieser Tage folgenden Bescheid zugestellt: „Auf die Beschwerde vom 24. v. M. erwidere ich Ihnen, daß das von der dortigen Polizeiverwaltung erlassene Verbot der von Ihnen für den Vuytag angezeigten Versammlung zu unrecht erfolgt ist. Die Anlagen der Beschwerde sind wieder beigelegt. Der Regierungspräsident. Potsdam.“ Da aber dem Einberufer durch Plakate und Inserate zur Bekanntmachung der Versammlung bereits Kosten erwachsen waren, wird derselbe suchen, auf gerichtlichem Wege den Schuldigen, denjenigen, der die Versammlung zu unrecht verbot, zur Zahlung derselben zu veranlassen.

Depeschen.

(Zweites Bureau Herold.)
Leipzig, 25. Januar. Das Reichsgericht hat heute die Revision des Redakteurs der „Westfälischen Allgemeinen Zeitung“, Dr. Klefer, welcher nach Ausübung des ersten Urtheils durch das Reichsgericht am 25. Oktober v. J. vom Landgericht Köln zu 2 Monaten Festung wegen Verleumdung des Kaisers und des Grafen Caprioli durch den Artikel „Zur Lage im Innern“ verurtheilt worden war, verworfen.

Eingelaufene Druckschriften.
Das höchste Gut. Lied von Paul Ramsborg-Dresden. Verlag Josef Blüthner. Preis 1 Mark.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 26. Januar, Opernhaus. Martha. Schauspielhaus. Wilhelm Tell. Lessing-Theater. Madame Sans-Gêne. Deutsches Theater. Der Herr Senator. Berliner Theater. Das Recht auf Glück. Wallner-Theater. Geschlossen. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Lieutenant zur See. Residenz-Theater. Solotte. Der Muttergatte. Neues Theater. Flatterjucht. Central-Theater. Ein toller Einfall. Berlin 1893. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Viktorio-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant. Alexanderplatz-Theater. Das Käthchen von Heilbronn. National-Theater. Charley's Tante. Vorher: Der Teufel in Berlin. American-Theater. Lumpen-Susanne. oder: Die Obdachlosen von Berlin. Theater Unter den Linden. Salon Bichelberger. Nachher: Prabma. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Neue freie Volksbühne im Wallner-Theater. Sonntag, 28. Jan., III. Abth. 2/4 Uhr: **Die Kreuzschreiber.** Sonntag, 11. Februar: **Meister Oelze** von Johannes Schlaf. In Vorbereitung: „Ein Volksfeind“ von Ibsen. 453/10 Montag, den 5. Februar, 8 Uhr: **Künstler-Konzert, Duett- und Solofestspiele** etc. bei Guggenhausen, 30 Pf. inkl. Programm.

Etablissement Buggenhagen. Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstück- u. Mittagstisch. Spezial-Ausichant von **Pahnhofers Lagerbier**, hell und dunkel. An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen. Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., inkl. Fäle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Kaufmann's Variété Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.** Neu! Neu! Neu! **Ein Stiergeficht in Cadix.** Große Musikations-Parodie. Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns **Hermanson** und **Belso** und sämtlichem Theater-Personal. Sonntag 6 Uhr. Montag 8 Uhr. Entree Wochentags 50 Pf.

Passage-Panopticum. Im Theater-Saal, ohne Extra-Entree: **Nord und Süd,** Liederspiel von **H. Sinderer.** Auftreten sämtl. Spezialitäten.

Alcazar. Dresdenerstr. 52/53 (Olty-Passage). Entree **15 Pfennig.** In Vorbereitung: **Echt Berliner Blut.** R. Winkler.

Gratweil'sche Bierhallen Kommandantenstr. 77-79. Welt u. größt. Etablissement. Berl. Neues Programm. Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.

National-Konzert D. Obenlander in National-Tracht und Auftreten von **Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.** Mr. Kauning, Concertmaler. Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Delgemälde malen, welches nach Schluß der Vorstellung verlost wird. Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Circus Renz. (Friedrichstr.) Freitag, den 26. Januar cr., Abends 7 1/2 Uhr: **Ein Künstlerfest.** Vollständig neue Ausstattung; neue Einlagen. Ueberraschende Licht- und Wassereffekte. Außerdem: 6 englische Springpferde, vorgeführt von Dir. Fr. Renz. Das Feuerpferd Elmar, vorgeführt v. Hrl. Oceana Renz. Das Schulpferd Prinz, ger. von Herrn R. Renz. Maßstros, in der hohen Schule geritten von Hrl. Oceana Renz. Die Akrobaten auf dem Telephonbratt Zalva, Espana und Alvar. Der urkom. Imitator-Klowm Mr. Ybbs. Mr. Lavater Leo etc. Preise wie gewöhnlich. Der Circus ist gut geheizt. Sonnabend: Parade-Festvorstellung mit neuem glänzendem Programm. Grosses Prachtfeuerwerk. Sonntag: 2 Vorstellungen, Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei) und Abends 7 1/2 Uhr. Fr. Renz, Direktor.

Unserm Genossen und Pfeifenbruder **Carl Wittmann** zu seinem 29. Diegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch! daß die ganze Antonstraße frucht. Du Carl, es spült sich noch so, recht reene, immer noch mal von 150. Die Pfeifenbrüder der Eisernen Pfeife. U. M. W. S. W. H. B. B. 1411b

Unserem Genossen und Stammwirth, dem Restaurateur **Emil Götze**, zu dem heutigen Tage ein donnerndes Hoch! daß die ganze Brandenburgstraße wackelt. Die Stammgäste. Unserem Kollegen **Fritz Becker** 1413b zu seinem heutigen Diegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch! daß die Hermsdorfer- und Hufiten-Gade wackelt und frische beim Giechen mit dem Ziegel zappelt. Wir halten voll, ohne abzutramen. Die Schafkopfspieler.

Danksagung. Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Maurerpolier **Emil Neumann**, sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. **Ww. Neumann nebst Kindern.**

Victoria-Brauerei, Lüchowstraße 111-112. Jeden Freitag und Montag: **Stettiner Sänger** Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate). **Großes Uf-Programm** Zum Schluß neu (höchster Lacherfolg): **Eine Soiree bei Lehmann's.** Gr. parodistisches Ensemble von Meyfel. Donnerstag: **Sausseuol.**

Circus G. Schumann, Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse. Freitag, den 26. Januar cr., Abends 7 1/2 Uhr: **Große Clown- und Benefiz-Vorstellung** f. d. beliebten internationalen Clown **William Olschansky** mit gänzlich neuen Entrees des Benefizianten, wovon besonders hervorzuheben: Zum ersten Male, Neu! Neu! Das Ratten-Caroussel, noch nie gesehen, Ratten reitend auf Delajeped. Zum 1. Male: **Miss Sylfide**, Parodie auf eine Heilfünflerin vor 50 Jahren, dargestellt vom Benefizianten. Zum 1. Male: **Die Strassencomödianten**, ausgef. vom Benefizianten mit seiner Tochter **Leontine**. Vorführung der drossirten Katze „Schullock“ und Abstruz mittels Fallschirmes von der Spitze des Circus, der Rattenfänger von Hameln mit 80 Ratten frei in der Manoge. Zum ersten Male: **Waldeinsamkeit.** Große humorist. Pantomime, arrangirt von der Balletmeisterin **C. Strigelli.** Musik arrangirt vom Kapellmeister **Herrn J. Schumann.** Tanzeinlagen: **Grand Pas des fleurs, Pas de Valse** etc. ausgeführt vom Corps de Ballet und 8 kleinen Mädchen. Morgen: **Grosse Gala-Festvorstellung.** Hochachtungsvoll und ergebenst **G. Schumann, Direktor.**

Bestellungen auf den „Sozialdemokrat“ und „Vorwärts“ nimmt entgegen **Max Kirsch,** Zeitungs-Spediteur, 1417b Ritterstr. 107, Ecke Prinzenstr. 28.

Produktiv-Genossenschaft der vereinigten Bäckerei-Arbeiter Berlins. Eing. Genossenschaft m. beschr. Haftpf. Sonntag, den 4. Februar, Nachm. 3 Uhr, im Lokal Neue Friedrichstr. 20: **General-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vorlage und Wichtigkeitsprechung der Jahresrechnung. 2. Beschlußfassung über die Gewinn- und Verlust-Rechnung. 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsraths. 131/10 Die Geschäftsbilanz pro 1893 sowie die Jahres-Rechnung liegen von heut ab in unserem Geschäftslokal, Prinzen-lauer Allee 86, zur Einsicht der Genossen aus. Der Vorstand: **E. Arndtmann, W. Scholz.** Holz- u. Kohlegeschäft ist sofort billig zu verkaufen, Rüdersdorferstraße 67. 1408b

Berliner Arbeiter-Bildungsschule. Am Montag, den 29. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Rosenthalerstraße Nr. 38: **General-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Neuwahl von 2 Revisoren und des 2. Schriftführers. 5. Reorganisation der Schule vom 1. April. Die Schulen bleiben an diesem Abend geschlossen. Wegen der Wichtigkeit des Punktes 5 ist es notwendig, daß alle Mitglieder erscheinen und die Mitgliedskarten mitbringen. **Der Vorstand.** 454/13

Achtung! Kernmacher. Achtung! Sonntag, den 28. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Röllig, Neue Friedrichstraße 44: **Große öffentliche Versammlung** Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Gewerkschaftlich oder nicht?“ Referent Genosse **Adler.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. **Der Vertrauensmann.** Der höchst wichtigen Tagesordnung halber ist es nöthig, daß alle Kollegen pünktlich erscheinen. 233/13

Achtung! Achtung! **Steinarbeiter Berlins u. Umgegend.** Sonntag, den 28. Januar, Vormittags 10 Uhr im Lokal des Herrn Müller, Johanniststraße Nr. 20: **Große öffentliche Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Unsere Organisation und das Unterstufungswesen“. 2. Stellungnahme zur Unterstufung des „Bauhändlerwerks“. 3. Bericht-erstattung der Tarifkommission der Marmor- und Granitarbeiter und Beschlußfassung über denselben. 4. Berichterstattung des Schiedsgerichts zwischen Dollmeier, Wolf contra Albede. **Der Vertrauensmann: J. Buchmann, Willibald-Allegiststr. 39.**

Achtung! Zimmerer. Achtung! Sonntag, den 28. Januar, Vorm. 10 Uhr, im Lokal des Herrn Cohn, Benthstraße 22, 1 Treppe: **Große öffentliche Versammlung der Zimmerer Berlins und Umgeg.** Tages-Ordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner über ihre Thätigkeit. 2. Namhaftmachung der noch residirenden Schuldner. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Bericht des Delegirten der Gewerkschaftskommission: Kamerad **Stehr.** 5. Gewerkschaftliches. Kameraden! In Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Zimmerers, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Die Vertrauensmänner. J. A.: H. Thamm.** 369/13

Stuckateure Berlins und Umgegend! Sonntag, den 28. Januar, Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a: **Große öffentliche Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom Unterstufungsfonds. 2. Unser Preisorgan. 3. Wahl eines Delegirten zur Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen. **Arbeitslose sind von der Tagesversammlung befreit.** Die Vertrauensleute der Stuckateure Berlins und Umgegend. 1385b

Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter. Wanderversammlung für den Norden am Sonnabend, den 27. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Keller, Bergstrasse No. 68. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **A. Hofmann** über: „Das moderne Raubritterthum“. 2. Diskussion. 3. Der angekündigte Lohnabzug der Harmonikafabrik von Pletschmann (Altiengeellschaft). 4. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. Die Kollegen der Firma Pletschmann sind zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen. — **Aufnahme neuer Mitglieder.** Die Kollegen werden dringend ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.** 474/8

Allg. Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und verwandter Berufsgenossen (E. V. Nr. 86 Hamburg). Die Mitglieder-Versammlungen sämtlicher Verwaltungsklassen finden am **Sonntag, den 28. Januar,** Vormittags 10 1/2 Uhr, statt. Bezirk A: Reichthorstr. 15 b. Stehmann. B: Mariannenstraße 31-32 bei Döberstein. C: Lindenstr. 106 bei Poppe. D: Elisabethstr. 14 bei Hirtge. Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Delegirten von der Generalversammlung. 4. Besprechung über die von den vier Hamburger Verwaltungsklassen beantragte Generalversammlung. 5. Verschiedenes.

Otto Naether, Uhrmacher, Anklamerstr. 44, an der Brunnenstr. Reparaturen an Uhren jeder Art solid und preiswerth. [54172* 1414b

Achtung! Köpenick. Achtung! **Große öffentl. Versammlung** der Vereinig. d. Färber, Appreteure, Dekateure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen am Sonntag, 28. Jan., Nachm. 1 Uhr, im Hotel Kaiserhof (Rauisch). Tages-Ordnung: 1. Die Organisation ist der Markstein des Fortschritts. Referent Genosse **J. Timm** (Berlin). 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. **Der Einberuter.**

Nur noch kurze Zeit! Präuscher's anat. Museum. Neu: Reibstofftuberkulose, Reibkopfschmerz, polyp., Brustfellentzündung, Lungentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwären, Leber- und Nierenkrankheiten. **Schauspiel durch fünf Körper, Gladiatorenkampf,** täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für **Damen.** **Bereinszimmer** mit Piano ist noch mehrere Tage zu vergeben Alte Jakobstr. 68. 1414b

National-Theater. Große Frankfurterstraße 132. Doppelpoststellung zu einfachen Preisen. Novitäten! **Charley's Tante.** Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von **Hugo Basse.** Regie: **Max Samst.** Musik von **Adolph Wiedede.** Vorher: **Der Teufel in Berlin.** Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von **Eugen Prubens.** Musik von **A. Wiedede.** Regie: **Max Samst.** Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Derselbe Vorstellung. Sonntag Nachm. 8 Uhr, Volksvorstellung: **Wilhelm Tell.**

Central-Theater. Alte Jakobstraße 90. **Ein toller Einfall.** Schwank in 4 Akten von **Carl Laufs.** Hierauf zum **Berlin 1893.** 34. Male: **Revue in 2 Akten** von **L. Leipziger.** Anfang der Vorstellung 7 1/2, der Revue 9 1/2 Uhr. Morgen: Derselbe Vorstellung. In Vorbereitung: **Herr Coulisset.** Schwank in 3 Akten v. **Blum u. Todt.**

American-Theater. Dresdener-Strasse 55. **Lumpensusanne** oder: **Die Obdachlosen von Berlin.** Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. **Oskar Wagner.** Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“, ein schon geprägtes Mädchen **Franziska Häser.** Die Bombe, Astervermietherin im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs“ **Josephine Delclisseur.** Branwald — mit bewegter Vergangenheit **Martin Bendix.** Täglich: Auftreten des besten **Bauchredners d. Zeitzeit H. Blank.** Ferner u. a.: **„Direktor Hippe“** von **Martin Bendix.** **Auftr. sämtl. Spezialitäten.** Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Adolph Ernst-Theater. **Charley's Tante.** Schwank in 3 Akten v. **Brandon Thomas.** Vorher: **Die Bajazzi.** Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von **Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.** Musik von **Franz Roth.** In Szene gesetzt von **Adolph Ernst.** Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Derselbe Vorstellung.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

85. Sitzung vom 25. Januar 1894, 1 Uhr.
Am Bundesratsstische: v. Bötticher, Graf Posadowski, Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Generaldiskussion des Gesetzes, betreffend die Abzahlungs-Geschäfte.

Die Vorlage ist schon im vorigen Reichstage beraten worden, aber nicht zur Verabschiedung gelangt. Der neuerdings vorgelegte Entwurf hat die vorjährigen Kommissionsbeschlüsse durchweg aufrecht, so u. a. die Verwirklichungsklausel, deren Befreiung aus den betr. Verträgen der früheren Entwurfs vorschlag, in der Form beibehalten, die ihm die vorjährigen Beratungen gegeben haben.

Abg. v. Buchta (D.) ist erfreut, daß die Vorlage den Beschlüssen der früheren Reichstagskommission Rechnung trägt. Die Verwirklichungsklausel sei im Interesse der Sicherheit des Käufers berechtigt, aber nicht mehr, wenn sie sich auf die bereits geleisteten Teilzahlungen bezieht. Für diesen Fall spreche die Vorlage die Nichtigkeit aus, indem beim Rücktritt vom Vertrage wegen Nichterfüllung der Vertragsbedingungen jeder Theil verpflichtet sein soll, dem anderen die empfangenen Leistungen zurückzugewähren, der Käufer aber zum Ersatz der durch Gebrauch und Benutzung der Sachen entstandenen Wertvermehrung verpflichtet sein soll. Ebenso billigt Redner die Vorschrift, daß die Fälligkeit der Restschuld rechtskräftig nur dann vereinbart werden kann, wenn der Käufer mit zwei Raten oder mindestens dem zehnten Theil des Kaufpreises in Rücklage ist. Ganz besonders aber begründet Redner die Bestimmung, wonach Abzahlungs-Geschäfte in Prämien-, Lotterielosen und Antheilscheinen verboten und der Zuwiderhandlung mit Geldstrafe bis zu 500 M. zu bestrafen ist. Er befürwortet die Erledigung der Vorlage in zweiter Lesung im Plenum, um ein nochmaliges Begräbnis dieses nützlichen Gesetzes zu verhindern.

Abg. Zahn (Z.) schließt sich diesem Wunsche an.
Abg. Leuzmann (fr. Wp.) tritt ebenfalls für eine Spezialregelung dieser Materie ein; er ist bereit, zum Schutze des Publikums auf diesem Gebiete von der bisherigen Vertragsfreiheit, von dem Prinzip des *laissez faire* abzugehen, aber ebenso sehr erscheint ihm die Regelung im Interesse der Abzahlungs-Händler selbst geboten. Die Nähmaschine vom Gesetze auszuscheiden, wie es eine Petition verlangt, hält er nicht für richtig.

Abg. Guccerius (N.): Die Vorlage will die Schäden und Auswüchse beseitigen, welche auf dem Gebiete der Abzahlungs-Geschäfte hervorgetreten sind, vermeidet aber jede Beschränkung, jede Erschwerung der legitimen Abzahlungs-Geschäfte. Daher ist es nur zu billig, daß an dem Eigentumsvorbehalt nicht gerüttelt wird, die Verwirklichungsklausel aber im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit nichtig sein soll, wenn sie den Verfall aller geleisteten Raten im Falle der Nichtzahlung einer Rate auspricht. Zur gründlichen Erörterung der Einzelheiten wäre den National Liberalen die Niederlegung einer Kommission von 14 Mitgliedern erwünscht.

Abg. Werner (Ant. Ref.): Auch wir gestehen zu, daß es solide, legitime Abzahlungs-Geschäfte giebt, bei den meisten Verträgen, die auf diesem Gebiete abgeschlossen werden, ist es aber der wirtschaftlich Schwächere, der auf unverantwortliche Weise benachteiligt wird. Deshalb begrüßen wir die Vorlage mit Freuden und werden uns an ihrer weiteren Verabredung in zweiter Lesung lebhaft beteiligen. Die abgeschlossenen Verträge sind in der That fast ausschließlich Leihverträge, weshalb der Eigentumsvorbehalt ganz berechtigt ist. Noch nicht erwähnt wurden die Vieh-Leih-Geschäfte, welche im Westen des Deutschen Reiches zum großen Schaden der Bevölkerung im Schwunge sind und deren Bekämpfung der Reichstag energisch in die Hand nehmen muß. Auch hier muß der wirtschaftlich Schwächere gegen die Schmaroher, die sich hauptsächlich aus dem Judentum rekrutieren, geschützt werden.

Abg. Auer (Soz.): Ueber die weitere Einschränkung des Hausirhandels werden wir uns äußern, wenn wir einen bezüglichen Gesetzentwurf haben werden. Für die Vorlage können wir ausnahmsweise ganz stimmen. Das wirtschaftliche Bedürfnis der Abzahlungs-Geschäfte wird heute erthobt von keiner Seite mehr bestritten; die zweifellosen Mißbräuche aber, die auf diesem Gebiete hervorgetreten sind, wollen auch wir bekämpfen. Daß sich der selbständige Geschäftsmann, der sogenannte solide Handwerker und Kleinhändler die Konkurrenz reeller Abzahlungs-Geschäfte gefallen lassen muß, verkehrt sich von selbst. Bekämpft werden soll doch nur das unreelle Geschäft. Würde man nun dem Vorschlage der Petition der Berliner Möbelhändler entsprechen, daß beim Rücktritt vom Vertrage der Verkäufer die Differenz zwischen dem gegenwärtigen Werthe der Waare und dem noch rückständigen Theil des Kaufpreises für sich beanspruchen kann, so würde dieser Zweck nicht erreicht, den Käufern vielmehr ein weiterer Nachtheil zugesügt werden. Für die Nähmaschine eine Ausnahme zu machen, sind wir auch nicht geneigt. Die Firma Reidlinger, die immerhin ihren Käufern gegenüber sehr rückständig sein mag, versorgt nicht alle Interessenten mit Nähmaschinen, es passen vielmehr auf diesem Gebiete die unglücklichsten Schwindelereien und Betrügereien, wie eine Gerichtsverhandlung in Ebersfeld beweist. Redner trägt den Fall im einzelnen vor, sowie einige ähnliche Fälle, und weist auch die Nothwendigkeit des Verbots der Abzahlungs-Geschäfte in Lotterielosen und Antheilscheinen an zahlreichen Beispielen, Annoncen von Barletta, ottomanischen und anderen Loosen eingehend nach. Die Maximalstrafe von fünfshundert Mark für die Uebertretung des Verbots möchte eher noch etwas heraufzusetzen sein. Schließlich regt Redner noch die Frage an, ob nicht auch bei Versicherungen jeder Art die auf den Policen enthaltene Verwirklichungsklausel, welche die bis zum fünften Jahre gezahlten Prämien für den Fall der Nichtzahlung einer weiteren Rate verfallen erklärt, als nichtig aufzuheben ist. Durch diese Klausel würden nicht bloß bemittelte Leute, sondern auch Tausende von Arbeitern schwer geschädigt, da die Gesellschaften nicht verpflichtet seien, die Rückständigen zu mahnen. Dieser letztere Uebelstand wenigstens müsse durch die Gesetzgebung beseitigt werden.

Damit schließt die Diskussion. Die zweite Lesung der Vorlage wird im Plenum stattfinden.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend den Schutz der Waarenbezeichnungen. Die Vorlage soll die bisherige Gesetzgebung auf dem Gebiete des Marken-schutzes erweitern. Es werden durch die Vorlage nicht bloß die eingetragenen Marken geschützt, sondern auch die nicht eingetragenen, welche allgemein im Publikum als Ursprungszeichen für eine bestimmte Herkunft bekannt sind. Die Waarenzeichen sollen in eine Zeichenrolle eingetragen werden, welche beim Patentamt geführt wird. Das bisherige Anmeldeverfahren wird durch ein Vorprüfungsverfahren beim Patentamt ersetzt.

Abg. Noeren (Z.) erklärt sich für die Vorlage. Redner beantragt die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Hammacher (natl.) tritt diesen Ausführungen vollständig bei. Dringend unterstützt er den Wunsch, daß die Entscheidung über die Gültigkeit eines neu angemeldeten Zeichens nicht dem Amtsrichter, sondern dem Patentamt übertragen wird, da unsere Richter nicht genügend vorgebildet seien und die

Mängel des heutigen Zustandes verewigt würden, wenn man nach wie vor statt durch die einzig zuständige technische Behörde im Wege der Klage über die Zulässigkeit entscheiden lasse.

Staatssekretär des Reichs-Justizamtes Nieberding wendet sich gegen das vom Vorredner besonders betonte Verlangen, wodurch dem Patentamt die Entscheidung in Dingen übertragen werden würde, welche gar nicht vorwiegend eine technische, sondern weit mehr eine formale juristische Bedeutung hätten. Man brauche also an der Zuständigkeit der deutschen Richter in dieser Beziehung Zweifel nicht zu hegen.

Abg. Schmidt-Ebersfeld (fr. Wp.) steht in dieser Frage auf Seiten der Vorredner aus der Mitte des Reichstages.

Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 5/4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1/2 Uhr. (Erste Beratung der eben eingegangenen Vorlage betr. eine Erklärung über eine Verlängerung des bestehenden Handelsprovisoriums zwischen dem Reich und Spanien bis 31. März d. J.; zweite Beratung der Novelle zum Unterstufungs-Vorbereitungsgesetz und zur Konkursordnung.)

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 25. Januar 1894. 11 Uhr.
Am Ministertisch: Graf zu Eulenburg, v. Berlepsch, v. Heyden.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abgg. v. Kröcher u. Gen.:

„Ist die königliche Staatsregierung geneigt, im Bundesrathe dahin zu wirken, daß ferner, eine Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle enthaltende Handelsverträge nicht zum Abschluß gelangen, ohne daß eine angemessene Ausgleichung mit den Geldverhältnissen der in Betracht kommenden Konkurrenzländer stattgefunden hat oder gleichzeitig stattfindet?“

Auf die Anfrage des Präsidenten von Köller erklärt der Minister für Handel und Gewerbe von Berlepsch, daß er bereit sei, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. von Heydebrand (L.) begründet die Interpellation: Der Finanzminister habe ausdrücklich die schwere Nothlage der Landwirtschaft anerkannt. Wir müssen erklären, daß nicht der Steuerdruck für die Landwirtschaft das Belastende ist, sondern die Ertragslosigkeit derselben. Was im Herrenhause in Aussicht gestellt ist, kann nicht schnell genug helfen. Es ist gesagt worden, daß nicht die Landwirtschaft nothleidet, sondern nur einzelne Landwirthe. Wenn ganz allgemein die Landwirthe dauernd nothleideten, dann kann man nicht mehr von der Nothlage Einzelner sprechen, dann befindet sich eben das ganze Gewerbe in einem Niedergange. Dann läßt sich aber die Folgerung nicht abweisen, daß zahlreiche Erwerbszweige, die von der Landwirtschaft abhängen, auch getroffen werden. Das Kleinergewerbe ist derartig abhängig von der Prosperität der Landwirtschaft, daß es ebenfalls leiden muß. Es giebt keinen andern Ort, wo diese Beschwerden mit größerem Recht angebracht werden können, als hier dieses Haus. Man möge über das Wohlgehehen, auf welchem unser Haus beruht, denken wie man will, das muß man zugeben, daß der produktive Stand hier viel mehr Vertreter hat als im Reichstage. (Ehr richtig! rechts.)

Welchen Grad die Verschuldung des Grundbesitzes hat, davon haben die meisten noch kein richtiges Bild. 1888/87 sind 133 Mill. Mark mehr eingetragen als gelöscht; in den folgenden Jahren 121, 149, 156 und 205 Millionen. (Hört! rechts.) Es wird festgestellt, daß der sechszehnjährige Ertrag des Grundsteuerreinertrages, den man gewöhnlich als Wert des Grundbesitzes betrachtet, zu 32 pCt. verschuldet ist. Die Belastung des kleinen Grundbesitzes ist nicht geringer als die des großen. Der letztere hat in den Landeshauptstädten bessere Kreditverhältnisse, während der erstere fast nur Personalkredit bei Privatleuten hat. Unter dem Sinken der Grundrente und dem Steigen der Produktionskosten leidet der kleine Besitzer mehr als der große, welcher sich noch eher helfen kann. Dazu tritt die Wirkung unserer hochwertigen Valuta, welche geradezu eine Importprämie in sich schließt gegenüber Ländern mit einer unterwerthigen Valuta. Es muß also die Einwirkung des Weltmarktpreises auf den Inlandspreis auf andere Weise ausgeglichen werden durch Zölle und durch Aenderung der Verhältnisse. Jedenfalls erscheint es bedenklich, daß das Maß des bestehenden Schutzes noch zu verringern durch Handelsverträge. Der nächste und wichtigste Vertrag ist der zu erwartende russische Handelsvertrag, der seinem ganzen Wesen nach besonders schaden muß, weil die russische Valuta nicht bloß eine minderwerthige, sondern auch eine sehr schwankende ist. Die Hauptexportartikel Rußlands sind Roggen, Hafer und Holz, welche den preussischen Markt besonders bedrohen. Die Industrie wird manche Vortheile von dem Vertrage haben, namentlich auch die meiner Heimath, Provinz. Die Regierung sollte untersuchen, welche Wege sie gehen kann auf diesem Gebiete, ehe sie Maßregeln zustimmt, die nachher das Betreten dieser Wege vielleicht unmöglich machen oder doch sehr erschweren. Eine solche Erklärung würde im hohen Grade beruhigend auf die Landwirtschaft einwirken. Möge die Bitte kommen, ehe es zu spät ist. (Beifall rechts.)

Handelsminister v. Berlepsch: Die Staatsregierung steht sich nicht in der Lage, über den russischen Handelsvertrag in diesem Hause jetzt zu verhandeln. Sie wird sich daher an den allgemeinen Wortlaut der Interpellation halten. Die Staatsregierung wird jedem Handelsvertrag und ganz insbesondere auch solchen Handelsverträgen, in denen eine Herabsetzung der landwirthschaftlichen Zölle vorgesehen ist, ihre Zustimmung nur dann geben, wenn der Inhalt derselben den wirtschaftlichen Interessen des Reiches und Preussens entspricht. (Rachen rechts, Beifall links.) Sie ist aber nicht in der Lage, ihre Zustimmung von einer Bedingung abhängig zu machen, die sie für unerfüllbar hält. (Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Der Vorredner verlangt eine Ausgleichung der Verhältnisse; das Reich kann nicht in einem Handelsvertrage eine Bestimmung über die Bindung der Verhältnisse aufnehmen. Vielfach ist vorgeschlagen, man möge eine gleitende Skala einführen, welche den Zoll abhängig macht von dem Stande der Valuta. Dieser Vorschlag würde nicht ausführbar sein, er würde für Deutschland die empfindlichsten Folgen haben und namentlich für die deutsche Landwirtschaft eine Gefahr in sich bergen, die viel größer ist als die der Festsetzung eines festen Zolles. Der Zoll würde je nach der Wirkung der Währungsspekulation auf die Valuta Tag für Tag hinauf und hinuntergehen. Einen solchen Weg einzuschlagen, verdient die thatsächlichen Verhältnisse durchaus. Wenn man in Rußland Getreide oder sonst etwas kauft zu einem festgesetzten Preise, so muß man berücksichtigen, daß in dem Augenblicke, wo das Getreide die Grenze überschreitet, der Zoll sich geändert haben wird.

Ich kann anführen, daß auch die preussischen Handels- und gewerblichen Kreise ein Interesse daran haben, das Mittel und Wege gefunden werden, welche dem Schwanken des Silberpreises einen Damm entgegenzusetzen. Die Handels- und gewerblichen Interessen verlangen eine gute und gesicherte Währung; sie verlangen auch die Befreiung der Schwankungen des Silberpreises. Es ist die Frage aufzuwerfen, ob nicht durch das Vorgehen der amerikanischen und indischen Regierung die Gefahr einer Goldknappheit uns nahe gerückt ist. Die Regierung möchte die Schwierigkeiten gern beseitigen, unter denen die nach dem Silber-

ländern exportirende Industrie leidet. Endlich ist das Moment des heimischen Bergbaues maßgebend. Wir sind nicht eines der Hauptländer der Silberproduktion, aber die Zahl der am Silberbau beteiligten Bevölkerung ist eine nicht unerhebliche. Ob der Oberharzer Bergbau, den wir wesentlich im Interesse der Bevölkerung fortführen, bei stetig sinkendem Silberpreise aufrecht erhalten werden kann, ist im höchsten Grade zweifelhaft. In ähnlicher Lage befindet sich der Mansfelder Bergbau und in Beziehung zur Silberproduktion steht auch die Bleigewinnung. Für die Entscheidung dieser Frage sind die Verhältnisse des Bergbaues allein sicher nicht maßgebend; aber sie werfen doch ein erhebliches Gewicht in die Waagschale. (Zustimmung rechts.)

Brömel (fr. Wp.): Herr von Kardorff hat von tausenden von Substationen kleiner Besitzungen gesprochen. Darüber sind wir durch die Statistik zuverläßig unterrichtet. Die Statistik ergibt aber seit 1886 fortwährend eine Abnahme der Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke von rund 2900 auf rund 1500, und diese Zahl vertheilt sich auf alle Provinzen ziemlich gleichmäßig. Man kann sagen, daß die Behauptungen des Herrn v. Kardorff jeder thatsächlichen Unterlage entbehren.

Prof. Conrad hat schon vor längerer Zeit nachgewiesen, daß die Verhältnisse der Ernte, die Frachtpreise u. s. w. einen viel größeren Einfluß auf den Preis haben als die Valuta. Es ist gar kein Bedürfnis für eine gleitende Skala vorhanden. Die Gegnerschaft gegen den Handelsvertrag ist mindestens übertrieben. Man sollte in diesen Verhandlungen keine unnötige Beunruhigung hervorrufen. Man sollte den Silberpreis ruhig den Standpunkt einnehmen lassen, welchen er infolge der fortschreitenden Konsumtion und Produktion einnehmen wird. Industrie und Handel haben kein Interesse daran, Experimente auf diesem Gebiete zu machen.

Abg. v. Erffa (N.): Die Antwort des Herrn Handelsministers hat uns nicht befriedigt. Was nützt mir die kaufkräftige Industrie, wenn sie nur vom Auslande und nicht von mir lebt. Die Zufriedenheit der Bevölkerung wollen wir erhalten durch die Abwehr des russischen Handelsvertrages. (Beifall rechts.)

Abg. Krause (natl.): Wir geben keine Erklärung ab, so lange wir den Inhalt der Vorlage noch nicht kennen.

Abg. Graf Hoenbroch (Z.): Die Landwirtschaft ist nicht nur allein ein bedeutender wirthschaftlicher Faktor, sondern sie ist auch allein geeignet, den Gefahren des Unsturzes entgegen zu wirken. Eine Abtufung des Zolles nach dem Rubellurs ist nicht möglich. Die Währungsfrage muß international geregelt werden. Die Einführung einer gleitenden Skala würde der größte Mißgriff sein. Die Landwirtschaft würde mit gebundenen Händen der Währungsspekulation ausgeliefert. Die Aushebung des Identitätsnachweises wird von den Herrn im Osten mit großer Energie verlangt; vorübergehend kann daraus eine Steigerung der Getreidepreise entstehen, aber schließlich würden alle Vortheile der Waise und dem Zwischenhandel zufallen. Dem Westen wird aber durch die Aushebung des Identitätsnachweises eben so großer Schaden zugefügt, wie durch die Staffeltarife, deren Befreiung der Westen unbedingt fordern muß.

Abg. Gothein (fr. Wp.): Wir halten es für loyal, auf eine jetzt noch schwebende Sache nicht einzugehen. Handel und Industrie haben es sich schwer ankommen lassen gegenüber der großen Agitation der Landwirthe vollständig zu schweigen, um die Fiktel der Regierung nicht zu stören. Was wollen Sie (rechts) denn erreichen? Es ist doch weiter nichts als eine Demonstration, um unserer Regierung das Leben schwer zu machen. (Heiterkeit rechts.)

Abg. v. Kardorff (fr.): Die Landwirtschaft hat sich immer mit der Industrie solidarisch gefühlt. Was den Handelsvertrag betrifft, so liegt die Sache etwas anders. Im Handelsvertrage treten Ausschreitungen zu Tage, z. B. mit den Getreide-Differenzgeschäften, welche die Landwirtschaft schädigen. Die landwirthschaftlichen Interessen sind dieselben, wie die des Mittelstandes, des kleinen Handels und des kleinen Gewerbes in den kleinen Städten. Wir vertreten also ein großes vaterländisches Interesse. Wie die Valuta den Import beeinflusst, weiß Jeder, der an der russischen Grenze wohnt. Es ist gestelt worden, daß wir diese Reichstagsfrage hier zur Sprache bringen. Aber Graf Caprivi hat den Kreis der Reichskompetenz so eng beschränkt, daß die Einzelanträge sich notwendig mit diesen Fragen beschäftigen müssen. Beim Fortbestehen der Goldwährung muß die Landwirtschaft in Deutschland zu Grunde gehen wegen der sinkenden Kaufkraft des Volkes.

Abg. Graf Vellekrem (Z.): Für die Beteiligten ist die Unterwerthigkeit des Silbers eine sehr unangenehme Sache; aber wenn man sich mit der Frage beschäftigt, wie dieser Uebelstand aus der Welt geschafft werden kann, so erkennt man bald, daß das unmöglich ist. Man kann von einer schwierigen Lage der Landwirtschaft oder vieler Landwirthe reden — das ist dasselbe — vorhanden ist der Nothstand in fast allen Theilen Deutschlands, auch in meinem engeren Vaterlande Schlesien. Die Ursachen liegen hauptsächlich in der Verschuldung, zum Theil infolge der Erbtheilung, zum Theil infolge der hohen Kostenpreise. Dazu kommen die großen Lasten, welche die Landwirtschaft zu tragen hat und die alt hergebrachte Art der Bewirthschaftung, die Selbstbewirthschaftung größerer Komplexe, die sich sehr theuer gestaltet. Es ist aber sehr schwer, zur Bewirthschaftung durch kleine Pachtböfe überzugehen. Die Landwirtschaft glaubt, daß bei Festhaltung des höheren Getreidezolles der Nothstand nicht vorhanden wäre. Hätte man den Zoll in der alten Höhe an allen Grenzen aufrecht erhalten können, so würde darin ein gewisser Schutz liegen. Nachdem aber der Zoll gegenüber Oesterreich herabgesetzt ist, woran wir alle gleich schuldig sind, so ist jetzt nicht von sehr hoher Bedeutung, ob Rußland gegenüber dieser Zoll ebenfalls herabgesetzt wird. Mit dem russischen Zolltriede sind die Preise nicht gestiegen, sondern gefallen trotz des höheren Zolles. Die Herabsetzung des Zolles ist kein Geschenk an Rußland; Rußland muß werthvolle Konzeptionen machen, dann wird der Schaden dadurch ausgeglichen, daß die wessliche Industrie konsumtionsfähig wird. Meine Heimath leidet unter dem Zolltriede ganz besonders. Die ober-schlesische Industrie kann es kaum mehr aushalten. Wenn im ersten Semester 1893 noch 878 480 Zollentner Trügelisen und 123 000 Zollentner Bleche nach Rußland exportirt sind, wobei 5000 Arbeiter beschäftigt wurden, so kann man die Größe eines solchen Ausfalls ermessen. Ich will die Blüthe der Landwirtschaft, aber auch die Blüthe aller anderen Erwerbszweige. (Zuruf rechts: Das wollen wir auch!) Dann lassen Sie von der übermäßigen Agitation, welche die Landwirtschaft nur schädigt. (Beifall links.)

Abg. Friedberg (natl.) erklärt, daß sein fraktionsgewisse Krause nur in seinem Namen gesprochen habe. Er, Redner, vertrete eine andere Ansicht. Daß ein niedriger Rubellurs den Export befördere, bedarf keines Beweises (Rachen links), daß ist einfach ein Axiom. (Rachen links.) Wer das nicht anerkennt, mit dem kann man überhaupt nicht streiten. Deshalb ist es wichtig, beim Abschluß eines Handelsvertrages dieser Seite Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ich weiß nicht, wie man sich einer Regelung der Währungsfrage noch verschließen kann, nachdem Milliarden verloren gehen an Werthpapieren solcher Staaten, welche an einer schlechten Währung zu Grunde gehen. Gerade diejenigen, welche Freihändler sind, sollten diesen Punkt nicht aus den Augen verlieren. (Sehr richtig rechts.) Nicht die Preissteigerung der Waaren

lurch Wiederherstellung des Silberpreises ist für mich die Hauptsache, sondern der Umstand, daß jede internationale Handelspolitik durch die Verschiedenartigkeit der Währungsverhältnisse durchkreuzt wird. (Zustimmung rechts.) Wenn wir genug Geld hätten, daß alle Länder zur Goldwährung übergehen könnten, dann müßte jeder ein Fanatiker für die Goldwährung sein.

Darauf wird die Beratung vertagt. Der Präsident schlägt vor, die Sitzung morgen um 11 Uhr abzuhalten.

Hg. Arendt (H.) beantragt die Sitzung um 10 Uhr abzuhalten. (Widerpruch.) Es werde für morgen ein Ereignis bevor, an welchem alle Herzen theilhaftig seien, sodas vielleicht nicht die Neigung vorhanden sein wird, die Sitzung sehr lange auszudehnen. (Widerpruch.)

Hg. v. Gnuern (H.): Ich bin an sich mit dem Vorredner einverstanden; aber er hat es selbst in der Hand, daß wir zu dem Ereignis noch rechtzeitig kommen. Er sieht selbst auf der Rednertribüne und wenn er sich kurz faßt, können wir frühzeitig fertig werden.

Die Mehrheit des Hauses entscheidet sich für Beginn der Sitzung um 11 Uhr.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Fortsetzung der abgebrochenen Beratung.)

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 25. Januar, Nachmittags 5 Uhr.

Der Stadtv. Manegold ist gestorben. Die Versammlung ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Stadtv. Voght hat vor der Tagesordnung das Wort erbeten, um eine bei Gelegenheit der Beratung der Schloßplatzvorlage gegen ihn gehende Äußerung des Stadtbauraths Hobrecht richtig zu stellen. Auf Veranlassung des Vorredners hat er jedoch eine schriftliche Berichtigung der heutigen Sitzung angefügt werden soll und den Nachweis führt, daß der Stadtbaurath im Jahre 1890 sich tatsächlich für die Verbreiterung der Königsstraße auf der Nordseite ausgesprochen hat.

Der für den Antrag Kallmann betr. die Aufstellung von Beton- und Muffen in Rathhausa niedergelegte Ausschuss hat die Anlegung solcher Anlagen für dringend wünschenswert erklärt und empfiehlt der Versammlung, fünf näher bezeichnete Stellen zur Anbringung der Fabriehle dem Magistrat zur Auswahl vorzuschlagen und ihn um baldige Vorlage eines diesbezüglichen Antrages zu ersuchen.

Der Ausschussantrag wird ohne Debatte angenommen.

Ueber die Anträge Singer, betr. die Beschaffung von Arbeit, sowie die Erhöhung der Armen- und Pflanzgelder und die Beschaffung beizubarer Räume zum Aufenthalt Arbeitsloser berichtet namens des Ausschusses Stadtv. Meyer I. Die Leser des „Vorwärts“ sind i. Z. fortlaufend ausführlich über die betr. Ausschussverhandlungen unterrichtet worden. Es ist über die verschiedenen Anträge eine getrennte Diskussion eröffnet und schließlich die Abstimmung über dieselben mit Ausnahme des bereits erledigten letzten Theils des Antrags vorgenommen worden. Dabei wurde

1. die Forderung des 8 stündigen Arbeitstages mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt;

2. diejenige auf möglichst energische Fortführung der städtischen Bauten mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen, das Amendement dagegen: „Dabei nur hier ortsangehörige Arbeiter zu berücksichtigen“ mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt;

3. über den Antrag auf Vermehrung der Arbeitskräfte für die Straßencanigung in Erwägung, daß die Zeitabschnitte, in welchen die Reinigung der Straßen und Plätze erfolgt, berechtigten Ansprüchen genügen und es nicht unbedenklich erscheint, nur zum Zweck der Beschäftigung Arbeitsloser nicht erforderliche Arbeiten ausführen zu lassen, zur Tagesordnung übergegangen;

4. der Antrag auf Erhöhung der Armen- und Pflanzgelder mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt, desgleichen die Fixirung einer bestimmten Summe von 600 000 oder 400 000 M. für die Ueberführung der bezüglichen Staatspositionen und dafür folgender Beschluß gefaßt: „Die Versammlung ermächtigt den Magistrat, soweit etwa besondere Bedürfnisse hervortreten, den Etat der Armenverwaltung und die üblichen Unterstützungsgelder zu überschreiten“;

5. der Antrag angenommen, daß der Magistrat der Versammlung über die zur Ausführung der obigen Beschlüsse getroffenen Maßnahmen in entsprechenden Zeiträumen Mittheilung machen soll.

Den Antrag Kallisch, „den Magistrat zu ersuchen, derart Vorkehrungen zu treffen, daß vor Beginn des nächsten Winters Wärmehallen in passenden Gegenden eingerichtet sind,“ hat der Ausschuss zur Zeit abzulehnen empfohlen.

Referent Meyer I weist zunächst darauf hin, daß der diesmalige Winter zu den mildesten gehöre, daß die Lebensmittelpreise in keiner Weise gestiegen seien, daß der Nothstand in dem behaupteten Maße gar nicht existire, daß man sonst für Berlin einen permanenten Nothstand proklamiren müßte, daß die Arbeitslosigkeit zum Theil trivial provozirt sei, wie der jüngste Droschkentäufcher-Streik wieder beweise, daß die sämtlichen Mitglieder der Straßencanigungs-Deputation bei den angenommenen Dispositionen eine außerordentliche Thätigkeit hätten und dergleichen mehr; aus allen diesen Gründen sei die überwiegende Mehrheit des Ausschusses dazu gekommen, die Hauptthesen in dem Singer'schen Antrage zurückzuziehen. Dazu gehöre vor allem die Forderung der achtstündigen Arbeitszeit bei unveränderter Lohnhöhe. Das dürfe die Stadt nicht einmal als vorübergehend konzediren, denn es sei nachher sehr schwer, davon wieder abzukommen. Warum übrigens gerade achtstündige, nicht 9. stündige Arbeitszeit verlangt werde, sei unklar. Bezüglich der Bauten sei allerdings innerhalb der Hochbauverwaltung stärkere Thätigkeit zu entwickeln möglich, und deshalb empfehle der Ausschuss die Annahme des bezüglichen Antrags. Bei der Straßencanigung befände sich alles in bester Ordnung; es werde deshalb eine motivirte Tagesordnung vorgeschlagen. Die Frage der Erhöhung der Armen- und Pflanzgelder sei gar nicht akut; die Armenverwaltung habe ohnehin das Recht, Nothständen durch Staatsüberschreitungen entgegen zu treten; man habe aber noch überdies für diese etwaige Ueberführung eine direkte Vollmacht gegeben. Der Antrag Kallisch sei vom Ausschuss zur Zeit abzulehnen worden, weil es dem Magistrat ganz ruhig überlassen werden könne, in bezug auf die Wärmehallen, wenn es Zeit sei, das Nöthige zu veranlassen, und weil, wenn man jetzt schon öffentlich erkläre, man sei mit Wärmehallen im nächsten Winter genügend ausgerüstet, dies nur dazu beitragen könne, noch mehr Arbeitslose nach Berlin zu ziehen.

Stadtv. Wernau: Ich bedauere lebhaft, daß der Ausschuss unsern Antrag zu 1 bei Zustimmung verlagert hat. Wer die Entwicklung der Verhältnisse sieht, muß zugeben, daß das Herd der Arbeitslosen immer mehr anwächst, daß die industriellen Krisen immer mehr Arbeiter hienos machen, daß unmöglich die Staats- und Kommunalbehörden sich auf die Dauer der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit werden entziehen können. Diese Forderung wird von uns so lange wiederholt werden, bis sie angenommen und durchgeführt ist. (Lachen.) Am Montag haben fünf Arbeitslosenversammlungen stattgefunden. Ich habe in den Wärmehallen recherchirt, ob die Frequenz der Wärmehallen durch diese Versammlungen Abbruch erlitten habe; es war nicht der Fall, die Hallen waren gefüllt und in regelmäßiger Abfüllung wurden Hunderte hinaus- und hineingelassen. Würden Sie die traurigen Zustände in den Wärmehallen, diese jammervollen Gesen dort sehen, dann würden Sie anderen

Sinnes werden. Diese Leute sind zu keiner Arbeit mehr fähig, auch nicht zum Schneeschleppen, die können nichts mehr leisten. Woher ist es gekommen, daß wir jetzt solche traurigen Gestalten innerhalb unserer heutigen Gesellschaft sehen? Herr Meyer I meint, ganz unverschuldet hätten die Arbeiter den Nothstand nicht, in dem sie sich befinden. Herr Meyer I sollte doch in unsere öffentlichen Versammlungen kommen und sich dort solcher Ausdrücke bedienen. Unsere Versammlungen verkaufen anerkanntermaßen am ruhigsten, aber solche Ausdrücke über die feintige würden einen Entzündungssturm hervorzurufen, so stark, daß ihm das Herzschloß plagen würde. (Stürmische Heiterkeit.) In vielfachen Fällen sei die Arbeitslosigkeit in ganz trivialer Weise heraufbeschworen worden, meint Herr Meyer. Welches Mittel steht dem den Arbeitern zu Gebote, für ihre berechtigten Forderungen auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten, als der Streik? Glauben Sie denn, daß wir leichsinnig den Arbeitern den Streik empfehlen, angesichts der Gewalt des Kapitalismus? Die Arbeitslosen-Versammlungen waren überfüllt, aber weit mehr Arbeitslose noch füllten die Straße, sie hatten in die Säle nicht mehr Zutritt erlangen können. Mit diesen Leuten müssen Sie sprechen, wenn Sie sich über die Arbeitslosigkeit orientiren wollen. 4, 6, 8, 12 Wochen lang sind die Leute ohne Arbeit gewesen. Können Sie da nicht herunterkommen sein, muß nicht der Konsumzusammenhang zerstört werden, muß nicht zuletzt der Zustand eintreten, den uns die Wärmehallen illustriren? Sehen Sie denn nicht, daß wir schon Kämpfe führen müssen mit unsern eigenen Klassenangehörigen, denen unsere Forderungen nicht mehr weit genug gehen, die sich den Anarchisten zuneigen? Wir treten diesen Bestrebungen am schärfsten entgegen. Wir kennen die Noth, das Elend, die Leiden des Arbeiters, wir wissen, daß sie bestrebt sind, ihre Familien in der ebschlichsten Weise durchzubringen. Wie kann man da von trivialer selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit sprechen? Der Stadtbaurath Hobrecht erklärte im Ausschuss, der Arbeiter sei heute ein freier Mann; wenn er nur 8 Stunden arbeiten, könne man garnichts thun. Tatsächlich hat aber doch der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft, wenn er in den Dienst eines Arbeitgebers tritt; würde er nur 8 Stunden arbeiten wollen, so läge er schon morgen auf der Straße, weil er der Lohnknecht des Arbeitgebers ist. Trotz dieser Thatsache, daß in Berlin circa 50 000 Menschen im Durchschnitt seit 8-10 Wochen beschäftigungslos sind, wird weiter nichts vorgeschlagen, als eine Erhöhung der Armen- und Unterstützungsgelder! Suchen Sie Beschäftigung herbeizuführen; geben Sie den Arbeitern Arbeit, nicht Almosen, dann werden Sie den Arbeitern den moralischen Halt erhalten. Jedenfalls läme für uns das Almosengeben erst in zweiter Linie. Stimmen Sie unserem Antrage zu, nehmen Sie Nothz davon, daß in England der Kriegsminister für die Staatswerkstätten den achtstündigen Arbeitstag eingeführt hat, daß in Paris schon seit Jahr und Tag für die städtischen Betriebe der reuonstündige Arbeitstag besteht. Wird heute in Deutschland der achtstündige Arbeitstag eingeführt, so wären damit noch lange nicht alle Arbeitslosen von der Straße weggenommen; die Begrenzung auf acht Stunden würde nicht ausreichen, allen Arbeit zu gewähren. (Zwischenruf.) Darüber, ob die Arbeitszeit noch weiter heruntergesetzt werden muß, wird die zukünftige Entwicklung zu entscheiden haben. Die Technik ist noch lange nicht in ihrer Entwicklung zum Stillstand gekommen, und ebenso wächst doch die Bevölkerung. Wollen Sie denn, indem Sie alle diese Umstände ignoriren, die Zustände von 1789 wieder heraufbeschwören? (Lärm und Zwischenrufe.) Warum wollen Sie denn nicht den Nothleidern der Massen anhören, warum ihnen die Hilfe verweigern? Begnügen Sie sich nicht mit den Ausschussanträgen, nehmen Sie unsere Anträge an!

Stadtv. Gontig: Ich war überzeugt davon, daß die Herren Sozialdemokraten diese Gelegenheit benutzen würden, um sich dabei Futter zu verschaffen (lebhafter Zwischenruf und Unterbrechungen) — ich meine Futter für ihre Agitation, denn diese Agitationen brauchen sie, davon leben sie. Sie brauchen solche wüste Agitation, solche Versammlungen, um sich bei den Massen Autorität zu verschaffen. (Fortgesetzte Unterbrechungen und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Von 1789 in der Zeit des allgemeinen Wahlrechts reden ist einfach lächerlich. Der achtstündige Arbeitstag ist ja nicht von heute und gestern, schon von hunderttausenden Jahren (Stürmische Heiterkeit) — vor tausend Jahren wollte man die Arbeitszeit beschränken. Den achtstündigen Arbeitstag werden Sie niemals mit dem freien Willen der Menschen in Einklang bringen, das könnte nur auf dem Wege des Zwanges geschehen und so weit sind wir noch nicht, daß wir hier in der Stadt den Zukunftsstaat einführen. Einerseits wollen Sie den Leuten keine Almosen geben, andererseits stellen Sie sie als ausgebeutet hin. Was wollen Sie denn nun eigentlich? (Stürmische Rufe: Arbeit!) Ich möchte einmal das Geschrei hören, wenn man nach dem Vorschlage eines sozialdemokratischen Redners Tausende von Arbeitslosen nach der Lüneburger Heide verschicken würde (Lachen und Unterbrechungen). Redner geht dann zu praktischen Vorschlägen über. Man solle doch die Millionen, welche die Führer der Sozialdemokratie von den Arbeitern erpressen, (Großer Lärm.) Vorsteher Langerhans bittet, so provozirende Ausdrücke wie „erpressen“ nicht zu erpressen. — Ja, die Einnahmen der Partei belaufen sich doch tatsächlich in die Millionen. Wenn Sie Mitleid mit der Noth der Arbeiter hätten, würden Sie diese Geldmassen zur Linderung dieser Noth verwenden. Die tiefsten Ursachen der Nothstände liegen in den liberalen Gesetzen, in der Freizügigkeit, welche die Masse in die Großstadt verlockt und dort sehr bald auf die Straße wirft. Sorgen Sie dafür, daß wenigstens die unverheirateten Arbeiter Berlin verlassen, wie Sie es früher thaten, als Sie die Streiks noch pousfirten. Den Ausdruck „erpressen“ nehme ich schon jetzt zurück. (Große Heiterkeit.)

Stadtv. Jubel: Herr Gontig setzt seine Praxis fort, wie er sich hier mit ihr eingeführt hat. Er nimmt seine beleidigenden Ausdrücke zurück, sobald er sie ausgesprochen hat, weil er weiß, sie gehören hier nicht her, sie sind für seine Freunde draußen bestimmt. Ich will ihm nur sagen, daß das „Futter“, das er in Gehalt von Gehalt erhält, zum großen Theil aus Leistungen von Arbeitern herrührt. (Vorsteher Langerhans: Der Vorredner hat das zurückgenommen!) Dasselbe gilt von dem Worte „Erpressung“. Was wüste Agitation ist, darüber sollte der Herr seine Parteigenossen im Lande befragen. Wir werden ja morgen Gelegenheit haben, die Herren Antifemiten vor einem gewissen Wagen und vor einem gewissen Manne, der nach Berlin kommt, die größten Hochprügeln machen zu sehen (Stürmische Heiterkeit und Zwischenruf; Vorsteher Langerhans erhebt den Redner, zur Sache zu sprechen). Der Referent leugnet den Nothstand überhaupt, er weist darauf hin, daß die Lebensmittelpreise nicht gestiegen sind. Wie groß würde der Nothstand erst sein, wenn auch noch eine Zehnerung eingetreten wäre! Er erwähnt den Droschkentäufcher-Streik, der doch nur ganz unbedeutende Forderungen der Polizei in bezug auf eine gewisse Antitrakt abwehren sollte. Die so stark gestiegene Zahl der Arbeitslosen will Beschäftigung, nicht Almosen. Die Stadt hat keine Rücksicht auf die Privatindustrie zu nehmen. Verlangen wir die Kürzung des Gehalts, wenn die Herren Magistratsmitglieder im Sommer aus Urlaub gehen und nichts thun? Aus demselben Grunde verlangen wir, daß derselbe Lohn für die verkürzte Arbeitszeit gezahlt wird. Früher oder später werden Sie sich dieser Forderung doch nicht entziehen können. Nicht nur mit Nothstandsansätzen sondern mit noch ganz anderen Anträgen werden wir Ihnen schon in der nächsten Zeit kommen. Sehen Sie die Zustände an, wie sie jetzt in Italien eingetreten sind; es ist der Nothschrei eines Volkes, welches nicht weiter herumkommen kann. Ihun Sie jetzt nichts, so dürfen Sie sich später nicht beklagen, wenn ähnliche Zustände wie in Sizilien auch bei uns eintreten. Die Krankenkasse der Waler hat die Krankengelder nicht zahlen können und der Magistrat lehnt die Forderung eines Darlehens von 15 000 M. einfach ab! Weist denn das nicht auch auf tief-

gehende Nothstände hin? Die Furcht, daß die Vermehrung der Wärmehallen noch mehr Arbeitslose nach Berlin führen wird, steht im sonderbaren Gegensatz zu den Bemühungen der Berliner Unternehmer, die durch ihre Agenten aus allen Theilen Deutschlands billige Arbeitskräfte nach Berlin ziehen und so ihrerseits die Uebelstände in Berlin noch verschlimmern. (Sehr richtig!) Lassen Sie die Zeit nicht ungenützt verstreichen! Mit immer schwereren Sorgen blickt die Arbeiterschaft in die Zukunft; auch im Sommer nimmt die Arbeitslosigkeit schon in erschreckendem Maße zu. Sie sollten ein wachsamcs Auge haben, um gewaltsame Eruptionen zu verhindern.

Stadtv. Kallisch: Der achtstündige Arbeitstag hat allerdings, wo er eingeführt ist, sehr segensreich gewirkt, aber auch nicht ein einziger Arbeiter ist mehr eingestellt worden; im Gegentheil hat man die älteren Arbeiter hinausgeworfen und nur die tüchtigsten behalten, die in 8 Stunden so viel schaffen wie in 10. Wollten die Herren für ihre Zwecke etwas erreichen, so hätten sie den sechsstündigen Arbeitstag fordern müssen. Die Gründe des Ausschusses für die Ablehnung des Antrages auf Vermehrung der Wärmehallen erscheinen mir nicht stichhaltig. Der Aufenthalt in den Wärmehallen ist nicht so verlockend, um Arbeiter nach Berlin zu ziehen. Ob es die Arbeitsgeber sind oder die Arbeiter, die fremde Arbeiter herziehen, kann ich nicht unterscheiden. Jedenfalls aber müssen wir im nächsten Winter gerüstet sein; als nothwendiges Uebel müssen wir die Wärmehallen beibehalten. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Stadtrath Friedel: Der Magistrat hat allerdings abgelehnt, der Walerkasse die 15 000 M. Darlehen zu geben. Die Zunahme der Krankengelder bei dieser Kasse ist so erstaunlich gewesen, daß es da nicht mit rechten Dingen zugehen kann. Bei 4000 Mitgliedern wurden 1890 41 000, 1891, 92 und 93 bei 3900, 3800, 3700 Mitgliedern 48 000, 52 000, 77 000 M. Krankengeld gezahlt. Das ist doch eine bodenlose Verschwendung! (Zuruf: Dann erweisen Sie das Elend, was in diesem Anwachsen enthalten ist!) Die Zunahme der Kranken sieht ebenso in gar keinem Verhältnis zu der Gesamtzahl der Mitglieder und zu dem Verhältnis bei den anderen Krankenkassen. Der Vorstand der Kasse theilt uns selbst mit, daß die Arbeitslosen theils als Kranke, theils als Unterstützungsbedürftige die Kasse in Anspruch nehmen (Hört, hört!) Der Kassensatz könnte oft den als vorhanden bezeichneten Rheumatismus nicht als nicht vorhanden nachweisen. Der Vorstand erklärt weiter, daß er auch mit Ordnungsmitteln nicht im Stande gewesen sei, diesem Unlug zu steuern. Würde der Vorstand schärfer vorgehen, so würde sich die Zahl der Simulanten erheblich verringern lassen. Ärztliche Behandlung und Arzneilieferung geht übrigens bei der Kasse fort, auch die Krankengelder werden nächste Woche wieder gezahlt werden. Der Magistrat würde schwach gehandelt und den Leuten nur scheinbar geholfen haben, wenn er das Darlehen bewilligte. Zunächst muß schärfer gegen die sogenannten Trückerberger vorgegangen werden. Der Fall wird hoffentlich als heilsames Beispiel dienen.

Stadtv. Gontig protestirt dagegen, daß man ihm für seine Ausführungen Ausdrücke wie Verleumdung, Verdächtigung u. s. w. zurufe; man möge das bleiben lassen. Außerdem verlangt er den Nachweis, wo die von den einzelnen Werkhätten wöchentlich beigefeuerten 70 oder 80 M. geblieben sind. (Wächter.) Redner wünscht vom Magistrat Auskunft, warum der Rechnungsentwurf in der städtischen Verwaltung nicht durchgeführt werden kann.

Stadtrath Loubis erklärt, daß die 1891 bewilligte Zehnerungszulage vollständig in die Zuwendungen an die Armenpflege übergegangen, zur lebenden Einrichtung geworden ist. Die Aufwendungen Berlins seien viel höher als die der andern Großstädte. Die Gemeinde habe keine Pflicht, dem Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Es sei zu erwägen, ob man ohne Verletzung des Grundgesetzes der Freizügigkeit die Niederlassungspolizei dahin ändern könnte, daß bei Arbeitslosigkeit keine Arbeitslosen von außerhalb in die Stadt hineinkommen dürfen. Ein Nothstand könne nur konstatirt werden durch genossenschaftliche Korporationen, die zur Zeit nicht vorhanden sind. Geingt das der freien Vereinsfähigkeit nicht, dann könnte es nur provinziell organisierten Genossenschaften gelingen. Sie verlangen unproduktive Arbeit um jeden Preis bis auf weiteres; aber müssen Sie sich doch noch in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung einrichten. Es wäre viel gewonnen, wenn die Herren die Arbeiter lieber auf die freie Selbstthätigkeit, als auf die Hilfe der Gemeinde verweisen, die von der Gemeinde gar nicht geleistet werden kann. Zu der freien Selbstthätigkeit gehört auch der Arbeitsnachweis.

Stadtv. Singer: Die akademischen Auseinandersetzungen des Herrn Stadtraths darüber, daß die Gesetzgebung nicht geeignet sei, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, waren für mich überflüssig; es handelt sich aber auch gar nicht um Klagen über die Gesetzgebung, sondern um die Abwehr eines großen Nothstandes, den abzuwehren die Stadt vielleicht nicht verpflichtet ist, den aber die Stadtvertretung aus Gemeingefühl abzuwehren mitthelfen sollte. Für den Arbeitsnachweis werden wir schon in nächster Zeit mit Anträgen kommen. Es ist eine thatsächliche Verletzung in das Gegenüber, wenn Sie gegenüber unseren Anträgen behaupten, es sei nicht unsere Absicht, die Leute zur Selbstthätigkeit zu veranlassen. Unsere Anträge drehen sich ja um nichts weiter. Die Tausende von Arbeitern, die vom Hunger geplagt sind, haben nicht Zeit zu warten, bis Herr Loubis und Magistrat mit ihren theoretischen Erwägungen zu Ende gekommen sind. Herr Friedel hat uns Zahlen vorgetragen, von denen ich beim besten Willen nicht begreife, was sie beweisen sollten. Daß die Krankengelder gestiegen sind, läßt doch den Schluß des Herrn Stadtraths nur dann zu, wenn sie unbedeutender Weise gezahlt wurden. Nun wird doch Krankengeld ohne ärztliches Urteil überhaupt nicht gezahlt und die Kassenvorstände sind außerordentlich jäh in der Bewilligung. Daß die Zahl der Erkrankten bei den Waler prozentual höher ist, als bei den anderen Klassen, ist selbstverständlich, weil jedes Kind weiß, welchen gesundheits-schädlichen Einfluß das Pantzen mit den Farben ausübt. Der Verfall der Versammlung bei diesen Mittheilungen hat mich sehr verwundert. Ist das Vorgetragene wahr, dann trifft der schärfste Vorwurf der Pflichtvernachlässigung den Magistrat und die Gewerbe-Deputation als Aufsichtsbekörde. Derselbe Magistrat, der hier diese Klagen abnimmt, hat das Ansuchen derselben Ortskrankenkasse, gegen die säumigen Arbeitgeber im Wege der Exekution vorzugehen, abgelehnt! (Hört, hört!) Wie kann man aber überhaupt in einer Zeit, wo der Hunger an die Thüren pocht, Kranke ohne Krankenunterstützung lassen, wie kann das derselbe Magistrat, der Millionen ausgiebt für Verschönerungsanlagen, die er aus ähnlichen Gründen für nothwendig hält (Weisfall)? Herr Gontig hat sich heute als menschlicher Phonograph vorgestellt, er hat wörtlich vorgetragen, was gestern sein Parteigenosse Kropatschek im Reichstage gesagt hat (Heiterkeit). Wo nimmt Herr Gontig den Plut her, und auszufordern, ihm etwas nachzuweisen? Eine solche Selbstüberhebung ist wirklich sonderbar. Glaubt er, daß uns an seinem Urtheil etwas liegt, oder daß wir ihn als unseren moralischen Exekutor anerkennen? (Heiterkeit.) Herr Gontig sollte doch erst ein nationalökonomisches A. S. G. Buch vornehmen und die Elemente dieser Wissenschaft studiren. (Heiterkeit.) Wenn er wünschte, vom Magistrat etwas über die Durchführung des achtstündigen Arbeitstages zu hören, so war das das einzig Brauchbare in seinen Ausführungen. Der Magistrat hat aber keine Antwort gegeben.

Desto lehrreicher war, was wir im Ausschuss darüber hörten. Stadtbaurath Hobrecht sah in der Verkürzung der Arbeit nur einen Anreiz zur Stärkung der Arbeitsethik und der Begehrlichkeit. Herr Kallisch berichtet ebenfalls unrichtig über die Wirkung des stündigen Arbeitstages in den Staatsbetrieben Englands. In den Militärwerkstätten werden dort 14 000 Arbeiter mehr beschäftigt. Der Staatssekretär des Innern

In England spricht von einer unvernünftig langen Arbeitszeit in der chemischen Industrie, und meint dabei eine 12stündige. So falsch wie die thätlichen Mittheilungen des Herrn Kalisch sind, also auch seine Schlussfolgerungen. Woher nimmt der Berichterstatter das Recht zu behaupten, daß der Nothstand durch die Arbeiter selbst verschuldet sei? Herr Meyer hat jedenfalls bis jetzt keine Gelegenheit gehabt, sich von dem Vorhandensein der industriellen Reserve-Armee zu überzeugen. Was an Arbeit geleistet werden soll, wird um nicht das geringste Quantum verringert dadurch, daß die Arbeiter nicht arbeiten wollen. Wir thäten wirklich gut, ein national-ökonomisches Kolleg für diejenigen Kollegen einzurichten, welche sonst bereit und gewillt sind, und zu helfen. Was den Antrag Kalisch betrifft, so haben wir ja erst vor wenigen Wochen den Magistrat aufgefordert, das vermehrte Bedürfnis in Beziehung auf Wärmehallen zu bedenken; wir haben abgewartet, was der Magistrat thun wird, ehe wir einen neuen Beschluß nachfeuern.

Damit schließt die Debatte. Im Schlusswort verweist sich Stadtv. Meyer I dagegen, von allen Arbeitlosen behauptet zu haben, daß sie die Arbeitslosigkeit selbst verschuldet hätten. Darauf werden die Ausschusssanträge durchweg angenommen.

Die Beratungen innerhalb des Magistratskollegiums über die Durchführung des Systems der Dienstalterszulagen bei der Regelung der Gehälter der städtischen Beamten und Lehrer sind beendet und die bezüglichen Vorschläge liegen der Versammlung vor. Unter den vom Magistrat aufgestellten „Grundsätzen“ interessiert am meisten die folgende:

Im übrigen gilt eine zufriedenstellende Amtsführung als Voraussetzung für die Bewilligung von Gehaltszulagen. Den Beamten und Lehrern steht ein Rechtsanspruch auf Bewilligung eines bestimmten Dienstalters, insbesondere auf Feststellung eines bestimmten Dienstalters oder Austritts im Gehalt nicht zu.

Im allgemeinen soll in jeder Kategorie das Höchstgehalt mit 55 Jahren erreicht werden. Die bisherigen Gehaltsstufen haben, um eine rationelle Steigerungsfolge zu ermöglichen, an einigen Stellen abgeändert werden müssen. Für die Secretäre und Gemeindevorsteher wird das Höchstgehalt nach 27, für die Assistenten, Steuererheber, Stadtverordneten nach 20 Dienstjahren erreicht. Anlässlich der Neuordnung soll den Inhabern der sogenannten ermittelten Sekretärstellen der Titel „Ober-Stadtssekretär“ verliehen und ihre Zahl um 8 vermehrt werden. Das Höchstgehalt der Assistenten soll künftig 3000 M. betragen. Für die älteren Kommunallehrer ist das Höchstgehalt von 3600 auf 3700 M. erhöht. Die vollberechtigten Oberlehrer an den Realschulen sollen den Oberlehrern an den Gymnasien ohne jede Einschränkung gleich gestellt werden. Der Mehrbedarf stellt sich auf circa 375 000 M. gegen den laufenden Etat, doch wird diese Zahl bei einem Personal von 5500 Köpfen, innerhalb dessen ein fester Wechsel stattfindet, nur als eine ungefähre zutreffende bezeichnet.

Nach dem Antrage des Magistrats soll das neue System vom 1. April 1894 ab in Wirksamkeit treten und zu diesem Zwecke der Betrag von 14 102 300 M. (bisher 13 726 500) zur Verfügung gestellt werden, mit der Ermächtigung für den Magistrat, diesen Betrag zu überschreiten, falls die Durchführung des neuen Besoldungssystems einen Mehraufwand erfordert sollte.

Von drei Seiten wird Ausschussberatung über die Vorlage und die zahlreichen dazu eingegangenen Petitionen beantragt.

Stadtv. Borgmann bekämpft die Bestimmung, daß die Verleihung der Zulagen von Wohlwollen der Vorgesetzten abhängen solle; der Zweck des Systems sei doch der, die Ungerechtigkeiten von der Willkür der Vorgesetzten unabhängiger zu stellen. Der Ausschuss möge also für die Ausmerzung dieser Bestimmung sorgen. Ferner werde der Einwurf den Volksschullehrern nicht gerecht. Dieselben lebten zum Theil in einer gesellschaftlichen Position, die ihrer und Berlins geradezu unwürdig sei; ein großer Prozentsatz der über 50 Jahre alten Lehrer erhalte auch jetzt nicht einmal 2000 M. jährlich, während man den Vorschullehrern der höheren Schulen bereitwillig 300 M. Funktionszulage zugestehet. Auf zahlreichen Vorreden ständen sich die Gemeindevorsteher viel besser; es sei daher für Berlin Ehrensache, diesen skandalösen Zuständen ein Ende zu machen. Auch müsse den Lehrern die auswärts zugebrachte Dienstzeit angerechnet werden, wenn man nicht an den Schulen eine dem Schulverdienst schädliche Inzucht einführen wolle. Die Volksschullehrer seien nur deshalb so schlecht gestellt, weil sie nur die Lehrer der breiten Masse seien. (Widerspruch.)

Stadtv. Cassel betont dem Vorredner gegenüber, daß bei den übrigen Parteien die Fürsorge für die Beamten und Lehrer ganz ebenso vorhanden sei wie bei ihm und weist die Unterstellung desselben mit Entrüstung zurück.

Stadtschulrath Vertram: Wir haben kein altes Unrecht gut zu machen, sondern wir wollen verbessern, und das ist in der Vorlage geschehen. Die bisherigen Gehaltsverhältnisse sind auch von dieser Versammlung beschlossen; wie man diese Beschlüsse eine Schande für Berlin nennen kann, ist mir unbegreiflich. Daß in Berlin die Volksschule nicht die Schule der Armen ist, weiß nachgerade jeder: wer es noch nicht weiß, kann sich jeden Tag in jeder Klasse jeder Schule davon überzeugen.

Stadtv. Kalisch schließt sich beiden Vorrednern an.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Im Laufe des Etatsjahrs 1894/95 sollen aus den Mieselgärten Heinersdorf, Spandauer und Schöndorfer je 1 Wirtschaftshaus nebst Stallgebäude und (außer Spandauer) auch nebst Brunnen für durchschnittlich 45 000 M. erbaut werden. Da es aber dem Magistrat wünschenswert erscheint, daß mit den Vorarbeiten der drei Wäntzen baldigt vorgegangen werde, will er die Genehmigung des Etats für 1894/95, in welchem diese Forderungen erscheinen, nicht erst abwarten, sondern ersucht die Versammlung um thunlichst beschleunigte Genehmigung der speziellen Kostenschätzungen und Projekte, sowie der Bauausführung.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben am Sonntag folgenden schleunigen Antrag überreicht:

Die Versammlung wolle beschließen: Die Stadtverordneten-Versammlung protestiert im Namen der Berliner Bürgerchaft gegen das Verhalten, welches seitens der Polizei an den Theilnehmern der am 18. d. M. in der Brauerei Friedrichshain stattgehabten Arbeitslosen-Versammlung geübt worden ist, und ersucht den Magistrat, bei den künftigen Staatsbehörden um Erlass von Maßregeln vorzuschlagen zu werden, welche die Wiederholung solchen Verhaltens unmöglich machen.

Stadtv. Ullstein beantragt, den Magistrat zu ersuchen, Erhebungen darüber anzustellen, ob die Verhältnisse über die Vorgänge vom 18. Januar auf Thatsachen beruhen, und vom Resultat der Versammlung Mittheilung zu machen.

Stadtv. Schwabe beantragt, die Angelegenheit zu vertragen, bis das Resultat der in sichere Aussicht gestellten behördlichen Untersuchung vorliegt.

Stadtv. Jacobi beantragt mit Rücksicht auf die vorgelegte Stunde (9 Uhr) und da ja durch einen Aufschub von 8 Tagen in der Sache nichts verloren ginge, die Vertagung der Angelegenheit.

Stadtv. Singer widerspricht diesem Antrage. Die Sache erfordere schleunige Berathung, da sie die Interessen der gesamten Bürgerchaft berühre. Sei doch die Versammlung bei der Berathung über die Schloßplatz-Angelegenheit bis 10 Uhr zusammengeblieben!

Der Antrag Jacobi wird abgelehnt.

Stadtv. Singer: Ihnen allen ist der Gegenstand unseres

Antrages so bekannt, daß ich eine längere Erörterung über die Vorgänge selbst nicht nötig habe. Ich berufe mich auf die einmüthige Verurtheilung der gesammten Berliner Presse darüber, daß die in der Versammlung in der Brauerei Friedrichshain am 18. Januar Anwesenden beim Verlassen des Saales auf der Straße einer polizeilichen Attacke unterworfen worden sind. Nicht die geringste Veranlassung lag vor zu der Vermuthung, daß diese aus der Versammlung kommenden Bürger eine Gefahr für die Ruhe und Sicherheit der Bürgerchaft bilden würden. Sie sind in brutaler Weise von der Polizei angegriffen worden; es haben sich dort Szenen abgespielt, welche man in einer Stadt eines zivilisirten Landes kaum für möglich halten sollte. Es ist auf die Leute mit Waffen und Instrumenten eingeschlagen worden, so daß viele Wunden davon getragen haben. Es ist auch zur Kenntniß der Bürgerchaft gekommen, daß die Vermuthung, diese Versammlung sei dazu benutzt worden, um zu einem blutigen Zusammenstoß zu provozieren, außerordentlich viel für sich hat. Heute, welche im Dienste der Kriminalpolizei als Unteragenten bezahlt werden, haben sich in desolater Kleidung unter die Menge gemischt und auf dieselbe eingeschlagen, das ist festgestellt. Dem Betreffenden, der das mitgetheilt hat, haben seine Antragsgeber gesagt, es werde bei der Sache Leichen geben und die Polizeirevolver schößen besser, als die der Arbeiter! Es handelt sich aber hier um den Schutz der gesammten Bürgerchaft; denn auch Postboten, die gar nicht beteiligt waren, sind der Wuth der Polizei zum Opfer gefallen. Gerade wie bei der Schießerei auf den Straßen kann hier der ganz unbeteiligte Bürger in die Loge kommen, die Lebenswürdigkeit der Polizei am eigenen Leibe ernsthaft zu spüren. Es giebt keinen blutigeren Hohn, als den, daß die Berliner Bürgerchaft die Gummischläuche, die Säbel, die Pezete, alles womit man dort die Bürgerchaft niederknüttelt hat, aus ihren Steuern bezahlt! Wir fordern Sie auf, im Namen der Bürgerchaft gegen die brutale Behandlung der Bürgerchaft durch die Polizei zu protestieren. Die Bürgerchaft ist nicht gewillt, sich wie Straßendirnen behandeln zu lassen, das sind wir verpflichtet auszusprechen. Die Behörde soll mit einer Untersuchung sich tragen. Was soll denn durch diese Untersuchung herauskommen? Ist es möglich, daß die hunderte von Lumpen, welche sich der Polizei zur Verfügung stellen, sich eines schönen Tages ein Frühstück-Messingvoss im Friedrichshain geben, oder sind sie nicht vielmehr dabin kommandirt? Heißt es nicht vielmehr der Leufel bei seiner Orobromutter verklagen, wenn man von demselben Manne, der die Leute dorthin kommandirt hat, eine Untersuchung darüber verlangt? Ach! Tage lang hat die Polizei geschwiegen. Sie würde dem schweren Vorwurf, der gegen sie erhoben ist, widersprochen haben, wenn sie die Möglichkeit dazu besäße. Wo ist denn die amtliche Versicherung, daß eine Untersuchung stattfinden wird? Jemand ein Präzeptil der Polizei hat davon gesprochen; Herr von Büttcher hat aber im Reichstage erklärt, die Polizei sei gereizt worden! Und wie soll der Magistrat Erhebungen anstellen? Hat er denn eine Exekutive dazu? Oder soll er durch Säulenanschlag diejenigen, welche dabei beschädigt worden sind, auffordern lassen, sich zu melden? (Auf: Warum denn nicht?) Der Magistrat wird einfach einen Brief an den Polizeipräsidenten schreiben und die Antwort erhalten, es sei alles in bester Ordnung gewesen. Solche Scherze machen wir nicht mit. Lassen Sie sich zu dem Rufe ab, ehrlich zu protestieren und Abhilfe zu verlangen! Lebnen Sie die Anträge ab, welche die Sache auf die lange Bank zu schieben und schließlich versumpfen zu lassen geeignet sind.

Stadtv. Ullstein: Die bewährten Vorgänge haben weitbin prächtiges Ansehen gemacht. Entweder liegen hier Uebertreibungen vor, oder die Polizei hat ihre Pflichten in unverantwortlicher Weise überschritten und sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Selbst die „Kölnische Zeitung“ hat der hiesigen Polizei zum Vorwurf gemacht, daß sie ruhige Menschen von einer Ruhe störenden Bande nicht zu unterscheiden wisse. Der Antrag Singer wäre ein Schlag ins Wasser. Auf grund Meier'scher Nachrichten kann auch der Magistrat keine Schritte thun. Ich bin persönlich in der Lage, dem Magistrat Personen zu bezeichnen, die er zur Vernehmung laden kann; ich halte den Magistrat für völlig kompetent dazu, und auf grund des so gewonnenen Materials werden wir weiter progrediren können.

Stadtv. Schwabe beantragt, die Sache zu vertragen, bis das Resultat der in sichere Aussicht gestellten Untersuchung vorliegt. Ganz authentisch angeklart seien die Vorgänge des 18. Januar doch nicht. Ohne weiteres könne er sich nicht entschließen, das Verhalten der Polizei zu verurtheilen. Auch hätten bis jetzt Geschädigte noch nicht auf dem Wege der Privatklage sich ihr Recht gesucht; gerade ein solches Vorgehen werde aber seine Wirkung üben.

Stadtv. Ladewig tritt nochmals für den Antrag Ullstein ein.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Singer und Ullstein, schließlich auch unter großer Heiterkeit der Antrag Schwabe abgelehnt.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Lokales.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Rechtsunterricht in der Südost-Schule Reichensbergerstr. 183 findet heute statt.

Die Stadtverordneten-Versammlung hielt gestern bis nach 10 Uhr Abends Sitzung ab, aber das Ergebniß der Verhandlungen stand in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Länge. Zur Erörterung standen die Anträge Singer, betreffend den Nothstand und die Arbeitslosigkeit unter den Berliner Arbeitern und der schleunige Antrag Singer, der die skandalösen Vorgänge am Friedrichshain vom 18. Januar zum Gegenstande hat. Nach 2 1/2 stündiger Debatte endigte die Verhandlung über die erwähnten Anträge mit der Annahme der Ausschusssanträge, das heißt mit der Verwerfung aller wesentlichen Theile der Anträge Singer; nur die thunlichste Förderung der städtischen Bauten fand sich die Versammlung bemüht, dem Magistrat zu empfehlen, und daneben ermächtigte sie ihn, für den Fall außerordentlicher Nothstände den Armen-Etat und die Höhe der städtischen Geldbewilligungen zu überschreiten. Vom Achtstundentage, von der Mehrreinstellung von Arbeitern bei der Straßenreinigung darf bei Leibe nicht die Rede sein: Almosen statt Arbeit, das ist die Quintessenz der gestrigen Beschlüsse und der ganzen Auffassung der maßgebenden Mehrheit. Geradezu trivial muß die Art bezeichnet werden, wie der Berichterstatter des Ausschusses, Herr Meyer I, den Nothstand in Abrede stellte, wie er die Arbeitslosigkeit als in frivoler Weise selbst verschuldet den Arbeitern zum Vorwurf machte, wie er ihre Vertreter höhnte, daß sie nicht statt des Achtstundentages den fünf-stundentag gefordert hätten. Einen würdigen Genossen fand er übrigens in dem antisemitischen Herrn Genthig, der diesmal mit Ausfällen und Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie debütierte, die er ebenso wenig aufrecht erhalten konnte, wie bei seinem ersten Auftreten die gegen die Freisinnigen und die freisinnige Stadtverwaltung gerichteten. Von den Genossen Bernau, Jubel und Singer wurden die Nothstandsanträge nochmals in wirksamer Weise vertreten, während die „freisinnige“ Mehrheit es vorzog, zu schweigen, und nur Herr Kalisch zu einer Empfehlung seines Wärmehallen-Antrages das Wort nahm. Singer war es auch vorbehalten, die, gelinde gesagt, befremdlichen Bemerkungen des Stadtraths Friedel über die Verhältnisse der Malertrankenkasse und die akademischen Erörterungen des Stadtraths Tourbis über die Mängel der Gesehgebung auf sozialem Gebiete abzufertigen. — Die Angelegenheit des

18. Januar ging dank dem Muth der Vertretung der freisinnigen Bürgerchaft aus wie das Hornberger Schiefen. Sowohl der Antrag Singer, gegen die brutale Vergewaltigung der Bürgerchaft durch die Polizei zu protestieren, als auch zwei andere Anträge Ullstein und Schwabe, die weiter Erhebungen resp. das Abwarten des Ergebnisses der behördlichen in Aussicht gestellten Untersuchung empfahlen, blieben in der Minderheit.

Zu der Spiegelverbüfung, die von Seiten der Polizei bei dem Schloffer Brandt verübt worden ist, werden uns von letzterem sehr interessante Ergänzungen gemacht. Die erste Zusammenkunft zwischen Lorenz und Brandt hat nicht am 3. November in des letzteren Wohnung, wie verschiedene Blätter schreiben, sondern am 27. desselben Monats Mittags auf offener Straße stattgefunden. Lorenz habe, so erzählt Brandt, bei dieser Begegnung seine Person keineswegs verkleidert, sondern sich gleich unter voller Nennung seines Namens und seiner Beamtenqualität vorgestellt. Die acht Tage Bedenkzeit, von denen weiter die Rede, habe ihm nicht, wie im „Vorwärts“ steht, der 4. Lorenz gegeben, sondern Brandt habe sich diese Frist vorweg ausbehalten. Ferner befindet sich in der Mittheilung über die An gelegenheit Merlino eine wesentliche Unrichtigkeit. Brandt ist, wie er uns mittheilt, nicht beauftragt worden, Merlino zu beobachten; dies war aus dem Grunde schon nicht möglich, als Merlino seit 1890 überhaupt nicht in Berlin gewesen ist. Die Angelegenheit verhält sich nach Brandt's Aussage vielmehr so, daß Lorenz im Gespräch auf Merlino als einen Mann hingewiesen habe, aus dessen Verhören die Polizei profitirt habe. Während sich, so habe Lorenz ihm mitgetheilt, Merlino 1890 in Berlin aufgehalten habe, sei er von der Polizei aufmerksam überwacht worden und ihm, Lorenz, habe speziell die Aufgabe obgelegen, Merlino zu beobachten, wenn er von vier Postämtern postlagernde Briefe geholt habe. Diese Briefe habe Merlino schon auf der Straße aufgerissen und gelesen und sie dann, in wenige Fetzen zerissen, auf das Pflaster geworfen. Lorenz habe dann die Fetzen sorgfältig aufgelesen und zusammengestellt. Selbstdreißend sei, so äußerte Brandt sich weiter, auch die Schlussfolgerung falsch, daß ihm für die Ueberwachung Merlino's 50 M. angeboten seien. Diese Summe sei ihm vielmehr als vorläufiges Monatsgehalt für seine Spitzelhätigkeit überhaupt in Aussicht gestellt worden. In der Unterredung, die am 11. Januar im Lokal Ecke der Französischen- und Charlottenstraße zwischen Löwer, Lorenz und Brandt stattgefunden, habe Löwer nicht, wie wir berichteten, gesagt, es werde kaum ohne Zeichen abgehen, sondern bestimmt geäußert, es gehe bei der Versammlung, die am 18. Januar einberufen worden, nicht ohne Zeichen ab, da die Erbitterung auf beiden Seiten zu groß sei. Brandt hat, wie er uns versichert, vom ersten Augenblick an auch nicht im Entferntesten daran gedacht, die Sache seiner Parteigenossen zu verrathen. Nachdem die erste Unterredung am Mittag des 27. November zu Ende war, sei er an die Arbeit gegangen und habe am Ende seiner Berathungskollegen von dem Vorgefallenen Mittheilung gemacht. Er würde die Namen der beiden Kollegen gerne zu seiner Rechtfertigung veröffentlichen, wenn er nicht beschränkt müße, daß dieselben dann von Seiten ihres Principals Maßregeln zu erleiden hätten. Am nachfolgenden Tage habe Brandt nach Schluß einer bei Joel stattgefundenen Anarchisten-Versammlung die Treiber Wegener und Schrader von der Unterredung in Kenntniß gesetzt. Beide seien ihm als überzeugte und aufrichtige Parteigenossen bekannt und auf deren ausdrücklichen Rath habe er dann das Spiel mit dem Lorenz weiter getrieben. Die 75 Mark seien ihm in drei Raten à 25 Mark von Lorenz gegeben worden.

Der Fortbildungs-Unterricht soll infolge eines Reichstagsbeschlusses bekanntlich an den Sonntagen nicht mehr während der Zeit des sogenannten Hauptgottesdienstes stattfinden. Um nun einem in Magistratskreisen tiefgefähten Bedürfnis abzuhelfen, hat Herr Jelle an das Konsistorium der Provinz Brandenburg die unterthänige Bitte um Einrichtung eines besonderen Gottesdienstes für Fortbildungsschüler gerichtet. Es soll demnach auch ein Magistratewünsch den Fortbildungsschülern nicht nur der Sonntag Vormittag, sondern der ganze „freie“ Sonntag verknümmert werden.

Dieser Besuch ist jedoch vom hohen Konsistorium abschlägig beschieden worden. Wenn auch die Ablehnung mit Worten wie „Förderung christlicher Jugend“, „Entrennung vom Gemeinde-Gottesdienst“ begründet wird, so meinen wir, daß darauf nicht allzuviel zu geben ist. Unseres Erachtens war das Konsistorium klüger als der gottesdienstbesessene Magistrat von Freisinn's Gnaden und hat einfach eingesehen, daß die armen Jungen den für sie apart eingerichteten „Gottesdienst“ nach Noten schwängen werden, nachdem sie sich am Vormittag schon in der Fortbildungsschule abgeplagt haben. Und sowie die Fortbildungsschüler recht daran thun, den Gottesdienst nicht zu besuchen, so that das Konsistorium, wie wir zu unserer lebhaften Genugthuung konstatiren müssen, recht daran, daß er das Besuch des Magistrats ablehnte. Denn der Sonntag soll auch für den Lehrlingen ein wirklicher Ruhe- und Erholungstag sein und ganz im Einklang mit dem Konsistorium verlangen auch wir, daß der Fortbildungsunterricht von den Sonntagen entfernt und auf die Wochentage verlegt werde. Selbstverständlich ist es, daß der Unterricht an Wochentagen nicht nach Feierabend, sondern innerhalb der Arbeitsstunden abgehalten werden muß. Wenn die Junagsmeister ihren sprachwörtlichen Eigennutz bezähmen und den Lehrlingen während der Nachmittagsstunden die entsprechende freie Zeit zum Besuch des Fortbildungsunterrichts geben, so ist die Sache abgethan und das hohe Konsistorium möge ruhig weiter auf „christliche Jugend“ halten; wir sind überzeugt, daß Fortbildungsschüler die rögenden Kirchen im atheistischen Berlin schon zu umgehen wissen werden!

Zu der geplanten Vereinigung der beiden Berliner Pferdebahn-Gesellschaften verlautet, daß diese Vereinigung möglichst schon zum 1. April d. J. vollzogen werden soll. Bis dahin werden beide Gesellschaften, wie es weiter heißt, ein gemeinschaftliches Zeitarien-System einführen, und ebenso soll bis zum 1. April schon die Umformung der Beamten beider Gesellschaften eine einheitliche werden. Letzteres ist ja natürlich die Hauptsache.

Achtung, Gemeindevähler von Ort. Die Wählerlisten liegen bis zum 30. Januar in Gemeindegasse aus. Versäume keiner dieselben einzusehen. Für Verhinderte sehen dieselben ein Dorn, Bürgerstr. 4, und P. Oberhardt, Bürgerstr. 56.

Die Vertrauensperson.

Der Nendant des „Neu-Kölnischen Kredit-Vereins“. Georg Mey, Inhaber der Zigaretten-, Rauch- und Schnupftabak-Fabrik G. Mey, Dresdenerstr. 65, ist nach großen Unterhaltungen gegen die Vereinskasse und mit Hinterlassung beträchtlicher Schulden flüchtig geworden. Wie der „Lokal-Anzeiger“ zu melden weiß, beläuft sich die unterhaltene Summe auf mindestens 100 000 Mark. Die Unterhaltungen soll er dadurch verdeckt haben, daß er gefälschte Wechsel beim Verein diskontirte, deren Akzeptanten vermögenslos sind. Von dem flüchtigen fehlt jede Spur.

Der Herr Oberst und sein beleidigtes Anstandsgesühl. Folgender für unsere heutigen Verhältnisse charakteristische Vorfall spielt sich zur Zeit in Potsdam ab. Der Oberst des Leib-Garderegiments v. Mohner führt gegenwärtig einen lebhaften Streit mit der Potsdamer Stadtverwaltung wegen Befreiung einer vor etwa zwei Jahren vor seinem Hause am Anie in der Neuen Königstraße aufgestellten öffentlichen Bedürfnisanstalt. Die Angelegenheit kam in der letzten Sitzung der Potsdamer Stadtverordneten-Versammlung zur Verhandlung und rief eine erregte Debatte hervor. Trotzdem die Anstalt 83 Meter entfernt von dem Hause des Herrn v. Mohner steht, glaubt derselbe doch seine Woh-

nung durch die Ausbünstungen u. geschädigt und verlangt auch mit Rücksicht auf das Unfallsgefühl die Entfernung der Anstalt. Der Potsdamer Magistrat hatte Herrn von Wöhrner auf seine wiederholten Beschwerden stets abschlägig beschieden, so daß sich dieser nun an den Polizeipräsidenten von Salan gewendet hat, welcher die Befreiung der Anstalt unter der Androhung der zöwangsweisen Entfernung fordert. Der Magistrat ist nunmehr anderer Ansicht geworden und stimmt der Befreiung der Anstalt zu, während die Stadtverordneten die Beibehaltung wünschen.

Nur Gebuld. Auch die Stadtverordneten werden sich dem höheren Recht des Herrn Obersten noch in Demuth beugen.

Ein Paket anarchistischer Flugchriften soll vor einigen Tagen gegenüber dem Polizeipräsidenten (man denke!) von einem Stadtbahnwagen aus auf die Straße geschleudert worden sein. Der Mann, dem es darum zu thun war, die Flugblätter schnellig vom Halte los zu werden, konnte dank der lobenswerthen Schnelligkeit unserer Stadtbahn nicht entdedt werden.

Wie der Proletarier stirbt. Ein trauriger Zug langte Mittwoch Mittag vor dem Lazarus-Krankenhaus an. Auf einem Handwagen, der von einem Knaben gezogen wurde, lag ein bejahrter Dienstmann, der bald nach seiner Aufnahme im Krankenhaus starb. Der bisher nicht festgestellte Dienstmann, der das Schild von seiner Mütze entfernt hatte und auch keine Ausweispaapiere bei sich trug, hatte den gleichfalls unbekannt gebliebenen Knaben an der Ecke der Bolliner- und Brunnenstraße aufgenommen, um sich auf dem Handwagen nach dem Krankenhaus bringen zu lassen.

Zu der Leuchtgas-Vergiftung in der Oranienstraße wird berichtet, daß die Schneider Wintel und Albert soweit wiederhergestellt sind, daß sie über den Hergang vernommen werden konnten. Beide haben in Koblenz zusammen gearbeitet und sind gemeinschaftlich nach Berlin gewandert. Ein Selbstmordversuch liegt nicht vor. Albert will den Gasbalm in dem Schlafsaal ausgebreitet haben und ist dabei möglicherweise nicht mit der gehörigen Vorsicht zu Werke gegangen.

Durch Ausschneiden der Pulsadern hat sich am Mittwoch Nachmittag der in der Säulowstraße wohnhafte Kaufmann Moritz Krüger getödtet.

Den Droschkentuschern und Fuhrleuten erwachsen am 27. d. M. von 5 Uhr Nachmittag ab folgende Mißbelegenheiten: a) Das Befahren der Südseite der Straße Unter den Linden ist nur in der Richtung nach Osten, das der Nordseite nur in der Richtung nach Westen gestattet; b) die Neue Wilhelmstraße zwischen der Straße Unter den Linden und Dorotheenstrasse und die Bunsenstrasse werden für den Fahrverkehr gesperrt; c) zwischen der Georgen- und der Französischenstraße darf die Friedrichstraße nur in südlicher, die Charlottenstraße nur in nördlicher Richtung befahren werden; d) die Breitestraße wird zeitweilig nach Bedarf für den Fahrverkehr gesperrt werden; in übrigen ist das Befahren derselben nur von der Gertraudenstraße bezw. dem Mühlendamm her gestattet; e) die Schloßfreiheit darf nur vom Schloßplatz her in der Richtung nach dem Lustgarten befahren werden; f) Schinkelplatz und Niederwallstraße dürfen aus der Richtung vom Platz am Zeughaue her nach dem Werderschen Markt nicht befahren werden; g) das Befahren des Potsdamer Platzes ist in der Richtung nach Osten nur von der Potsdamerstraße her und in der Richtung nach Westen nur nach der Bellevuestraße hin erlaubt. Die von Norden bezw. Süden aus der Königgräberstraße nach dem Potsdamer Platz zu fahrenden Wagen werden, soweit ein Bedürfnis zur Ablenkung vorliegt, am Brandenburger Thor bezw. an der Prinz Albrecht- und Dessauerstraße nach Osten und Westen abgelenkt werden.

Die neuen Weisklarten. Eine äußerst heftige Karambolage zwischen einer Equipage und einer Taxameter-Droschke fand am Donnerstag Mittag gegen 12 Uhr in der Friedrichstraße statt und führte die Passanten in gewaltige Aufregung. Als der Kutscher der Equipage die Friedrichstraße entlang fuhr, bog an der Leipzigerstraßen-Ecke gerade eine Taxameter-Droschke ein und fuhr so heftig gegen die Deichsel der Equipage, daß diese abbrach und hierbei dem rechten Handpferd an der Brust eine tiefe Wunde beibrachte. Die Pferde wurden wild, der Kutscher verlor seine Macht über dieselben, und so rannten sie denn die Friedrichstraße hinunter bis zur Ecke der Zimmerstraße, wo sie mit einem Geschäftswagen zusammenstießen und zu Fall kamen.

Das Verschwinden einer braven Bürgerdöchter erregt im Norden der Stadt großes Aufsehen. Am Mittwoch-Vormittag legte sich die etwa 20-Jahre alte, hübsche Tochter eines Restaurateurs in der Weißburgerstraße ihre besten Kleider an und ging aus. Als der Vater einige Zeit darauf nachsah, entdeckte er, daß seine Werthpapiere, wie man sagt, in Höhe von 45 000 M., verjwunden waren. Sofort entstand der Verdacht,

daß sie von der Tochter mitgenommen seien. Das bestätigte sich auch; denn bei einem bekannten Bankier erfuhr der Vater, daß die Papiere von der Tochter zu Gelde gemacht worden waren. Von der Verschwendung hat man bis jetzt keine Spur. Sie unterhielt ein Liebesverhältnis mit einem Mann, der dem Vater nicht gefiel und zu dessen Heirath er seine Einwilligung verweigert hatte. Mit diesem wird die Tochter wohl das Weite gesucht haben.

Die Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche, die Stadt Berlin und der Oberhofmeister der Kaiserin. Die „Vollzeitung“ berichtet über Anstrengungen, die von dem Oberhofmeister der Kaiserin Freiherrn v. Mirbach gemacht werden, um die Stadtverordneten-Versammlung für einen Beitrag zu der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche zu gewinnen.

Im Anschluß hieran können wir mittheilen, daß auch bei sozialdemokratischen Stadtverordneten der Versuch gemacht worden ist, sie für diese Angelegenheit zu interessieren.

Das Komitee für den Bau der Kirche scheint der Meinung zu sein, daß es sich bei einem städtischen Beitrag für den Kirchenbau nicht eigentlich um die Befriedigung eines kirchlichen Bedürfnisses handle, sondern daß der von der Stadt zu leistende Beitrag — dessen Höhe 1/3 Million Mark betragen soll — mehr der Befriedigung an einem Denkmale gleich käme, welches mit dieser Kirche zum Andenken an den Kaiser Wilhelm I in Berlin errichtet werden soll.

In diesem Sinne wünschte das Komitee seinen Antrag auf einen Beitrag der Stadt in der Stadtverordneten-Versammlung aufgestellt zu sehen, und die Besuche des Herrn v. Mirbach bei einzelnen Stadtverordneten sollten dazu dienen, sich über die Aussichten eines etwaigen Antrages zu informieren.

Von sozialdemokratischer Seite ist dem Herrn Freiherrn kein Zweifel darüber geflassen worden, daß ein Antrag auf einen städtischen Zuschuß zu den Kosten der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche von den sozialdemokratischen Stadtverordneten nicht nur abgelehnt, sondern auch in der Diskussion energig bekämpft werden würde. Auch der Hinweis, daß viele Arbeiter bei dem Bau beschäftigt werden würden, könnte an dieser Absicht nichts ändern, denn wer einmal den prinzipiellen Standpunkt einnimmt, daß die Errichtung von Kirchen nicht im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt liegt, kann sich durch den Umstand, daß ein solcher Bau die Gelegenheit zur Beschäftigung von Arbeitern bietet, nicht in seiner Entschliessung beeinflussen lassen.

Da es den Anschein hat, daß eine eingehende, namentlich auch widerspruchsvolle Diskussion des Antrages den Gefühlen des Komitees nicht entspricht, wir auch Grund zu der Vermuthung haben, daß man einen etwaigen Antrag auf städtische Beihilfe für die Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche nicht einer zweifelhaften Abstimmung in der Stadtverordneten-Versammlung aussetzen geneigt ist, so erübrigt sich eine Beschlusfassung der städtischen Körperschaften über diese Angelegenheit vielleicht dadurch, daß der Antrag gar nicht erst beim Magistrat gestellt wird.

Polizeibericht. Am 24. d. M. Morgens wurde ein Kutscher auf einem Grundstück in der Zehnmühlstraße und eine Frau in ihrer Wohnung, in der Barnimstraße, erhängt vorgefunden. — In der Herberge zur Heimath, Oranienstraße 105, wurden zwei dort wohnende Schneidergesellen in ihrem Zimmer durch Leuchtgas betäubt aufgefunden und nach erfolgreichen Wiederbelebungsversuchen nach der Charitee gebracht. — Im Landwehrkanal, oberhalb der Freiarche, wurde Vormittags die bereits stark verwehte Leiche einer etwa 25 Jahre alten Frau angeschwemmt. — In dem Keller eines Hauses an der Lützowstraße wurde Nachmittag ein Kaufmann mit durchschnittenen Pulsadern tödt aufgefunden. — Ein Arbeiter erschoss sich gegen Abend im Keller eines Hauses in der Mulackstraße. — Am Abend fiel ein Postament vor dem Hause Rosenhalerstr. 14 in der Trunkenheit in eine Schaufensterdeibe und erlitt so schwere Verletzungen am Kopf, daß seine Ueberführung in die Charitee erforderlich wurde. — In der Nacht zum 25. d. M. fand in der Mauerstr. 48 ein kleiner Brand statt.

Vermishtes.

Preussische Kultur in Deutsch-Ostafrika. Einen ungefähren Begriff davon, wie sich bei den armen Afrikanern die preussische Schneidigkeit anstößt, giebt folgender Gouvernements-Befehl vom 8. Dezember 1898: 1. Sämtliche Bög der hiesigen Europäer, sowie sämtliche bei irgend einer Dienststelle des Kaiserl. Gouvernements in Gold stehenden Sacharias (Wooisente) sind fortan verpflichtet, jeden Europäer zu grüßen, jomohl im Vorbeigehen, als auch wenn dieselben irgendwo sitzen oder liegen; in letzterem Falle besteht der Gruß in „Aufstehen und Aunehmen einer stramm en Haltung.“ 2. Sämtliche farbige Einwohner von Dar-es-Salaam, Einwohner sowohl wie Jnder, Griechen, Goanesen u. haben den Gouverneur zu grüßen. Sihen dieselben vor Schänken, Kausläden, in Bazajas (Vorhallen) u., so geschieht der Gruß durch Aufstehen. Zu widerhandlungen gegen 1 und 2 sind strafbar. 3. G. bez. v. Brochen.

Bunderwill! Der Mann verdient Landrath zu werden.

Die loyalen Gothaer sind bei den Vorbereitungen für die Einzugsfeier ihres englisch-deutschen Herzogs von einem schweren Mißgeschick betroffen worden. In der Reitbahn des Marsalls wurde von einigen Bürgern ein Proberitten abgehalten, dem etwa 100 Personen auf der Gallerie zuschauten. Leider war diese zu schwach, daß Geländer der Gallerie brach, fiel in die Reitbahn und ihm nach auch die Zuschauer. Zwei Frauen sind getödtet, zwölf Frauen und Kinder sind zumeist leicht, zwei jedoch schwer verletzt.

Soziale Ueberlicht.

An die Gewerbegerichte Deutschlands. Der Unterzeichnete ersucht die Gewerbegerichte in allen Städten und Gemeinden Deutschlands, die auf Grund des Gesetzes vom 29. Juli 1890 errichtet wurden oder bis zum 1. April 1894 noch in Kraft treten, ihm die genaue Adresse des Gerichts, zur Hersteellung eines Verzeichnisses sämtlicher deutschen Gewerbegerichte, anzugeben.

Gleichzeitig ersucht der Unterzeichnete sämtliche Zeitungen und Zeitschriften um Abdruck des obigen Aufrufs.

Das Kunststiftsbureau der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Im Auftrage: Hermann Faber, Berlin O., Rosenstr. 28, v. l.

Briefkasten der Redaktion.

Hand in Hand. Vereine, die nicht jede Woche an einem bestimmten Tage sich versammeln, müssen jedesmal eingeschickt werden.

D. Grandenzgerstr. Auf Ihre Zuschrift ist nichts zu geben. Haben Sie begründete Uebelstände zu rügen, so sprechen Sie Abends um 8 Uhr bei uns vor.

J. Goldstein. Wenn Sie Beruf und Neigung dahin treibt, das Verhalten der Gesellschaft zu rechtfertigen, so bleiben Sie gefälligst mit Ihrem Frage- und Antwortspiel zu Hause und senden eine tatsächliche Berichtigung an uns.

N. A. Ortsaffensfrage. Ihrer Einsendung soll selbstredend gern im „Sprechsaal“ Aufnahme gewährt werden. Bevor dies geschieht, müssen wir aber von Ihnen die Erklärung haben, daß sie mit Ihrem vollen Namen an die Oeffentlichkeit treten wollen.

H. R. F. Wenden Sie sich an H. Grauer, Grünstraße 10, I Etz.

R. A. Gadegast, Opyeluerstr. 5. Wir berichten gern, die Notiz in Nr. 16 des „Vorwärts“ betrifft Sie nicht.

Brüksche. Ihr Eingefandt geben Sie bitte als Inserat an.

Mühlendarbeiter. Ihr Bericht war zum Teil unverständlich.

Wedding. Erst Antrag auf Sühntermin beim Amtsgericht I, Neue Friedrichstr. 13, Heirathsurkunde erforderlich. Dann Klage auf Ehescheidung gegen die Frau beim Landgericht I, Jüdenstr. 39. Dazu brauchen Sie einen Anwalt, der Ihnen vom Gericht beistelt wird, wenn Sie ein Armenattest haben. Erst wenn die Ehe geschieden ist, können Sie Verstrafung der Frau und des Mannes beantragen. Die Ehescheidungsklage verjährt in einem Jahre von der Kenntnig des Ehebruchs an.

Genosse C. Der Austritt ist beim Amtsgericht I, Neue Friedrichstr. 13 zu Protokoll zu erklären, Geburtsurkunde mitzubringen. Zweits Beitritt zur protestantischen Kirche muß man sich an einen Geistlichen wenden, von dem es abhängt, eine wie lange Vorbereitungszeit er verlangen wil.

Stuhlschlitzen. Die Kinder können Sie wegen der Verleüdigung nur verklagen, wenn sie über 14 Jahre alt sind, den Vater überhaupt nicht.

H. H. Greiz. Die Zahl der reichsunmittelbaren Personen ist uns nicht bekannt. Ihre politischen Sonderrechte sind in den einzelnen Bundesstaaten verschieden. In Preußen sind sie militärfrei und waren bis vor kurzem ganz steuerfrei. Die Mittheilung sonstiger Vorrechte, die Sie bei Hofe haben mögen, verlassen Sie uns wohl. Offiziere zahlen in Preußen Einkommensteuer. Droschkuren sind uns nicht bekannt. Näheres über die Familien der Reichsunmittelbaren finden Sie im Gothaischen Hof- und Staatskalender.

M. H. 4. Physiologie heißt Lehre von der Einrichtung und den Lebenserscheinungen des gefunden Menschenkörpers. Ihre zweite Frage ist uns unverständlich.

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadt Mainz ist mit Wirkung vom 1. April 1894 ab nach Maßgabe der Bestimmungen der Städte-Ordnung für das Großherzogthum Hessen anderweit zu besetzen. Die Wahl des Bürgermeisters erfolgt zunächst auf eine Amtsdauer von zwölf Jahren durch die Stadtverordneten-Versammlung und unterliegt der Bestätigung Sr. Königl.lichen Hoheit des Großherzogs von Hessen. Das pensionsberechtigte Jahresgehalt der Stelle wurde auf 10 000 M. bestimmt, wozu weiter noch ein Repräsentationsgehalt von 2000 M. jährlich gewährt wird, das bei Berechnung eines etwaigen Ruhegehalts aber nicht in Betracht genommen wird.

Der Bürgermeister ist berechtigt und verpflichtet, sofern er bei seiner Anstellung das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten hat, der Wittwen- und Waisen-Anstalt für die Angestellten der Stadt Mainz beizutreten.

Bewerber, welche die Befähigung für das Richteramt oder den höheren Verwaltungsdienst oder technischen Staatsdienst nachzuweisen vermögen, werden hiermit eingeladen, ihre Bewerbungen, welche eine ausführliche Schilderung des Lebenslaufes und der bisherigen Wirksamkeit, sowie die erforderlichen Unterlagen für die Beurteilung der Vorbildung enthalten müssen, mit der Aufschrift: „Bewerbung um die Bürgermeisterstelle“, versiegelt, bis längstens den 15. Februar 1894 bei der unterzeichneten Bürgermeistereie einzureichen.

Mainz, den 17. Januar 1894. Großherzogliche Bürgermeistereie Mainz.

Mainz, den 17. Januar 1894. Großherzogliche Bürgermeistereie Mainz.



Metzner's Korbwaaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz



!! Arbeiter !!

Erhaltet Eure Kräfte, sie sind der einzige Reichthum, den Ihr besitzt. Trinkt daher nur gute, der Gesundheit zuträglich Brantweine. Der beste Magenbitter der Welt ist

„Old Jack“

!! Prohret und überzeugt Euch !!
Überall zu haben, wo Plakat vorhanden.
Engros ausschließlich allein bei der French-Cognac-Brandy-Distillery Berlin N., Oranienburgerstr. 17. Fernsprecher Amt III Nr. 34.



Als Bandagist empfiehlt sich zur Anfertigung von Schuhbändern, Suspenforien, Leibbinden, Apparaten für Fuß- und Rückgratverkrümmung, Gradehaltern, künstl. Gliedmaßen als Arme, Beine u. unter Garantie zu billigsten Preisen. 4549L.

Aug. Reiche, Krankenlassen, Soydolstr. 15.

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Rum,

echt und Façon, Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Pl. 10 Pl. billiger.

Inhaber: Eugen Neumann & Co., Conrad Neumann, 609R

6a. Belle-Alliance-Platz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8. Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Altes Schützenhaus, Linienstr. 5, Somöopath. Institut, Schönholzer-Strasse 17. 8-9, 4-5. 18. März, ist noch zu vergeb. [12865] Sonntags 9-10. 11375

37 37 37

37 anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für Gold-, Silber-, Alfenidewaren (Eig.Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich H. Gottschalk, Goldarbeiter und Uhrmacher, 37 Admiral-Strasse 37

!! Roh-Tabak !!

Sämntl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tabelloser Grand, in billigster Preislage, empfiehlt Heinr. Franck, Roh-tabak-Handlung, Brunnenstr. 185, Formen (Wolfsorn) wieder vorräthig.

Sopha Stoff-Reste

in Phantase, Nipp, Damast, Cröp, Gobelin und Plüsch, spottbillig im Kontursmaßen-Ausverkauf J. Adler Söhne Spandauerstr. 30, 1405b gegenüber dem Rathhause.

Zur Ballsaison

empfehle Ballschuhe jeder Art zu billigen Preisen, auch zu verleihen. Schuh- und Stiefel-Paradies, Wedding, Reinickendorfer-Strasse 4.

Stimmdebable Herren, welche geneig sind, einem Arbeiter-Gesangverein beizutreten, finden freundliche Aufnahme Eberwaldenstr. 5, Restaurant, Uebungstid. Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L.
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Roh-tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Rechtsbureau des Königl.lichen Amtsrichters. A. Alster-Jacobstrasse 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 1088b

Filzschuh-Ausverkauf wegen Aufgabe, zu billigsten Preisen. 5585L. Reinickendorferstr. 4.

Familienausflug und möbl. Zim-deter Familie sucht norweg. Student. Bilet mit Preis an M., Thurmstrasse 2. Helbing. 1416b

Sopha Stoff-Reste

in Nipp, Damast, Cröp, Fantase, Gobelin, Plüsch und bunten Morquets spottbillig!
Proben franko! 5150L.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstrasse 158.

Gerichts-Beilage.

Zwei Anarchistenprozesse fanden gestern vor der zweiten bzw. neunten Strafkammer des Landgerichts I statt. In einem der Fälle handelte es sich um Verbreitung der anarchistischen Tractschrift „Die Autonomie“, deren der Schuhmacher Richard Kretsch beschuldigt war. Eine frühere Verurteilung Kretsch's in derselben Sache zu sechs Monaten Gefängnis war vom Reichsgericht wieder aufgehoben worden. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endete wiederum mit der Verurteilung des Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis.

Im zweiten Falle befand sich der Mechaniker Karl Wiestenthal auf der Anklagebank. Ihm wurde zur Last gelegt, öffentlich vor einer Menschenmenge zum Ungehorsam gegen die Geseze aufgefordert zu haben. In einer Versammlung von Arbeitlosen, die im September v. J. stattfand, trat auch der Angeklagte als Redner auf. Er soll dabei die Hungerigen aufgefordert haben, sich selbst das Brot aus den Bäckereien zu holen. Wiestenthal bestritt, daß seine Aeußerung in der Anklageschrift richtig wiedergegeben sei, er habe in hypothetischer Form gesagt, daß er nicht mit einem hungernden Magen an einem Bäckerladen vorübergehen würde. Der Angeklagte erklärte, daß er diesen Standpunkt auch heute noch vertrete. Jeder Staatsbürger müsse das Recht haben, seinen Hunger zu stillen. Er sei einmal wegen Bettelns bestraft worden und das solle ihm nicht wieder begehen. Kriminalkommissar Römer (wie kommt der gute Wiestenthal zu der Befassung?) bezeichnete den Angeklagten als einen energiegelassen Anarchisten. Derselbe habe sich eine Broschüre geschrieben (nee so was!), worin die Anfertigung von Dynamitbomben und Höllemaschinen gelehrt werde, und einmal habe er einen geladenen Revolver (hörl! hörl!) bei sich geführt, als er einen Termin im Kriminalgebäude wahrzunehmen hatte. Die letzte Behauptung bezeichnete Wiestenthal als falsch, er habe die Schußwaffe in einer Schankwirtschaft niedergelegt, bevor er zum Termine ging. Staatsanwalt Dr. Wenedig hielt die Anklage aufrecht. Selbst wenn die Aeußerung so gelautet habe, wie der Angeklagte angebe, so liege darin immer eine Aufforderung, ihm nachzugehen. Bei der Gemeingefährlichkeit solcher aufreizenden Reden von Arbeitlosen sei eine harte Strafe am Plage. Da der Angeklagte wegen ähnlicher Straftaten noch 6 Monate Gefängnis zu verbüßen habe, so beantragte er nun unter Wegfall dieser Strafen insgesamt 10 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten auf einem milderen Gesichtspunkte. Es wurde angenommen, daß der Angeklagte nur zur Entwendung von Nahrungsmitteln aufgereizt habe. Die hierfür angeordnete höchste Strafe von sechs Wochen Haft könne nicht überschritten werden und sei demgemäß erkannt worden.

Ein Eisenbahn-Fahrgarten-Schwindel en miniature führte am Donnerstag die vermittelnde Frau Kaufmann Auguste Sauer aus Erkner vor die 2. Strafkammer am Landgericht II. Auf Station Erkner wurde das ganze Jahr 1892 die Beobachtung gemacht, daß ungültige Fahrkarten eingingen, wenn den ankommenden Passagieren beim Verlassen des Bahnhofes die Karten abgenommen wurden. Da es sich stets nur um eine einzelne Karte handelte, konnte es sich nur um eine bestimmte Person handeln. Lange Zeit fand sich jedoch kein Anhalt, bis sich endlich der Verdacht auf die Angeklagte lenkte, weil diese sich bei der Fahrt nach Berlin neue Karten abgab, bei der Rückkehr jedoch solche, welche ihrer schmutzigen Farbe halber den Eindruck machten, als seien sie schon längere Zeit in der Tasche umhergetragen. Der Bahnhof-Vorsteher gab schließlich die Anordnung, daß jeder von Frau Sauer abgegebene Fahrchein sofort zurück gelegt werden solle, um einer nachträglichen Prüfung unterzogen zu werden. Dieses Verfahren wurde bis Ende 1892 fortgesetzt, und dann Anzeige erstattet. Vorher hatte sich die Angeklagte bereits zu Zeugen ausgelassen, man könne ihr gar nichts anhaben, der Schaffner, von dem sie die Karten habe, der sei tot. Dem Gericht wurden 9 Karten eingereicht, welche von der Frau Sauer benutzt worden, und schon 14 Tage bis 7 Monate alt, also im Augenblick des Gebrauches ungültig waren. Das Schöffengericht in Alt-Landberg hat nur 8 Fälle vom 8., 14. und 21. September 1892 als erwiesen angenommen und wegen Betruges auf 150 M. Geldstrafe erkannt. Die Angeklagte hat die Verurteilung angefochten, diese hat das erste Urteil bestätigt, darauf wurde die Nichtigkeitsbeschwerde eingereicht; das Reichsgericht hat wegen einer Lücke in der tatsächlichen Feststellung die Sache an die Strafkammer zurück verwiesen und diese hat heute das erste Urteil bestätigt und die Kosten sämtlicher Instanzen der Angeklagten auferlegt.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen! Der Reichstags-Abgeordnete Kollege Paul Reichhaus referiert in einer am Montag, den 29. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Berliner Protokoll“, Kasanier-Allee 6-9, stattfindenden Versammlung über das Thema: „Die wirtschaftliche Stellung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche und wie ist die Hebung deren Lage möglich?“ Alle Mantelnäherinnen, Hügel-, Stepper-, Trikottailen- und Blousenarbeiterinnen werden besonders aufgefordert, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Sozialverwaltung des deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes.

An die Textilarbeiter! Kollegen! Wir fühlen uns verpflichtet, den Kollegen der Textilbranche wieder in vor Augen zu führen, wie die so viel gerühmte Harmonie zwischen Kapital und Arbeit in Wahrheit aussieht. In der Fabrik von Paatz, Grüner Weg, ist seit dem 1. Juli ein Weisföhrer thätig, der es sogar zu Anhang seiner Amtsführung verhand, den Schein zu erwecken, als ob er für das Wohl der Arbeiter besonders besorgt sei. Bald sollten allerdings die Arbeiter die richtige Auffklärung bekommen. Das Erste, was ihnen der freundliche Herr offerierte, war eine Fabrikordnung, die man kurzweg als Buchausforderung bezeichnen könnte, deren Einführung aber an dem Widerstand der Arbeiter scheiterte. Damit hatten sie aber auch den Born des Allgewaltigen herausgeschworen. „Die unzufriedenen Elemente müssen entfernt werden“, äußerte er wiederholt und scheint auch nun der Anfang zur Ausführung dieses Vorhabens zu machen; denn am Weihnachts-Feiertagabend wurde ein Arbeiter entlassen, der 14 Jahre in der Fabrik beschäftigt war, angeblich wegen Arbeitsmangel. Die Kollegen des betreffenden suchten durch ein schriftliches Geluch den Fabrikanten von der Handlungsweise des Herrn Weisföhrers zu unterrichten, gleichzeitig mit dem Ersuchen an den Fabrikanten, doch den Entlassenen wieder einzustellen. Die Antwort, die gegeben wurde, lautete: „Ich habe keine Altersversorgung-Anstalt in meiner Fabrik.“ Wir geben diesen Fall unseren Mitgliedern zur Kenntnis, um wiederum zu zeigen, wie das Unternehmertum gegen uns

austritt, wie wenig Rücksicht geübt wird gegen einen alten Arbeiter, der jahrelang seine Kräfte hingegeben hat im Dienste des Kapitals. Dem gegenüber giebt es nur ein Mittel: organisiert Euch, Arbeiter, um zu Euren Recht zu gelangen.

Der Vorstand des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. (Zentrale Berlin.) J. A.: Julius Sang, Königsbergerstr. 88.

An die Genossen und Arbeiter in Reinickendorf!

Die Wählerlisten zu den Gemeindevahlen liegen in der Zeit vom 15. bis einschließlich den 30. Januar im Amtsgedäude in den Geschäftsräumen zur Einsicht aus. Wir ersuchen die Genossen und Arbeiter, denen es an Zeit mangelt die Listen einzusehen, sich an folgende Genossen zu wenden. Für den westlichen Teil an Genossen Paul Schilling, Berlinerstraße 2b, für den östlichen Teil an Genossen Julius Malinowski, Winterstr. und Ferdinand Spring, Gesellschaft Str. 32, welche sich bereit erklärt haben, die Listen für die Genossen einzusehen. Wir ersuchen den regsten Gebrauch davon zu machen.

Paul Schilling, Reinickendorf, Berlinerstraße 2b.

An die Arbeiter der Provinz Westpreußen!

In unserer Provinz ist die gewerkschaftliche Bewegung gegen die anderer Gegenden Deutschlands zurückgeblieben, insofern dessen sind die Verhältnisse in jeder Weise, sowohl was Lohn, Arbeitszeit und Behandlung anbelangt, die schlechtesten. Eine weitere Folge ist nun, daß die Kapitalistenklasse des Westens die billigen Arbeitskräfte von hier aus bezieht und nur zu oft die Arbeiter als Streikbrecher gebraucht, somit den Arbeiter gegen den Arbeiter verwendet. Diesen Uebelständen abzuwehren, hat sich die überlegene Arbeiterklasse Danzigs entschlossen und zu dem Zweck ein gewerkschaftliches Agitationskomitee für die Provinz Westpreußen gegründet. Aufgabe dieses Komitees soll es sein, überall da, wo gewerkschaftliche Organisationen bestehen, diese zu fördern, sei es durch Entsendung von Rednern, durch Beschaffung von Schriften und Gewährung sonstiger Hilfe. Vornehmlich aber in Orten, wo noch keine gewerkschaftliche Organisation vorhanden, eine solche ins Leben zu rufen. Wir fordern daher alle in der gewerkschaftlichen Bewegung lebenden Freunde, sowie alle, die ein Interesse an einer solchen haben, und dieses soll ein jeder Arbeiter besitzen, auf, sich an den Unterzeichneten zu wenden. Es ist Zeit, daß angefangen wird an dem Werk zur Verbesserung der Lage des Arbeiterhandes.

Grüßlich an's Werk!

Das gewerkschaftliche Agitationskomitee für die Provinz Westpreußen.

J. A.: Karl Nordt, Tania, Joppenstraße 48, 2 Tr. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Zur Nothstandsfrage.

Bei den Nothstands-Debatten im Reichstage am 22. und 23. d. Mts. haben die Vertreter der herrschenden Parteien wieder einmal Gelegenheit gehabt, ihre Unkenntnis der Grundursachen des heutigen Nothstandes und damit zugleich ihre vollständige Nothlosigkeit dem Uebel gegenüber von Neuem an den Tag zu legen. Als der Abg. Wesel in der Reichstags-Sitzung vom 23. im Laufe seiner Rede zur Nothstandsfrage sagte: „Man verweist die Leute auf die Landwirtschaft. Das ist ja gerade der Grundschaden der Landwirtschaft, daß sie die Leute im Winter nicht beschäftigt und nicht beschäftigen kann“ u. s. w. — da erwiderte von rechts der Junge: „Forstwirtschaft“. Dieser Hinweis auf die Forstwirtschaft als Rettungsanker für die Arbeitslosen ist, selbst wenn wir von der Thatfache ganz absehen wollen, daß die ausgemergelten kühnlichen Arbeitslosen die schwere, anstrengende Arbeit nicht verrichten können, ein wenig trübseliger, wenn wir die Löhne in Betracht ziehen, die dort gezahlt werden. Einem Schreiben, welches uns aus dem Kreise Trauchenberg Militsch (Schlesien) zugeht, entnehmen wir, daß in den Wäldungen des Fürsten von Trauchenberg Leute beschäftigt werden, deren Verdienst im Winter 10—20 Pfennig pro Tag beträgt. Es sind dies keine bestimmte Tagelöhner, sondern die Allfordlöhne sind solche, daß nicht mehr verdient werden kann, als oben angegeben. Dabei erhalten die Leute keine Kost, es ist ihnen nur gestattet, etwas Holz mit nach Hause zu nehmen. Die Menge des erlaubten Holzes darf aber ein bestimmtes Maß nicht überschreiten. Dazu kommt, daß die Leute oftmals 4—6 Wochen warten müssen, ehe sie den Verdienst ungefähr erhalten. Will die Forstverwaltung damit auch, wie wir kürzlich von den Dortmunder Bergdirektoren meldeten, dem „Sparhinn der Arbeiter“ entgegenkommen, daß sie den ganzen Wammon aus einmal auszahlt? Das wären also die Ansichten, die unsere Arbeitslosen bei der Forstwirtschaft noch hätten. Sie werden natürlich davon keinen Gebrauch machen können, denn aus Obigem geht hervor, daß höchstens Leute, die dort ansässig, ihr eigenes Korn und Kartoffeln bauen, für diese Hungerlöhne arbeiten können.

Das Neueste an sozialreformatorischem Gebiete ist die Gründung einer Zeitung für Eisenbahn-Angestellte, „Die Eisenbahn“ genannt. Jeden Donnerstag, so wird uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt, werden auf mehreren Bahnhöfen der Berliner Stadt- und Ringbahn Versammlungen abgehalten, die von der Direktion selbst angeordnet sind. In einer der letzten dieser Versammlungen wurde den Angestellten großes Heil verkündet. Der Bureauvorsteher und ein Geistlicher entleibten sich ihrer Aufgabe, die Zeitung den Bahnbefehlten zu empfehlen, aufs Beste. Uns ist leider noch kein Exemplar dieses neuen literarischen Erzeugnisses zu Gesicht gekommen; dieses Glück soll, wie es scheint, auf die Eisenbahn-Angestellten beschränkt bleiben. Nach den Ausführungen des Predigers muß diese Zeitung ein wahres Wunderding sein. Eine Reihe von besser gestellten Personen habe diese Zeitung gegründet aus „reiner Menschenliebe“ für die Arbeiter und Angestellten. Im weiteren Verlauf wurden alle Punkte angegeben, weswegen die Zeitung nicht gegründet worden sei. Sie sei nicht gegründet, um einzelnen jüdischen (!) Geldpropheten ein Fahren auf Gummirädern zu ermöglichen, die beim Vorüberfahren die Arbeiter dann mit Noth besprengen. Auch falsche Agitatoren und Zeitungschreiber, die durch die Anzusriedenheit der Arbeiter sich ein angenehmes Leben verschaffen wollen, arbeiteten an dieser Zeitung nicht. Es arbeiten auch nicht Leute daran, die Geld und Ehre dadurch erringen wollen, und die Interessen irgend einer religiösen Partei sollen durch „die Eisenbahn“ auch nicht gefördert werden. Die Zeitung solle ausschließlich für den Eisenbahner und seine Familie bestimmt sein. Der Referent verstieg sich hierbei zu folgendem Satze: „Wenn auch hin und wieder das Gepek des Glendes und der Noth durch das Fenster in die Familie des Eisenbahners hineinschaunt, so soll derselbe doch in seiner Familie und in der treuen Pflichtenfüllung sein einziges Glück suchen; „Die Eisenbahn“ agitirt nicht für eine politische Partei, sie will jedoch den Glauben an Kaiser und Reich befestigen.“

Trotzdem, daß mit der Zeitung kein Geld verdient werden soll, wurde doch demjenigen, der eine Agentur übernehmen wolle, ein guter Verdienst in Aussicht gestellt. Weizsändig ist das Zugeständnis, daß die und da „Noth und Glend“ in die Familie des Eisenbahners einbreche. Ueber diese Noth und das Glend hinwegzudenken zu lassen durch saße patriotische Klatschgeschichten, das scheint uns die Hauptaufgabe der neugegründeten Zeitung zu sein.

Welchen Vorgeleien arme alte Leute ausgefetzt sind, bis es ihnen möglich wird, die ihnen nach dem Invaliden-Versicherungsgesetz zustehenden, zum Leben ohnehin vollständig ungenügenden paar Pfennige zu erhalten, und wie man alles aufbietet, um ihnen diesen „Genuß“ unmöglich zu machen, davon bildet eine Angelegenheit, welche in letzter Zeit wiederholt das Reichs-Versicherungsamt beschäftigte, einen sprechenden Beweis. Eine alte total invalide Arbeiterin, Namens Walzuch aus Schlesien, war von der betreffenden Versicherungsanstalt mit ihrem Anspruch auf Rente abgewiesen worden. Sie schickte den Einspruch gegen dieses Erkenntnis an den Vorstehenden des Schiedsgerichts rechtzeitig ab, so daß ihr Schreiben am Mittag des letzten Einspruch-Tages dort eintraf. Allein der Bote des Schiedsgerichts, der bloß einmal des Tages die Post besuchte, war schon auf der Post gewesen, als ihr Brief eintraf, so daß derselbe bis zum kommenden Tage liegen blieb, also einen Tag zu spät in die Hände des Schiedsgerichts gelangte. Das Schiedsgericht sprach dennoch der Arbeiterin die Rente zu und erklärte ihren Einspruch für berechtigt. Die betreffende Versicherungsanstalt beräubte sich hierbei nicht, man hatte dort herausgeduldet, daß das Schreiben der Arbeiterin beim Schiedsgericht verspätet eingelaufen sei und ergriff aus diesem Grunde Revision zum Reichs-Versicherungsamt. Das Reichs-Versicherungsamt sah die Berufung der Arbeiterin auch wirklich als verspätet eingereicht an, hob die Vorentscheidung auf und wies die Sache mit der Weisung an das Schiedsgericht zurück, es sei zu prüfen, ob eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand geboten erscheine. Das Schiedsgericht nahm an, daß die Klägerin kein Verschulden treffe; es liege ein unabwendbarer Zufall vor; hätte der Kassellan auch Nachmittags die Briefe von der Post abgeholt, so wäre die Berufungsschrift der Klägerin noch rechtzeitig in die Hände des Schiedsgerichts-Vorstehenden gelangt. Die Sache wurde daher in den vorigen Stand wieder eingesezt und der Klägerin eine Rente von 111 M. zugewilligt. Gegen diese Entscheidung legte nun die Versicherungsanstalt nochmals Revision beim Reichs-Versicherungsamt ein und meinte, ein unabwendbarer Zufall liege nicht vor, die Klägerin hätte früher ihre Berufung abgeben sollen; auch materiell sei der Anspruch unbegründet. Die erweiterte Spruchkammer des Reichs-Versicherungsamts wies nun aber die Revision als unbegründet ab und beließ der armen Frau die zuerkannte Rente.

Jeder weitere Kommentar würde das Ausgeführte nur abschwächen. Die Einführung einer anderen Geschäftspraxis bei den Versicherungsanstalten ist wirklich ein dringendes Bedürfnis.

Statistik über Arbeitslosigkeit, würde, wenn vom Staate in die Hand genommen, ein feiner Gradmesser sein können für die wirtschaftliche Lage. In England giebt man sich seitens der Regierung die größte Mühe, die wahre Nothlage der arbeitenden Bevölkerung zu erfahren. Das dem Handelsministerium unterstellte „Labour Departement“ hat die Aufgabe, durch fortgesetzte Erhebungen, Zusammenstellungen von Berichten u. s. w. Klarheit zu schaffen über den Stand des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit. In einer der letzten Nummern der „Labour Gazette“, dem publizistischen Organ obiger Kommission, finden wir eine sehr interessante Darstellung der Arbeitslosigkeit vom Jahre 1887 bis zum Herbst 1893. Vorausgeschickt muß werden, daß die Zahlen sich allerdings beschränken auf die Organisationen, die dem Arbeitsamte regelmäßig Berichte einsenden. Diese Vereinsberichte geben nun freilich ein für die Allgemeinheit viel zu geringes Bild, denn erfahrungsgemäß befinden sich gerade die bestgestellten Arbeiter in den Organisationen, immer, hin lassen sie einen Schluß zu, auf das furchtbare Glend, wie es in den tieferen Schichten herrschend sein muß. Die angelegene Tabelle beginnt mit einem Höhepunkt. Anfangs 1887 bezogen nicht weniger als 10 Prozent der Vereinsmitglieder Arbeitslosen-Unterstützungen. Von da ab vermindert sich allmählich die Rate der Arbeitslosigkeit, bis sie mit etwa 1 1/2 pCt. zu Ende 1889 und Anfang 1890 den tiefsten Punkt erreichte. Das war die beste Zeit, eine Periode wirtschaftlicher Prosperität, und auch in ihr ist die Arbeitslosigkeit in einem gewissen Maße bestehen geblieben. Von da ab steigt wieder die Rate der Arbeitslosigkeit an, im Winter 1892 geradezu rapid, von September bis Ende Dezember 1892 geht sie von 5 auf 10 pCt. hinauf. Sie fällt dann im Sommer 1893 wieder auf 6 pCt., um vom Juli an abermals zu steigen. Sie hält sich während der ersten zehn Monate des Jahres 1893 durchwegs höher als während der entsprechenden Periode 1892. Erst Ende November 1893 geht sie ein klein wenig, nämlich auf 7 1/2 pCt. zurück und sinkt damit auch unter den Stand des Vorjahres. Es ist kein Zweifel, daß die Fiffern, die, um die Arbeitslosigkeit der untersten Schichten zu messen, allerdings noch mit einem unbekanntem Koeffizienten multipliziert werden müßten, hinreichend ein hohes Maß von Arbeitslosigkeit beweisen.

Veranstaltungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Wahlkreis hielt am 23. Januar eine Sitzung ab. Der im Informat angekündigte Vortrag des Genossen Singer mußte ausfallen, da der Referent an einer wichtigen Kommissionszusage im Reichstage theilzunehmen genöthigt war. An seiner Stelle sprach Dr. Heymann über „die Nervenschwäche des Menschen und die gegenwärtige Gesellschaftsordnung“. Eine Diskussion schloß sich an diesen von der sehr zahlreichen Versammlung mit Beifall aufgenommenen Vortrag nicht. Die Versammlung diskutierte sodie die in der vorigen Sitzung angeregte Frage, ob der Verein sich eine Bibliothek anschaffen soll. Jubelil sprach gegen den Vorschlag, Dr. Heymann dafür; nach kurzer weiterer Diskussion wurde die Angelegenheit bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Auf Antrag des Genossen Beyer beauftragte die Versammlung den Vorstand, ein Flugblatt herzustellen zur Gewinnung neuer Mitglieder für den Wahlverein. Zu verschiedenen rief Genosse C. Scholz den nichtgläubigen Mitgliedern, aus der Kirche auszutreten. Jubelil wies auf die Mittheilung bürgerlicher Blätter hin, nach welcher für die Arbeitslosen-Versammlungen am Montag dieser Woche die Säle von Wuggenhagen, Concordia und Sansjoui nicht zu haben waren. Bezüglich der Concordia treffe das nicht zu; dieselbe war kontraktlich für Montag Abend an den Raucherbund vergeben und mußte von Morgens an delorirt werden. Bezüglich Sansjoui scheint die Sache anders gelegen zu haben, muß indes noch näher untersucht werden. Wuggenhagen habe seine ursprüngliche Zusage zurückgezogen. Jubelil kommt sodann auf die Polizeiattaque vom Donnerstag zu sprechen. Böhm bringt hierzu eine Resolution ein, die das Vorgehen der Polizei bei der Arbeitslosen-Versammlung im Friedrichshain entschieden verurtheilt. Dieser Resolution stimmte die Versammlung einhellig zu.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 23. d. M. unter ansehnlicher zahlreicher Beteiligung eine Generalversammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Schmidt-Frankfurt referierte über die neuen Steuervorlagen. Die vorzüglichsten Darlegungen

Das Referat wurde mit großem Beifall entgegen genommen. Auf Antrag Tauschel wurde die Frage der Aufrückerlegung bei Beerdigungen von Vereinsmitgliedern nochmals auf die Tagesordnung gesetzt. Die Versammlung blieb bei ihrem schon früher gefassten Beschlusse. Seitens des Vorstandes wurde der Generalversammlung ein Antrag auf Abänderung eines Paragraphen des Organisationsstatuts vorgelegt. Das Zweckmäßigkeit darin liegt, dass die Generalversammlung über den Antrag zur Tagesordnung über. Gegen den Berliner Lokal-Anzeiger gab sich aus bekannten Gründen große Entrüstung kund und wurde den Genossen sehr dringend aus Herz gelegt, dazu zu wirken, daß der Berliner Lokal-Anzeiger aus dem Verzeichnis der Arbeiter verschwinde. Zum Schlusse erstattete Genosse Kleinert den Kassenbericht pro 4. Quartal 1898. Derselbe wies einschließlich des übernommenen Bestandes von 861,06 M. eine Gesamteinnahme von 2979,71 M., eine Gesamtausgabe von 1725,05 M. und einen verbleibenden Bestand von 634,66 M. auf. Der Mitgliederbestand Ende 1898 war 2896. Das erfreuliche Wachstum des Vereins geht aus der Thatsache hervor, daß demselben im Monat Dezember 1900, im Monat Januar d. J. 240 Mitglieder neu beigetreten sind. In der Versammlung fanden wiederum 80 Neuaufnahmen statt.

Zum Streik der Drochsenkütcher fand am Mittwoch Vormittag in den Konfektions-Sälen eine öffentliche Versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gelangte ein Antrag zur Annahme, den etwa anwesenden Berichterstatter des 'Berl. Lokal-Anzeiger' aus dem Saale zu weisen. Die Tagesordnung selbst betraf die weitere Stellungnahme zum Streik. Den einleitenden Vortrag hielt Genosse Hoffmann. In dem mit großem Beifalle aufgenommenen Vortrage knüpfte sich ein Referat des Kollegen Schulte über die weitere Stellungnahme zum Streik. In anbeacht aller Maßnahmen, welche in dem Kampfe der Kutscher gegen diesen zur Anwendung gebracht worden sind, kam er zu dem Schlusse, daß in dem Kampfe eine andere Taktik platzgreifen müsse, und brachte er demzufolge folgende Resolution namens der Agitationskommission in Vorschlag:

Nachdem die Referenten der heutigen Versammlung den Versammelten in prägnanter Form die bisherigen Folgen des Streiks vor Augen geführt haben und nachdem festgestellt worden, daß nur die Weichen von den in der Zeit vom 1. bis 23. Januar dieses Jahres zu Taxameter-Drochsenkütchern gemachten Verlusten die Fähigkeiten des öffentlichen Führerwerks in Berlin führen zu können, beschließt die Versammlung:

Der Streik der Kutscher in den Taxameter-Drochsenkutscherbetrieben wird für beendet erklärt.

Die Versammelten sind der Meinung, daß sie im allgemeinen ebenso für Leben und Gesundheit des fahrenden Publikums als verantwortlich gemacht werden, wie diejenigen, die dieselben tatsächlich gefährden. Und da sowohl die Taxameter-Drochsenkutscher, als auch die Behörden, denen diese Zustände zwar bekannt, Mittel zur Abhilfe aber trotzdem nicht ergreifen, so geben die Kutscher ihre Stellungnahme gegen die ebenso unbillige als auch ungewöhnliche Reamformierung auf und stellen sich von heute ab wieder in den Dienst des Publikums.

Bemängelt wurde, daß der Streik und die Streiklisten von der Gewerkschaftskommission zu spät sanktioniert worden seien. Die Agitationskommission bezieht sich vor, die Ursachen hierfür öffentlich darzustellen. Gewählt wurde eine Revisionskommission, bestehend aus den Kollegen A. Schulz, Kranz, Rothe, Thäns, Hühner.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein (Filiale Moabit) hielt am 17. d. Mts. in Charlottenburg eine Wanderversammlung ab. Der Reichstags-Abgeordnete Kees hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Stellung der Frau in der Gesellschaft. In der Diskussion beteiligten sich die Genossen Weil und Gerde. Zum Schlusse wurde bekannt gemacht, daß am 18. Februar in Charlottenburg (Blismarckshöhe) eine Versammlung mit nachfolgendem gemütlichen Beisammensein stattfindet.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute hielt am 18. Januar eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Köhler das Referat über Vikonomie und Christenthum übernommen hatte. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kollege Vorchard die Erklärung dahin ab, daß er in der Versammlung des dritten Wahlkreises vom 9. Januar (Bericht des 'Vorwärts' vom 11. Januar) seinen Artikel in der 'Neuen Zeit' nicht derartig verteidigt habe, wie es im Bericht steht, daß er vor allen Dingen nicht gesagt habe, er wolle mit diesem Artikel nur seinem Kollegen Tiel zu Hilfe kommen. Nach dem beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Köhler erledigte die Versammlung die Wahl des ersten und zweiten Vorsitzenden und wurden mit diesem Amt die Kollegen Köhler und Blum betraut. Kollege Vorchard verließ zum Schlusse folgendes vom Magistrat eingegangene Schreiben:

Auf die von Handlungsgewerbeten und Gewerbeten am 1. September 1898 im Bogenhausener Saale hierseits beschlossene und hierher gerichtete Petition, gemäß § 50 h Reichs-Gewerbeordnung die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durch Ortsstatut zu regeln, gerecht Ihnen zum Bescheide, daß wir derselben keine Folge geben können.

Wir ersuchen, die übrigen Petenten von dieser Verfügung gefälligst in Kenntnis zu setzen.

Magistrat
hiessiger Königl. Haupt- und Residenzstadt. Celle.

Der Verein der Brauerei- und Bierverlags-Hilfsarbeiter hielt am 18. Januar d. J. seine Generalversammlung ab. Der Vorstand gab einen sehr ausführlichen Ueberblick über die Thätigkeit des Vereins im verflorenen Jahre. Aus dem Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen:

Die Einnahmen des Vereins — seit dessen Gründung — sehen sich zusammen wie folgt:

701 Eintrittsgelder à 50 Pf.	350,50 M.
6688 verkaufte Matken à 10 Pf.	668,80 "
Auf Sammelkästen	241,15 "
Aus Verschiedenem	49,55 "

1895.— M.

Die Ausgaben betragen:

I. Für Organisation, Agitation, Erziehung der Jugend, Beschaffung von Ausrüstungen zc.

474,40 M.

II. An Unterführungen 354,50 "

III. An sonstige Ausgaben 40,00 "

868,90 M.

Kassenbestand 420,10 M.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat. Es wurden gewählt: Lönnung zum ersten Vorsitzenden, C. Stripp zum zweiten Vorsitzenden, Obster zum ersten Kassier, Rehseld zum zweiten Kassier, Schneider zum ersten Schriftführer, Knoblenberg zum zweiten Schriftführer, Liebbach zum Beisitzer, M. Stripp, Wies und Brag als Revisoren. Ein Antrag der Agitationskommission, ihr 100 M. aus Vereinsmitteln zu überweisen, wurde angenommen. Die Versammlung sprach ferner den streikenden Drochsenkütchern und Schuhmachern ihre Sympathie aus und versprach, sie in jeder Weise zu unterstützen. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß die gutbesuchte Versammlung.

Spandau. In der auch von Frauen sehr gut besuchte öffentliche Volksversammlung, die am 20. d. M. bei Lortz, Stacksenerstraße, stattfand, referierte Frau Mohr über die Nothwendigkeit der Einführung weiblicher Fabrikinspektoren. Rednerin bekräftigte die seitigen Fabrikinspektoren, von Arbeiterinnen aufgestellt und gewählt, leicht besetzt werden könnten. Um sämtliche Schäden, welche die kapitalistische Wirtschaftsweise mit sich bringt, zu beseitigen und Einrichtungen zu schaffen, die

der Arbeiterschaft und kommenden Generation zum Wohle dienen, wie gesunde Arbeitsräume, Ankleide-, Wasch- und Waderäume, müßten die Inspektorate vereinfacht werden, darunter ein Drittel weiblicher Inspektoren. Auch müßten diesen Inspektoren unbedingte Exekutivegewalt verliehen werden. Ferner trat Rednerin für weibliche Beisitzer zum Gewerbegericht und das Wahlrecht der Frauen ein. Der achtstündigen Arbeitszeit würden dann keine schwerigen Hindernisse mehr entgegenzusetzen werden können. In der nun folgenden Diskussion wurden einige sonderbare Fälle, welche in Musterwerkstätten beisehen vorgezogen. Auch wurde das Benehmen der Berliner Polizei gegenüber der Arbeiter-Versammlung scharf kritisiert. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin über die Nothwendigkeit der Einstellung weiblicher Fabrikinspektoren einverstanden, und ersucht den Parteivorstand, den auf dem Kölner Parteitag zur Erwägung überwiesenen diesbezüglichen Antrag möglichst bald zur Ausführung zu bringen.

Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige (eingeschriebene Hilfskassa) hielt am 21. Januar ihre statutengemäße Hauptversammlung ab. In der Versammlung wurden die neuen Bücher derjenigen Mitglieder vorausgegeben, die im Jahre 1898 der Kasse beigetreten sind; hierbei sei gleichzeitig bemerkt, daß die Kollegen, welche ihre neuen Bücher noch nicht abgeholt haben, diese des Sonntags Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr im oben genannten Lokale in Empfang nehmen können. Den Kassenbericht gab der erste Kassier Kollege Boller und betrug hierauf die Einnahme pro 4. Quartal inkl. Bestand vom 3. Quartal 5788,11 M., die Ausgabe 5170,95 M.; bleibt ein Bestand von 618,16 M. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Paul Schneider, Blumenstr. 29; 1. Kassier E. Weller, Alexanderstr. 116, Hof 4 Tr.; 2. Kassier Otto Schneider; als Kontrolleur A. Frisch, ferner 18 Mitglieder als Beisitzer. Aldann wird noch bekannt gegeben, daß einige Mitglieder am Sonnabend, den 10. Februar, einen Maskenball arrangiert haben, davon der Ueberschuß für den Fonds für Ausgesessene bestimmt ist.

Der Verein der Schäftebranche hielt am 20. d. M. seine Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Köhler in einem interessanten Vortrage über das Thema: 'Der Kulturfortschritt und die Religion' referierte. Lebhafter Beifall bekundete das Eingewandten der Anwesenden mit dem Referenten. In der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen im Sinne des Referats. Nachdem bekannt gegeben, daß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung der Schäftebranche stattfindet, zu der die Kollegen um recht zahlreiche Betheiligung ersucht werden, wurde die Versammlung geschlossen.

Die im Schneidergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen waren von der Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen am 22. Januar zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen und auch recht zahlreich erschienen. Zur Verhandlung stand: 'Wie ist die Frage des Gewerbegerichts-Ausschusses zu beantworten bezüglich der Schadloshaltung der Arbeitszeit im Schneidergewerbe?' Das Wort hierzu ergriß als erster Referent Kollege R. Pfeiffer. Von den Arbeitgebern ist der Antrag gestellt worden: Regelung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe zu schaffen. Dieser Antrag ist auf das Schneidergewerbe auszudehnen, auf Grund des § 120, Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung, welcher besagt, daß durch Beschluß des Bundesraths Tages, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und zu ergreifende Maßnahmen vorgeschrieben, sowie die zur Durchführung erforderlichen Anordnungen erlassen werden können. Die sogenannte Saison im Schneidergewerbe betrug früher 6 Monate, die Konfektion bot vor 20 Jahren das ganze Jahr hindurch Beschäftigung, jetzt ebenfalls nur einige Monate. Während früher in Werkstätten gearbeitet wurde, wird jetzt fast sämtliche Schneiderarbeit auf dem Wege der Hausindustrie hergestellt. Hingru kommt noch, daß einerseits die Löhne stetig herabgedrückt werden, während andererseits immer erhöhte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter gestellt werden. Das Benehmen der Arbeiter, sich aus den in der schlechten Zeit gemachten Schulden herauszusehen, sind wesentlich die Gründe der überlangen, gänzlich unfontrollirbaren Arbeitszeit in der Schneidererei. Ja, Sammeligkeit der Geschäftsinhaber oder deren Stellvertreter zwingt sogar in schlechten Zeiten zu Nacht- und Sonntagsarbeit, indem sie eine Feststellung bis zum letzten Moment liegen lassen, und dann zum Feststellen dem die ganze Woche darauf wartenden Arbeiter zustellen, der dann die Nacht zu Hilfe nehmen muß. Von der schädlichen Wirkung der Arbeitszeit und dürftigen Lebenshaltung der in der Schneidererei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen geben die Feststellungen der Krankenkasse bekräftig Zeugnis. Die 33 pct. Kranke jährlich weisen eine Durchschnitts-Krankheitsdauer von 28 1/2 Tage auf. Das Durchschnittsalter betrug 31 Jahr, ist bis auf noch nicht ganz 20 Jahr heruntergegangen. Redner glaubt nicht, daß, wenn die Herren am grünen Tische die schädlichen Wirkungen der Hausindustrie kennen lernen, sie sich abkehrend den gerechten Forderungen gegenüber verhalten werden. Hierauf nimmt der Korreferent Schneidermeister Angresh das Wort. Redner ladet zum Besuche einer über 8 Tage stattfindenden Schneidermeisterversammlung ein, und erklärt, von besten Willen besetzt zu sein, um Abhilfe zu schaffen. Er müsse sich wundern, gegenüber dem Vordränger, denn ein Theil der anwesenden Schneider habe doch gewiß das angegebene Durchschnittsalter überschritten, auch er sei 39 Jahre in dem Schneiderfache thätig, aber von den angeführten Mischständen sei ihm nichts bekannt; eine 15—16stündige Arbeitszeit scheint ihm übertrieben. Den Schneidern stehe es doch noch frei, sich bessere, den hygienischen Anforderungen entsprechende Wohnungen zu mieten. Praxische Zwischenrufe und die kräftigen Zurathweisungen und Auseinandersetzungen der Kollegen Timm, Ad. Schulz und Läterow ließen den Referenten schließlich zu der Annahme gelangen, daß es in der Schneidererei doch nicht so rosig aussehe, wie sich's vom Ueberschwengelpunkt aus betrachten läßt. Nachdem der Referent Kollege Pfeiffer im Schluswort noch einmal die Forderung: Eingehende Fabrikinspektion auf die Hausindustrie auszudehnen, kräftig betont hatte, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: 'Die Versammlung erwidert den Anschluß des Gewerbegerichtes, die Regelung der Arbeitszeit im Schneidergewerbe weiter zu fördern. Die Versammlung ist überzeugt, daß besonders in der Schneidererei die Nothwendigkeit zur Regelung, insbesondere eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend vorhanden ist. Um für dieses Vorgehen eine Grundlage zu haben, ist der Bundesrath zu veranlassen: eine Enquete zu veranstalten, nicht nur die Arbeitszeit (Nachtarbeit) betreffend, sondern neben dieser auf die Ermittelung der Löhne und Einkommen, der Sonntagsarbeit, der Arbeitsräume Wohnungen der Schneider, Ausdehnung des Schichtsystems Zahl der Kleinbetriebe, sowie auf alle Fragen, die über die sozial Lage der in der Schneidererei Beschäftigten Klarheit bringen müssen auszudehnen.' Zum Schlusse wird bekannt gegeben, daß am 11. Februar ein Maskenball stattfindet und am 29. d. M. eine Versammlung im Berliner Prater für die Mäntelnäherinnen, Wäcker und Stepper einberufen ist, zu der Reichstagsabgeordneter Reichhaus das Referat übernommen hat.

Die Arbeiter der mechanischen Schuhfabriken hielten eine öffentliche Versammlung am 22. Januar im Seefelder Lokal ab. Kollege Demmeler konnte in seinem Bericht über den Stand des Streiks die erfreuliche Mittheilung machen, daß der Inhaber der Firma Simonsohn & Stern zu Verhandlungen geneigt sei, die vorausichtlich ein für die Streikenden günstiges Resultat ergeben würden. Bei W a u f f liegt die Sache wegen der zahlreichen Streikbrecher etwas ungünstiger; zu seinen Fall sind jedoch die streikenden Kollegen gewonnen, die

klinte ins Korn zu werfen, auch Herr Mauff kann auf die Dauer mit den unsfähigen Elementen der Konkurrenz nicht Stand halten. Hättn er, Valerius u. M. feuern die Streikenden zum Ausbarren an; von einigen Kollegen wird die Ungelegenheit noch wieder erörtert, ohne daß Reuss zu Lage gefördert wird. — Da der Delegirte zur Gewerkschafts-Kommission, Hildebrandt, verhaftet ist, wird als Stellvertreter Kollege Zeimeler gewählt. Hättn er erklärt, daß er unter den Genossen, welche am Donnerstag am Friedrichsbain mit dem Gummischlauch hantirten, bekannte Personen bemerkt habe, die hoffentlich noch zur Verantwortung gezogen würden. Wie dann ferner vom Redner bemerkt wird, lernt ein gewisser K r a m m, Gränkehandwerker, Flensburgerstr. 22, die Arbeiter an, welche an Stelle der Streikenden in die Fabriken eintreten. — Die Vereinsversammlung findet am 3. Februar statt.

Franken- und Herberhafer der deutschen Wagenbauer (Bezirkt Moabit), Sonntag, den 28. Januar cr., Bonn, 10 Uhr, im Lokal des Herrn Drenkel, Jagowstr. 19, Versammlung. Tagesordnung: Abschreibung vom 4. Quartal.

Sozialdemokratischer Agitationsklub für den Osten Berlins. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Bildungsklub. Freitag, Abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr: Nord-Schule, Müllerstraße 129; Unterricht in Gesundheitslehre und Buchführung. Ost-Schule, Waisenstr. 31; Unterricht in Geschichte (alt). Süd-Ost-Schule; Reichenderstraße 103. Unterricht in Gesetzgebung und Buchführung.

Bei allen Unterrichtsstunden können auch Schüler und Schülerinnen, auch jezt im Laufe des Semesters, eintreten.

Kee- und Pischentklub. Freitag, Karl Marx, Abends 8 1/2 Uhr, bei Gruber, Mariendorferstr. 5. — Waschen, bei G. Wierner, Ballowstr. 16. — Besee und Disziplinab Otto Reimer, Abends 8 1/2 Uhr, Wilhelmshagenstr. 30 bei Ruba.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brandenburgerstr. 120, 3. Tr. Alle Veränderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Friedr. Kormann, Marienfelde 49, 6. 2 Tr. Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. Kaffee- und Pischentklub. Sonntag, den 28. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal 'Zum Reichthum', Friedrichstr. 20a (oberer Saal); Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Vortrag des Genossen Dr. Deymann über: 'Erziehung, Staat und Kirche'.

Spezialsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Specialsaals, sowohl der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung und ersucht, sich diesbezüglichem Interesse der Verfügung; sie wohnt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben bekannt zu werden.

Auf die Erwiderung des Herrn Blaurock in Nr. 20 des 'Vorwärts' erlaube ich mir folgende Bemerkungen:

Zu meinen sachlichen Ausführungen, betr. die Angriffe des Herrn Blaurock über die Zentralisation der Buchdrucker und der Behauptung desselben, daß die Vergewaltigung von Arbeitergroßen bei dem Neunhundertkampfe schuldig gemacht zu haben, weiß derselbe auf mein Ersuchen um Zurücknahme seiner Behauptungen oder deren Beweise, nichts weiter zu erwidern, als daß die Verichterstattung des 'Vorwärts' leider eine sehr mangelhafte war und einige Sätze aus seiner Rede ohne Zusammenhang herausgerissen wurden. — Der Lapsus weicht unbillig zurück, Herr Blaurock! Anstatt nun zu erklären, wie Sie sich in Ihrer Zusammenhangenden Rede ausgedrückt haben, sagen Sie einfach, der Bericht des 'Vorwärts' trägt die Schuld.

Natürlich! Einer muß doch daran schuld sein, sind Sie es nicht, ist es ein Anderer. — Eine gar billige Antwort, aber Sie bedrückt mich nicht. — Ich erwarte von jedem Ehrenmann, der öffentlich eine Angelegenheit zur Sprache gebracht hat und dem nachträglich bewiesen wird, daß er sich geirrt, die unweigerliche Zurücknahme seiner Behauptungen, zumal, da es sich hier um eine schwere Anschuldigung gegen eine Arbeiterorganisation handelt. Damit ist die Angelegenheit für mich erledigt.

Was nun die weitere Meinung des Herrn Blaurock betrifft, ob ich mit ihm anbinden will, so bemerke ich, daß ich zum 'Ringkampf' nicht wohl ausgerüstet bin und auf friedlichem Wege, ohne jede 'Anbinderei' bis jezt immer noch mit meinen 'Freunden' fertig geworden bin. Geirrt habe ich mich allerdings darin, daß ich Herrn Blaurock eine Fährerrolle zuschrieb, es war also mein Versehen, Herrn Blaurock eine Bedeutung zu geben, die er gar nicht besitzt. — Am Schlusse seiner 'Erklärung' ist Herr Blaurock so lebenswürdig und meint, wenn ich das Verlangen hätte, ihn wieder zu sehen, so sollte ich einen anderen Ort wählen, als den des 'Vorwärts', da der Raum desselben zu schade sei. Nun, Herr Blaurock, ich lade Sie freundlich ein, mir einen Besuch in der Oranienstr. 128 abzugeben, wo ich von Morgens 10 bis Nachm. 6 Uhr zu sprechen bin, wo Sie die Räume einer zentralisirten Gewerkschaft unbeschieden in Augenschein nehmen und sich von der Genauigkeit meines reifigen Zahlenmaterials überzeugen können, und wenn Sie nicht ganz unverbessertlich sind, dann dürfte auch Ihnen noch geholfen werden!

Albert Massini, Buchdrucker.